

SVR-Studie 2025-1

Jung und vielfältig, aber noch nicht politisch beteiligt?

Wege zu mehr Partizipation für junge Menschen mit Zuwanderungsgeschichte



Die Studie ist Teil des Projekts „YoungUP! Junge BIPOC für Teilhabe ermutigen, begeistern und aktivieren“, das vom Förderverein des Bundeszuwanderungs- und Integrationsrats e. V. durchgeführt wird. Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration und zugleich Beauftragte der Bundesregierung für Antirassismus fördert das Projekt „YoungUP!“. Die Veröffentlichung und ihre Inhalte stellen keine Meinungsäußerung der Beauftragten dar.



BZI Bundeszuwanderungs-
und Integrationsrat

Gefördert durch:



Die Beauftragte der Bundesregierung
für Migration, Flüchtlinge und Integration
Die Beauftragte der Bundesregierung für Antirassismus

Zitiervorschlag:

Storz, Nora/Mayr, Lotta 2025: Jung und vielfältig, aber noch nicht politisch beteiligt? Wege zu mehr Partizipation für junge Menschen mit Zuwanderungsgeschichte. SVR-Studie 2025-1, Berlin.

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	4
1 Wieso ist die politische Partizipation junger Menschen im Einwanderungsland wichtig? ...	5
2 Was ist politische Partizipation und wovon hängt sie ab?	10
2.1 Politische Teilhabe von jungen Menschen: stärker in neuen Bewegungen, informell und volatil beteiligt	12
2.2 Politische Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund: Barrieren und Motive	13
3 Ergebnisse der Studie zum Verständnis und zu Bedingungen von Partizipation	15
3.1 Politische Teilhabe der Befragten und ihr Verständnis von Politik	15
3.2 Politisches Interesse und politische Selbstwirksamkeit	22
3.3 Motivationen zur politischen Partizipation	26
3.4 Umgang mit Frustration bei politischer Partizipation	29
3.5 Zwischenfazit: Zugehörigkeit zu einer Gruppe und politische Selbstwirksamkeit fördern politische Partizipation	29
4 Hürden und Erfolgsfaktoren für politische Partizipation	30
4.1 Politische Bildung in der Schule: zentraler Faktor mit Ausbaupotenzial	32
4.2 Fehlende Vorbilder und Ansprache als Hinderungsgründe	35
4.3 Hürden für die Identifikation mit und das Engagement in politischen Parteien	37
4.4 Erfahrungen mit Rassismus und Diskriminierung: Hemmnis und Motor politischer Beteiligung zugleich	40
4.5 Zwischenfazit: Breitere Zugänge zur Politik sind wichtig	46
5 Handlungsempfehlungen	47
5.1 Politische Bildung fördern – in Schulen und darüber hinaus	48
5.2 Zugänge schaffen für mehr Repräsentation	53
5.3 Antirassismus- und Antidiskriminierungsarbeit verstärken	57
5.4 Vorteile einer Diversifizierung für die Politik	59
6 Fazit und Ausblick	60
Literatur	62
Anhang	70
Demografische Zusammensetzung der Stichproben	70
Abbildungsverzeichnis	73
Tabellenverzeichnis	73
Verzeichnis der Info-Boxen	73

Das Wichtigste in Kürze

- Die politische Partizipation junger migrantisch wahrgenommener Menschen ist geringer (11 %) als diejenige der Vergleichsgruppe ohne Zuwanderungsgeschichte (40 %). Das belegen neu für diese Studie erhobene Daten. Die Zugehörigkeit zu einer aktiven Peergroup dagegen ist eine wichtige Initialmotivation zur politischen Partizipation; um sie aufrechtzuerhalten, ist ein Gefühl der politischen Selbstwirksamkeit entscheidend.
- Der Studie zufolge hemmen mangelnde politische Bildung, fehlende Zugänge zu und Repräsentation in der Politik sowie Rassismus- und Diskriminierungserfahrungen politische Teilhabe.
- Um die politischen Teilhabechancen junger migrantisch wahrgenommener Menschen zu verbessern, ist die politische Bildungsarbeit in Schulen und außerschulischen Kontexten entscheidend; Vorbilder in der Politik wären ebenso förderlich wie Antirassismus- und Antidiskriminierungsarbeit.
- Der Studie liegt eine quantitative Erhebung im Rahmen des SVR-Integrationsbarometers 2024 sowie eine qualitative Befragung junger migrantisch wahrgenommener Menschen zugrunde.

Zusammenfassung

Das Recht auf politische Partizipation ist Teil unseres Demokratieverständnisses: Wenn alle Einwohnenden eines Landes die Möglichkeit haben, Politik aktiv mitzugestalten, steigt die Akzeptanz politischer Entscheidungen. Insbesondere junge Menschen mit Zuwanderungsgeschichte¹ sehen sich jedoch mit verschiedenen Hindernissen konfrontiert, die ihre Chance auf politische Partizipation schmälern; dazu gehören Diskriminierungs- und Ausgrenzungserfahrungen. Gleichzeitig gelingt es einigen, sich wirkungsvoll politisch zu engagieren. Welche objektiven Rahmenbedingungen sind hierfür förderlich? Welche Motive oder Impulse wirken auf der subjektiven Ebene?

Die Studie begleitet das Praxisprojekt YoungUP!, das vom Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat (BZI) durchgeführt und von der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration und zugleich Beauftragten der Bundesregierung für Antirassismus gefördert wird. Sie identifiziert und analysiert sowohl bestehende Partizipationshürden als auch verschiedene Gelingensbedingungen für eine stärkere politische Partizipation von jungen migrantisch wahrgenommenen Menschen in Deutschland. Die empiri-

sche Grundlage bilden zum einen repräsentative Daten, die im Rahmen des SVR-Integrationsbarometers 2024 erhoben wurden. Analysiert wurden die elektorale und die nicht elektorale politische Teilhabe sowie Barrieren der Partizipation bei migrantisch wahrgenommenen Befragten unter 36 Jahren und vergleichend bei jungen Menschen ohne Zuwanderungsgeschichte. Zum anderen wurde eine qualitative Studie durchgeführt, in der 15 junge migrantisch wahrgenommene Menschen zu ihrer politischen Partizipation sowie Hinderungsgründen und Gelingensbedingungen befragt wurden.

Die quantitativen Daten zeigen, dass junge migrantisch wahrgenommene Menschen weniger politisch partizipieren (11 % sind aktiv) als die Vergleichsgruppe ohne Zuwanderungsgeschichte (40 % sind aktiv); auch ihr politisches Interesse ist geringer ausgeprägt. Qualitativ zeigt sich, dass die Einbindung in eine Peergroup, mit der man gemeinsam aktiv wird, politische Partizipation fördern kann. Auch das Gefühl, mit einer Aktivität etwas verändern zu können (Selbstwirksamkeit), kann entscheidend sein. Letzteres wird durch die quantitativen Daten bestätigt. Die Befragten berichten aber auch von Frustrationen mit dem politischen Engagement sowie von Hinderungsgründen für die politische Partizipation. Die Daten des SVR-Integrationsbarometers

1 Zu den in der Studie verwendeten Begriffen für die Zielgruppe(n) vgl. Info-Box 1.

meters verweisen hier insbesondere auf drei Faktoren: fehlende Kontakte, mangelnde Repräsentation und Angst vor Diskriminierung.

Die qualitativ Befragten sehen die politische Bildungsarbeit in der Verantwortung, Wissen über politische Prozesse, Themen und Beteiligungsmöglichkeiten stärker und schulübergreifend zu vermitteln, um die politische Partizipation junger Menschen mit Zuwanderungsgeschichte zu fördern. Darüber hinaus wünschen sie sich, dass an Orten, die verstärkt von jungen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte frequentiert werden, z. B. in benachteiligten Stadtteilen oder an Schulen, mehr über Zugänge zur Politik informiert wird. Dadurch kann nach Ansicht der Studienteilnehmenden u. a. der Dialog zwischen der Politik und migrantisch wahrgenommenen Menschen gefördert werden. Auch sollte die Sichtbarkeit von (jungen) Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, die bereits in Parlamenten sitzen, erhöht werden – sie können wichtige Vorbilder sein. Darüber hinaus werden in allen qualitativen Interviews Rassismuserfahrungen thematisiert, die junge migrantisch wahrgenommene Menschen davon abhalten können, sich aktiv politisch zu beteiligen. Es zeigt sich aber auch, dass Rassismuserfahrungen bei Befragten, die interne Selbstwirksamkeit verspüren, mit einem hohen Maß an politischer Aktivität einhergehen können. Dieser Befund wird durch die quantitativen Daten gestützt.

Die Studie leitet daraus folgende Handlungsansätze ab:

- Politische Bildung sollte an allen Schulformen und bereits in jungen Jahren erfolgen.
- Sozialarbeit kann dies durch niedrigschwellige, inklusive politische Jugendarbeit unterstützen.

- Auch Vereine, Migrantenorganisationen und sonstige Organisationen der Zivilgesellschaft sind gefordert, vermehrt politische Bildungsarbeit anzubieten.
- Projekte zur politischen Teilhabe, z. B. von Parteien oder Stiftungen, sollten niedrigschwellig beworben werden.
- Politische Parteien sollten Diversität in der Politik fördern und Vorbilder sichtbar machen.
- Politische Parteien sollten Parteimitarbeit ohne Parteimitgliedschaft attraktiver gestalten.
- Das Recht auf politische Beteiligung durch Jugendräte sollte gestärkt werden.
- Parteimitarbeitenden, Lehrenden und Sozialarbeitenden sollten antirassistische Schulungen angeboten werden.

1 Wieso ist die politische Partizipation junger Menschen im Einwanderungsland wichtig?²

„Die heutige junge Generation in Deutschland ist die diverseste, die es je gab.“ Das schreibt Bundesfamilienministerin Lisa Paus im Vorwort zum 17. Kinder- und Jugendbericht, der im September 2024 erschienen ist (BMFSFJ 2024b). So steigt auch der Anteil der Wahlberechtigten mit Migrationshintergrund:³ Mehr als 45 Prozent der bei der Europawahl 2024 erstmals bundesweit wahlberechtigten 16- und 17-jährigen mit deutscher Staatsbürgerschaft hatten einen Migrationshintergrund (Mediendienst Integration 2024). Allerdings nehmen Deutsche mit Migrationshintergrund generell (unabhängig vom Alter) seltener an Wahlen teil als Deutsche ohne Migrationshintergrund (SVR 2021: 48; Mayer/Hamidou/Goerres 2020: 1; SVR-Forschungsbereich 2020a: 30–35).⁴

2 Diese Studie wurde begleitet von Prof. Dr. Havva Engin und Prof. Dr. Birgit Leyendecker, Mitglieder des Sachverständigenrats für Integration und Migration (SVR). Die Argumente und Schlussfolgerungen spiegeln nicht notwendigerweise die Meinung des SVR wider. Die Studie wurde im Rahmen des Projekts YoungUP! von der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration und zugleich Beauftragte der Bundesregierung für Antirassismus gefördert. Das Praxisprojekt YoungUP! wird vom Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat (BZI) durchgeführt. Verantwortlich für diese Veröffentlichung ist der wissenschaftliche Stab der SVR-Geschäftsstelle. Die Veröffentlichung und ihre Inhalte stellen keine Meinungsäußerung der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, zugleich Beauftragte der Bundesregierung für Antirassismus, dar. Die Autorinnen danken der djo – Deutsche Jugend in Europa sowie einer Mitarbeitenden aus dem Projekt JUGENDSTIL* dafür, dass sie die Handlungsempfehlungen gelesen und kommentiert haben; dadurch konnten sie konkretisiert werden.

3 Das Statistische Bundesamt definiert „Menschen mit Migrationshintergrund“ als Personen, die selbst oder von denen mindestens ein Elternteil nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren wurde (Statistisches Bundesamt 2024). Info-Box 1 geht auf diesen und andere Begriffe ein und erläutert die Begriffsverwendung in dieser Studie.

4 Dies gilt auch dann, wenn der durchschnittlich geringere Bildungsabschluss der Befragten mit Migrationshintergrund mitberücksichtigt wird (SVR-Forschungsbereich 2020a: 31).

Info-Box 1 Begrifflichkeiten und Verwendung in der Studie: ‚Migrationshintergrund‘, ‚Einwanderungsgeschichte‘, ‚migrantisch wahrgenommen‘ und ‚Zuwanderungsgeschichte‘

In Einwanderungsländern stellt sich die Frage, mit welchen Begrifflichkeiten über die Bevölkerungsgruppe gesprochen wird, die selbst nicht im entsprechenden Land geboren wurde oder deren Vorfahren aus anderen Ländern kommen. Bezeichnungspolitik ist eng verbunden mit Zugehörigkeitspolitik und entwickelt sich im Laufe der Zeit; auch in Deutschland ist die Debatte dynamisch (vgl. zuletzt SVR 2024a: 225–232). In den 1950er Jahren waren Bezeichnungen wie ‚Gastarbeiter‘, ‚Ausländer‘ oder ‚Migrant‘ üblich (Ataman 2013: 17; Gosewinkel/Katzky-Reinshagen o. J.; Halili 2020). Im Jahr 2005 wurde der Begriff der ‚Person mit Migrationshintergrund‘ in die amtliche Statistik eingeführt (Destatis o. J. b) und wird seitdem in Verwaltung und Wissenschaft verwendet, auch wenn er zugleich kritisch diskutiert wird (Halili 2020). Beim Migrationshintergrund steht die eigene bzw. elterliche nichtdeutsche Staatsangehörigkeit bei der Geburt im Vordergrund. Die Fachkommission Integrationsfähigkeit hat im Jahr 2020 vorgeschlagen, den Begriff des Migrationshintergrunds enger und klarer zu fassen (Fachkommission Integrationsfähigkeit 2020: 10) und den Begriff ‚Einwanderungsgeschichte‘ zu verwenden für Personen, die selbst oder deren beide Elternteile zugewandert sind; das Konzept wurde vom Statistischen Bundesamt aufgegriffen (Destatis o. J. a).

Sowohl der Migrationshintergrund als auch die Einwanderungsgeschichte orientieren sich ausschließlich an der eigenen oder elterlichen nichtdeutschen Staatsangehörigkeit zum Zeitpunkt der Geburt bzw. der Zuwanderung. Dies hat zur Folge, dass einerseits sowohl Personen mit als auch ohne

sichtbaren Migrationshintergrund und gegebenenfalls rassistischen Diskriminierungserfahrungen einbezogen werden (Pürckhauer 2023; Nesterko et al. 2024: 218–220) und andererseits unter Umständen Personen mit Rassismuserfahrungen unberücksichtigt bleiben. In der vorliegenden Studie geht es jedoch auch darum, die politische Partizipation von denjenigen jungen Menschen besser zu verstehen, die nach eigener Einschätzung von anderen als migrantisch wahrgenommen werden, denen damit ein Migrationshintergrund zugeschrieben wird (Amadeu Antonio Stiftung 2014).⁵

Wenn es um diese Zielgruppe geht, werden teilweise die Begriffe ‚migrantisch gelesen‘ oder ‚migrantisch wahrgenommen‘ verwendet. Diese „bilden Zuschreibungsprozesse ab und verdeutlichen den Konstruktionscharakter des ‚Migrationshintergrunds‘“ (Graevskaia 2022: 8). Da auch im Fokus dieser Studie Personen stehen, die migrantisch wahrgenommen werden, wird dieser Begriff für die Teilnehmenden an der quantitativen und qualitativen Befragung verwendet. Die bisherige Literatur zur politischen Partizipation bezieht sich hingegen auf Menschen mit Migrationshintergrund, weshalb dieser Begriff benutzt wird, wenn es um den Wissensstand der Forschung geht. Darüber hinaus wird zum Teil im empirischen Teil der Studie sowie in den Handlungsempfehlungen, die sich auf eine breiter gefasste Gruppe beziehen, der weiter gefasste Begriff der Zuwanderungsgeschichte verwendet. Laut SVR-Glossar⁶ werden damit neben Menschen mit Migrationshintergrund auch Personen bezeichnet, die rassistisch diskriminiert werden oder denen ein Migrationshintergrund zugeschrieben wird.

5 Darunter fallen auch junge BIPOC. Bei der Bezeichnung BIPOC handelt es sich um eine Selbstbezeichnung von Schwarzen Menschen, Indigenen und People of Color, die ihren Ursprung in den USA hat. Die Selbstbezeichnung wird in Deutschland u. a. von Menschen verwendet, „die nicht als weiß, deutsch und westlich wahrgenommen werden und sich selbst nicht so definieren“ (NdM-Glossar 2024). Der BZI meint mit dem Begriff BIPOC unter anderem „Menschen mit eigener/familiärer Migrations- oder Fluchterfahrung, Schwarze Menschen, People of Color und Sinti* zze und Rom* nja“ (<https://young-up.de/>).

6 <https://www.svr-migration.de/oeffentlichkeit/glossar/>.

Politische Partizipation der Bevölkerung mit Migrationshintergrund

Auch in anderen Bereichen der politischen Partizipation⁷ ist eine Unterrepräsentation der Bevölkerung mit Migrationshintergrund festzustellen (SVR 2021: 64–67). So spiegelt sich die Vielfalt der Bevölkerung bislang nicht in der politischen Repräsentation wider. Knapp ein Viertel der erwachsenen Bevölkerung in Deutschland und 12,3 Prozent der wahlberechtigten deutschen Staatsangehörigen hat einen Migrationshintergrund (Destatis 2024b), der Anteil der Abgeordneten mit Migrationshintergrund im 20. Bundestag liegt jedoch nur bei 11,3 Prozent.⁸ In den Landesparlamenten liegt dieser Anteil im Schnitt sogar nur bei 7,3 Prozent (Stand 2021) (Bergmann/Çelik/Wüst 2024: 19). Die geringere politische Beteiligung ist aus integrationspolitischer Sicht problematisch (Mayer/Hamidou/Goerres 2020: 4), da Teilhabe politische Zugehörigkeit symbolisiert und die Identifikation mit dem Gemeinwesen und damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken kann. Auch für eine demokratische Gesellschaft ist geringe politische Partizipation problematisch: Die gleichberechtigte Teilhabe aller an den Prozessen politischer Willensbildung und Entscheidung ist ein Grundpfeiler von Demokratien und erhöht die Legitimität und Akzeptanz politischer Entscheidungen (Roth 2017: 243).

Chancengleiche Zugänge zur politischen Willensbildung und Interessenvertretung stehen daher seit einigen Jahren auf der Agenda der Integrationsförderung (z. B. Sauer 2016: 256–259; SVR 2010: 13, 21; SVR 2015: 120): Um der Vielfalt in der Bevölkerung gerecht zu werden, muss die politische Stimme von Menschen mit Migrationshintergrund in Zukunft stärker gehört und ihnen die politische Mitgestaltung erleichtert werden (Gyamerah et al. 2021: 17). Lange

hat es jedoch an medialer und politischer Aufmerksamkeit für die Bedeutung der politischen Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund gefehlt (Roth 2018: 630; Wüst 2022: 2). Dies hat sich in den vergangenen Jahren (auch mit der 2024 vollzogenen Änderung des Staatsangehörigkeitsrechts; Info-Box 2) ein Stück weit geändert. Die Aufmerksamkeit für die Teilhabe speziell von jungen Menschen⁹ mit Migrationshintergrund ist allerdings weiterhin gering. Wenn neue politische Entscheidungstragende heranwachsen, fördert dies langfristig die „öffentliche Sichtbarkeit der Zugewanderten, ihrer Wünsche, Interessen und Bedürfnisse“ (Roth 2017: 244).

Politische Partizipation junger Menschen

Die Partizipation junger Menschen ist nicht nur für ihre individuelle Entwicklung relevant, sondern auch für den Fortbestand des demokratischen Systems, denn für die Legitimität von Wahlergebnissen ist eine mehrheitliche Beteiligung der Bevölkerung wünschenswert. Zudem übernimmt die junge Generation mit der Zeit Verantwortung für das politische Geschehen im Land (Hope 2016: 609–610). Darüber hinaus sind auch sie und ihre Bedürfnisse fundamentaler Bestandteil der Gesellschaft; ihre angemessene Berücksichtigung ist daher für die demokratische Gestaltung politischer Entscheidungen notwendig (Vetter/Remer-Bollow 2017: 2). Allerdings sind junge Menschen anteilig unterrepräsentiert, wenn beispielsweise das Durchschnittsalter der Abgeordneten des 20. Deutschen Bundestags betrachtet wird.¹⁰ Dieses ist zwar seit der 19. Wahlperiode um 2,1 Jahre gesunken, liegt aber auch in der 20. Wahlperiode noch bei 47,3 Jahren (Deutscher Bundestag/Parlamentsarchiv 2022). Das Durchschnittsalter der deutschen Wohnbevölkerung

7 Politische Partizipation, politische Teilhabe, politische Aktivität oder politisches Engagement werden in der vorliegenden Studie gleichbedeutend verwendet und umfassen der Definition im Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland folgend die „freiwillige, kollektive oder individuelle Aktivität von Bürgern mit dem Ziel, Einfluss auf das politische System zu nehmen“ (Kaase 1992: 429). Politische Partizipation ist nicht gewinnorientiert und wird ausgerichtet auf das Gemeinwohl im öffentlichen Raum ausgeübt (Weßels 2021). Entscheidende Charakteristik ist das Ziel, politische Entscheidungen zu beeinflussen (Bätge et al. 2022: 4).

8 Der Anteil der Abgeordneten mit Migrationshintergrund im Deutschen Bundestag ist allerdings über die letzten Wahlperioden hinweg angestiegen.

9 Um die Kategorie „jung“ zu definieren, wird an das Praxisprojekt YoungUP! des BZI angeknüpft, das sich an 17- bis 35-Jährige richtet. Im quantitativen Teil der Untersuchung werden Menschen zwischen 15 und 35 Jahren in der Kategorie „jung“ berücksichtigt.

10 Die Übernahme von politischen Ämtern und Mandaten erfordert in der Regel Jahre des kontinuierlichen politischen Engagements, bis ausreichend Bekanntheit und Renommee erlangt ist. Dies erschwert die Vertretung jüngerer Altersgruppen zu gleichen prozentualen Anteilen in Parlamenten und Bevölkerung.

liegt mit 44,6 Jahren rund drei Jahre darunter (Destatis 2023b).¹¹

Hinzu kommt, dass Menschen unter 16 bzw. 18 Jahren durch das Mindestwahlalter von der formellen Mitbestimmung ausgeschlossen sind und die Alterung der Bevölkerung den Einfluss der jungen Generation sukzessive verringert: Der immer größer werdende ältere Teil der Bevölkerung hat auch einen zunehmend größeren Einfluss auf Wahlergebnisse und politische Mitbestimmung (Winter 2021: 173–174). Diese Repräsentations- und Partizipationslücke könnte durch die informelle politische Partizipation, z. B. durch die Organisation von Kampagnen und die Mitarbeit in Vereinen, und andere Formen des Engagements von jungen Menschen mit Migrationshintergrund bei entsprechenden Angeboten und angemessener Förderung verringert werden.

Ziel der Studie

Die vorliegende Studie entstand begleitend zum Praxisprojekt YoungUP!, das vom Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat (BZI) durchgeführt und von der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration und zugleich Beauftragten der Bundesregierung für Antirassismus gefördert wird. Das Ziel von YoungUP! ist es, junge BIPOC zwischen 17 und 35 Jahren zu politischer Teilhabe zu ermutigen, sie dafür zu begeistern und zu empowern sowie ihre politischen Teilhabechancen zu stärken (für mehr Informationen s. <https://young-up.de/projektvorstellung/>). Um die Zielgruppe des Praxisprojekts in der Studie möglichst genau widerzuspiegeln, werden in der quantitativen wie qualitativen Befragung speziell junge migrantisch wahrgenommene Menschen berücksichtigt (für eine Definition: Info-Box 1). Für diese Gruppe liegen bisher kaum wissenschaftliche Befunde zur politischen Teilhabe vor.¹² Im Vergleich zu gleichaltrigen Menschen ohne Zuwanderungsgeschichte besteht jedoch eine Beteiligungslücke. Um diese

zu schließen und die politische Partizipation junger migrantisch wahrgenommener Menschen gezielt fördern zu können, ist es zunächst notwendig, sie besser zu erforschen und zu verstehen. Die vorliegende Studie verfolgt eine doppelte Zielsetzung: Zum einen soll der aktuelle Stand der politischen Partizipation junger migrantisch wahrgenommener Menschen in Deutschland beleuchtet werden. Zum anderen sollen die Gründe für eine geringere politische Partizipation analysiert und Fördermöglichkeiten für eine stärkere politische Partizipation aufgezeigt werden.

Datenbasis und methodisches Vorgehen

Im Fokus der Studie stehen Auswertungen von quantitativen und qualitativen Daten zur politischen Teilhabe von jungen migrantisch wahrgenommenen Menschen (*Mixed-Methods-Ansatz*). Die Kombination von quantitativen und qualitativen Methoden ermöglicht es, Beobachtungen aus einem großen Datensatz durch qualitative Interviews besser zu verstehen und einzelne Zahlen (quantitativ) mit Tiefe (qualitativ) zu füllen. Gleichzeitig können auch umgekehrt Einzelbeobachtungen aus den qualitativen Erhebungen quantitativ eingeordnet werden, d. h. es können Aussagen darüber getroffen werden, ob Einzelbeobachtungen mehr Menschen betreffen (Lund 2012: 156–157).

Für den quantitativen Teil werden Daten aus dem SVR-Integrationsbarometer 2024 verwendet. Zwischen November 2023 und Juni 2024 wurden bundesweit 15.020 Personen befragt. Davon haben 8.001 Personen keinen Migrationshintergrund, 1.092 Personen sind (Spät-)Ausgesiedelte, 1.730 Personen haben einen Migrationshintergrund in der Europäischen Union (EU), 1.003 Personen in der Türkei und 3.194 Personen haben einen Migrationshintergrund in der ‚übrigen Welt‘ (für weitere Informationen s. [Methodenbericht zum SVR-Integrationsbarometer 2024](#)). Da es in der vorliegenden Studie darum geht, die politische Partizipation von jungen Menschen darzustellen,

11 Das Durchschnittsalter deutscher Staatsangehöriger über 18 Jahren wäre an dieser Stelle eine bessere Referenzkategorie, da sich nur diese Bevölkerungsgruppe zur Wahl aufstellen lassen kann und wahlberechtigt ist. Allerdings fehlen für diese Subgruppe der deutschen Bevölkerung Zahlen. Das Durchschnittsalter der ausländischen Bevölkerung in Deutschland liegt mit 37,6 Jahren deutlich unter dem der Gesamtbevölkerung (Destatis 2023); das Durchschnittsalter der Bevölkerung mit deutscher Staatsangehörigkeit muss demnach über 44,6 Jahren liegen.

12 Zur politischen Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund über verschiedene Altersgruppen hinweg gibt es hingegen Erkenntnisse (z. B. Müssig 2020; SVR-Forschungsbereich 2020a).

die nach eigener Einschätzung von anderen migrantisch wahrgenommen werden,¹³ wurden die Daten nicht entlang der etablierten statistischen Kategorien ‚mit Migrationshintergrund‘ vs. ‚ohne Migrationshintergrund‘ ausgewertet. Vielmehr lag der Fokus auf denjenigen Teilnehmenden, die in der Befragung angaben, von anderen als Person ‚mit ausländischen Wurzeln‘ wahrgenommen zu werden – sie werden im folgenden Text und auch in den Abbildungen als ‚migrantisch wahrgenommen‘ bezeichnet.¹⁴ Dieses Vorgehen ergab eine Stichprobe von insgesamt 1.557 Teilnehmenden unter 36 Jahren.¹⁵ Zum Vergleich wurden Personen ohne statistischen Migrationshintergrund der gleichen Altersgruppe herangezogen, die zudem angaben, sich von anderen nicht als Person mit ausländischen Wurzeln wahrgenommen zu fühlen, die also nicht das Gefühl haben, migrantisch wahrgenommen zu werden (‚ohne Zuwanderungsgeschichte‘, 798 Teilnehmende).¹⁶

Für den qualitativen Teil wurden von Ende Februar bis Anfang Mai 2024 mit 15 migrantisch wahrgenommenen Personen im Alter zwischen 18 und 35 Jahren eigens für das Projekt semistrukturierte, leitfadengestützte Interviews durchgeführt.¹⁷ Die Befragten wurden über zwei Wege rekrutiert. Zum einen wurden Teilnehmende des Praxisprojekts YoungUP!, das von dieser Studie wissenschaftlich begleitet wird, gefragt, ob sie bereit wären, gegen eine Aufwandsentschädigung ein Interview zu geben. Zum anderen wurden 17- bis 35-jährige Teilnehmende des SVR-Integrationsbarometers 2024, die in deutscher Sprache befragt wurden und einen Migrationshintergrund aus einem nicht westlich geprägten Land haben, gefragt, ob sie bereit wären, gegen eine Aufwandsentschädigung an einem weiteren Interview teilzunehmen.¹⁸ Dieser doppelten Rekrutierung lag das Ziel zugrunde, sowohl mit politisch interessierten Personen zu sprechen, die eine hohe Motivation zur politischen Partizipation haben oder bereits politisch aktiv sind (YoungUP!-Teilnehmende), als auch mit Personen, die möglicherweise weniger interessiert oder motiviert sind, sich politisch zu beteiligen (Teilnehmende am SVR-Integrationsbarometer 2024). Acht der Teilnehmenden an den qualitativen Interviews konnten über YoungUP! gewonnen werden. Die übrigen sieben Teilnehmenden hatten zuvor an der Befragung zum Integrationsbarometer 2024 teilgenommen. Alle Befragten füllten zusätzlich zu den qualitativen Interviews einen Kurzfragebogen zu ihrer Soziodemografie aus (s. Anhang für die demografische Zusammensetzung der qualitativen Stichprobe). Details zu den Interviews und zur Auswertung finden sich im Methodenbericht zur vorliegenden Studie.¹⁹

Aufbau der Studie

Nach dieser Einordnung der Fragestellung und der Erläuterung des methodischen Vorgehens wird in Kapitel 2 das bisherige Wissen über die politische Partizipation von jungen Menschen sowie von Menschen mit Migrationshintergrund zusammengefasst. Vor die-

13 Laut einer Studie aus dem Jahr 2024 ist die Überschneidung der Gruppe der Menschen, die sich selbst als Mensch mit Migrationshintergrund bezeichnen, und der Gruppe derer, die eine Fremdzuschreibung als Person mit Migrationshintergrund wahrnehmen, mit zum Teil deutlich über 50 Prozent hoch und statistisch signifikant (Nesterko et al. 2024: 218).

14 Damit wird versucht, sich der Definition von migrantisch wahrgenommenen Menschen anzunähern und vor allem Teilnehmende zu betrachten, denen ein Migrationshintergrund zugeschrieben wird. Da es jedoch um das subjektive Empfinden geht, dass andere jemanden als Person mit ausländischen Wurzeln wahrnehmen, besteht kein Anspruch auf Vollständigkeit.

15 Auch Befragte ohne statistischen Migrationshintergrund können angeben, dass sie von anderen als Mensch mit ausländischen Wurzeln wahrgenommen werden. Aus statistischen Gründen der Gewichtung kann diese Personengruppe jedoch nicht gemeinsam mit Befragten mit statistischem Migrationshintergrund betrachtet werden. Da nur eine kleine Teilgruppe von 127 Personen ohne Migrationshintergrund angab, als Person mit ausländischen Wurzeln wahrgenommen zu werden, können für diese Teilgruppe keine zuverlässigen Berechnungen angestellt werden; insofern wird sie von den Berechnungen ausgeschlossen.

16 Für die demografische Zusammensetzung der Gruppen s. Anhang.

17 Die Zielgruppe war zwischen 17 und 35 Jahre alt, es wurde aber kein Interview mit einer 17-jährigen Person geführt.

18 Es handelt sich um Teilnehmende, die selbst oder deren Eltern nicht aus der EU und aus einem anderen Land als den Vereinigten Staaten (USA), der Schweiz, Norwegen, Kanada, Neuseeland, Australien oder Großbritannien kommen und die keine (Spät-)Ausgesiedelten sind. Diese Auswahl ist durch den Versuch motiviert, ‚migrantisch wahrgenommene‘ Personen zu interviewen. Die Auswahl bedeutet jedoch weder, dass alle Befragten tatsächlich migrantisch wahrgenommen werden, noch, dass alle Befragten, deren Herkunftsländer hier ausgeschlossen wurden, nicht migrantisch wahrgenommen werden.

19 Den Methodenbericht finden Sie unter <https://www.svr-migration.de/publikation/jung-und-vielfaeltig-aber-noch-nicht-politisch-beteiligt/>.

sem theoretischen Hintergrund werden in Kapitel 3 die erhobenen Daten analysiert. Dabei stehen das Politikverständnis, das politische Interesse, die politische Selbstwirksamkeit, die Berührungspunkte mit Politik im Verlaufe des Lebens sowie die tatsächliche Partizipation der Befragten im Fokus. Eingegangen wird sowohl auf die positiven als auch die negativen Erfahrungen mit politischer Partizipation. In Kapitel 4 folgt die gezielte Analyse von Herausforderungen sowie Gelin- gensbedingungen der Partizipation. Zunächst werden die in der quantitativen Befragung genannten Hinde- rungsgründe analysiert, gefolgt von vier Themenberei- chen, die sich aus den qualitativen Interviews heraus- kristallisiert haben: politische Bildung, Zugang zu und Repräsentation in der Politik, Mitarbeit in politischen Parteien sowie Rassismus- und Diskriminierungserfah- rungen. Darauf aufbauend werden in Kapitel 5 Hand- lungsansätze aufgezeigt, die dazu beitragen können, die Partizipationschancen junger Menschen mit Zu- wanderungsgeschichte zu erhöhen. Die Studie schließt mit einem Fazit und einem Ausblick in Kapitel 6.

2 Was ist politische Partizipation und wovon hängt sie ab?

Ein Grundpfeiler von Demokratien ist die gleichbe- rechtigte Teilhabe aller an den Prozessen politischer Willensbildung und Entscheidung (Verba/Schlozman/ Brady 1995). Sie erhöht die Legitimität und Akzeptanz politischer Entscheidungen (van Deth/Tausendpfund 2013). Die Möglichkeiten politischer Partizipation sind vielfältig (vgl. ausführlich SVR 2021: 33-36). Einige Beteiligungsformen sind zeitintensiv, andere werden sporadisch ausgeübt oder nehmen kaum zeitliche Ka- pazitäten in Anspruch.

Formen der politischen Partizipation

Der Begriff der politischen Partizipation ist Gegen- stand zahlreicher Debatten in der wissenschaftlichen Literatur (Pontes/Henn/Griffiths 2018). Politische Parti- zipation sollte freiwillig sein und im öffentlichen Raum stattfinden. Sie ist durch ihr konkretes Ziel der Einfluss- nahme auf politische Entscheidungen auf verschiede- nen Ebenen des politischen Systems definiert (Kaase 1992: 682; Weßels 2021: 399) und unterscheidet sich

durch das Handlungsfeld der Politik von gesellschaft- licher Partizipation (SVR-Forschungsbereich 2020a: 8).

Häufig wird zwischen formeller und informeller Partizipation unterschieden (Abb. 1). Formelle Partizi- pation beschreibt Beteiligungsformen, die innerhalb des bestehenden politischen Systems stattfinden, al- so institutionalisiert und damit anerkannt sind. Dazu gehören neben Wahlen z.B. die Mitarbeit bzw. die Mitgliedschaft in politischen Parteien, eine Partei- gründung oder die Kandidatur bei Wahlen, aber auch die Mitarbeit in Interessengemeinschaften. Demge- genüber spricht man von informeller Partizipation, wenn versucht wird, von außen auf das Geschehen innerhalb des politischen Systems Einfluss zu neh- men, etwa durch die Teilnahme an Demonstrationen oder durch die Arbeit an Kampagnen (Bätge et al. 2022: 154; Pontes/Henn/Griffiths 2018: 3). Darüber hinaus wird politische Teilhabe in elektorale Partizi- pation (Wahlbeteiligung und Kandidatur) und nicht elektorale Partizipation (Beteiligungsformen außer- halb von Wahlen) unterteilt (vgl. Brady 1999: 767; Müssig 2020: 26-27; Abb. 1).

Die Teilnahme an Wahlen ist ein Kernelement der repräsentativen Demokratie und sollte daher in einer funktionierenden Demokratie von möglichst vielen Wahlberechtigten wahrgenommen werden (vgl. Sauer 2016: 256; SVR 2010: 189). Allerdings durften bei der letzten Bundestagswahl 12,6 Prozent der erwachse- nen Bevölkerung in Deutschland nicht wählen oder sich nicht zur Wahl aufstellen lassen, weil sie nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besaßen (Mediendienst Integration 2024; Info-Box 2). Wenn man diese nicht durch Geburt erwirbt, ist die Einbürgerung erforderlich, um die vollen politischen Beteiligungsrechte zu erwer- ben (vgl. SVR 2024a: 195-200). Aber auch Deutsche mit Migrationshintergrund beteiligen sich seltener an Wahlen als Deutsche ohne Migrationshintergrund (vgl. Mayer/Hamidou/Goerres 2020: 1; Müssig 2020: 192-194; SVR-Forschungsbereich 2020a: 30-35). Die ge- ringere Wahlbeteiligung von Menschen mit Migrations- hintergrund führt dazu, dass ihre Stimme in der Politik weniger repräsentiert ist und weniger Gewicht hat.

Im Gegensatz zu Wahlen steht die nicht elektorale Partizipation – also etwa die Beteiligung an Demonst- rationen, die Mitwirkung in Gewerkschaften und Ver- bänden (Abb. 1) – grundsätzlich allen in Deutschland

Abb. 1 Formen politischer Partizipation



Quelle: SVR 2021; eigene Darstellung

lebenden Menschen offen. Auch über diese Form der Partizipation kann Einfluss auf die Politikgestaltung genommen werden und es handelt sich um anerkannte Möglichkeiten, den eigenen politischen Willen zum Ausdruck zu bringen (Müssig/Worbs 2012).

Die verschiedenen Formen der nicht elektoralen Teilhabe (Abb. 1) sind für die vorliegende Studie aus zwei Gründen von Interesse: Zum einen stehen diese Beteiligungsformen allen Menschen in Deutschland offen, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit und ihrem Alter. Zum anderen beteiligen sich vor allem jüngere Menschen häufiger informell an nicht elektoralen politischen Prozessen als ältere (vgl. Weßels 2021: 382). In der vorliegenden Studie werden daher sowohl elektorale und insbesondere nicht elektorale Beteiligungsformen untersucht, wobei der Fokus auf politischer Partizipation jenseits der Wahlbeteiligung liegt.

Wie kommt es zu politischer Partizipation?

Um die politische Teilhabe von jungen migrantisch wahrgenommenen Menschen besser verstehen zu können, sind ihre zugrunde liegenden Interessen und Motivationen sowie die von ihnen wahrgenommenen strukturellen und individuellen Hürden und Hindernisse von besonderem Interesse. Ein klassisches Modell zur grundsätzlichen Erklärung politischer Partizipation ist das *civic voluntarism model* (Verba/Schlozman/Brady 1995; vgl. auch Bergmann/Çelik/Wüst 2024: 56–61; SVR 2021: 49). Danach hängt politische Teilhabe von drei Faktoren ab:

- Ressourcen: Können die betreffenden Personen partizipieren? Verfügen sie also über partizipationsrelevante Ressourcen wie Zeit, Wissen, soziale, sprachliche und organisatorische (kognitive) Kompetenzen und gegebenenfalls Geld?

- **Motivation:** Wollen die betreffenden Personen partizipieren? Sind sie also aufgrund ihrer Werte und Normen sowie ihrer (politischen) Selbstwirksamkeit interessiert an der Politik und motiviert, teilzuhaben? Identifizieren sie sich mit dem politischen System in Deutschland und glauben sie, dass sie etwas bewirken können?
- **Gelegenheit:** Werden sie gefragt, zu partizipieren? Erfahren sie also gezielte Ansprache durch Dritte oder werden sie aktiv in Netzwerke eingebunden, über die sie von Partizipationsmöglichkeiten erfahren und in denen sie gegebenenfalls dazu aufgefordert werden, an der Politik teilzuhaben?

Allerdings gibt es Hinweise darauf, dass dieses Modell zwar die Partizipation von Menschen ohne Migrationshintergrund erklärt, aber nur in geringerem Maße die Unterschiede zur Teilhabe von Personen mit Migrationshintergrund abbilden kann (Giugni/Grasso 2020: 603; de Rooij 2012: 469–470). Migrationsspezifische Faktoren, die in diesem Modell unberücksichtigt bleiben, sind z. B. Diskriminierungserfahrungen, das Zugehörigkeitsgefühl zu Deutschland, die Aufenthaltsdauer sowie Bleibeabsichten im Land (SVR 2021: 48).

Zunächst soll jedoch darauf geschaut werden, was über die politische Teilhabe junger Menschen insgesamt bekannt ist (s. Kap. 2.1), bevor auf die politische Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund eingegangen wird.

2.1 Politische Teilhabe von jungen Menschen: stärker in neuen Bewegungen, informell und volatil beteiligt

Häufig werden Jugendliche als politisch weniger interessiert oder als politikverdrossen beschrieben – oder ihnen wird sogar fehlende Motivation zur politischen Teilhabe vorgeworfen. So wird z. B. darauf verwiesen, dass Parteien an Zulauf verlieren und junge Menschen sich insgesamt weniger politisch engagieren

(Schnaudt/Weinhardt/Liebig 2017: 190; Weßels 2021: 380). Studien der letzten Jahre zeigen jedoch, dass das politische Interesse junger Menschen durchaus stabil ist oder sogar zunimmt (z. B. Albert et al. 2024: 19). Auch die politische Aktivität junger Menschen nimmt weiter zu. Allerdings bevorzugen junge Menschen im Vergleich zur älteren Bevölkerung andere Formen der politischen Teilhabe oder nutzen neue Formen der Aktivität (Bätge et al. 2022: 171–172; Gaiser et al. 2015: 33; Pontes/Henn/Griffiths 2018: 2; Schnaudt/Weinhardt/Liebig 2017: 199). Das Internet spielt z. B. eine wichtige Rolle bei der Vernetzung und Mobilisierung, aber auch bei den Beteiligungsmöglichkeiten selbst (Bergmann/Çelik/Wüst 2024: 93). So werden beispielsweise Online-Protestaktionen und Flashmobs veranstaltet oder Demonstrationen und Kampagnen in sozialen Medien beworben und organisiert (Gaiser/Gille 2012: 17; Milošević-Dorđević/Žeželj 2017: 114–117; O’Toole 2016: 236–237).

Darüber hinaus bevorzugen junge Menschen informelle Beteiligungsformen, partizipieren also häufiger an Demonstrationen oder Petitionen, als dass sie Parteien beitreten (vgl. Bätge et al. 2022: 176; Gaiser/Gille 2012: 15; Gaiser/Hanke/Ott 2016; Weßels 2021: 382). In diesen Bereichen weisen sie eine kaum geringere Partizipation auf als die übrige Bevölkerung, wohingegen die parteinahe Teilhabe bei jüngeren Menschen geringer ausgeprägt ist als bei älteren (Schnaudt/Weinhardt/Liebig 2017: 199; Weßels 2021: 382–384). In neuen sozialen Bewegungen²⁰ wie z. B. Fridays for Future, Seebrücke oder Letzte Generation sind Jüngere sogar stärker engagiert als Ältere. Generell ist die politische Partizipation junger Menschen häufig auf themenorientiertes, zeitlich befristetes und projektbezogenes Engagement ausgerichtet (Gaiser et al. 2015: 23; Gaiser/Hanke/Ott 2016).

Ein besseres Verständnis der unterschiedlichen Beteiligungsformen und Ressourcen von jüngeren und älteren Menschen und ihrer Motive kann einerseits dazu beitragen, junge Menschen zu motivie-

20 Neue soziale Bewegungen sind Gruppen, die spezifische soziale, politische und ökologische Probleme thematisieren und häufig mit Mitteln des öffentlichen Protests agieren. Sie zeichnen sich durch flexible Beteiligungsmöglichkeiten und Aktionsorientierung aus, sind stärker an grundsätzlichen Idealen orientiert und verfügen über weniger formal organisierte Strukturen als Vereine (vgl. Gaiser et al. 2015: 23).

ren, sich an bestehenden Formen der politischen Partizipation zu beteiligen. Andererseits kann es u. a. die politisch Handelnden dazu anregen, neue Formen der Partizipation anzuerkennen, um politische Beteiligung für Jüngere im politischen System attraktiver zu machen. Studien, die sich mit den Motiven und vor allem den Mobilisierungsmöglichkeiten für die politische Beteiligung dieser Gruppe auseinandersetzen, liegen bislang jedoch nur in begrenztem Umfang vor (Bätge et al. 2022: 171; Gaiser/Gille 2012: 16; für eine Ausnahme s. Winter 2021).

Eine entscheidende Voraussetzung für eine Beteiligung ist, dass junge Menschen über ‚political literacy‘ oder ‚politische Kompetenz‘ verfügen, also Politik verstehen, beurteilen und mitgestalten können (Bochel 2009: 150–151). Dies sind wichtige Grundvoraussetzungen für eine nachhaltige politische Partizipation, die aber auch durch Bildung gestärkt werden können.²¹ Darüber hinaus sind positive Selbstwirksamkeitserfahrungen entscheidend für weiteres Engagement: Junge Menschen müssen erleben, dass ihr Engagement u. a. von Entscheidungstragenden wahrgenommen wird. Diese Effekte können motivierend auf die persönliche Partizipationserfahrung, aber auch auf eine stärkere Orientierung an öffentlichen und politischen Themen im Allgemeinen wirken (Gaiser/Gille 2012: 17; Gaiser et al. 2015: 34). Dies zeigt, wie wichtig es ist, junge Menschen in ihrer politischen Teilhabe zu unterstützen und zu fördern. Denn positive Erfahrungen mit politischer Partizipation können eine weitere und zukünftige Beteiligung stärken und langfristig eine politisch aktive Gesellschaft und damit eine funktionierende Demokratie gewährleisten (Bischoff et al. 2015: 51). Auch gesellschaftliches Engagement insgesamt kann einen entsprechenden Effekt haben (SVR-Forschungsbereich 2020a: 44–47).

Dazu müssen zum einen die für die politische Teilhabe wichtigen grundlegenden demokratischen Orientierungen und Handlungskompetenzen in den Schulen vermittelt werden. Auch den in Schulen oder an Hochschulen verankerten Mitwirkungsmöglichkeiten wie etwa Schülervertretungen und Asten

kommt hier eine wichtige Rolle zu. Zum anderen müssen Vereine und andere, auch neuartige Organisationsstrukturen als politisch mobilisierende Netzwerke und Orte der Partizipation für junge Menschen diese gezielt ansprechen und rekrutieren; der Politik obliegt es, hierfür die geeigneten Rahmenbedingungen zu setzen und gegebenenfalls entsprechende Strukturen zu unterstützen (Gaiser/Gille 2012: 16; Gaiser et al. 2015: 34).

2.2 Politische Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund: Barrieren und Motive

Mehr als die Hälfte der Menschen mit Migrationshintergrund interessiert sich für Politik (SVR-Forschungsbereich 2020a: 22–23), und die Wahrnehmung, dass sich die Politik darum kümmert, was einfache Leute denken (externe politische Selbstwirksamkeit), ist bei ihnen sogar etwas höher als bei Befragten ohne Migrationshintergrund (SVR-Forschungsbereich 2020a: 24–26). Dennoch fühlen sich Befragte mit Migrationshintergrund weniger gut in der Lage als Befragte ohne Migrationshintergrund, wichtige politische Fragen zu verstehen und an einem Gespräch über Politik teilzunehmen (interne politische Selbstwirksamkeit) (SVR-Forschungsbereich 2020a: 24–25). Politische Schulbildung kann hier wesentlich sein, um das vorhandene Interesse mit den notwendigen Ressourcen zur Partizipation zu unterstützen.

Entscheidend für die tatsächliche politische Partizipation sind dann aber vor allem Gelegenheitsstrukturen (Verba/Schlozman/Brady 1995). Mobilisierungseffekte können bei Menschen mit Migrationshintergrund stärker ausfallen als bei Menschen ohne Migrationshintergrund. So zeigt eine Untersuchung in Baden-Württemberg, dass die Wahlbeteiligung bei Menschen mit Migrationshintergrund um 15 Prozentpunkte höher ist, wenn sie dazu aufgefordert werden; bei Menschen ohne Migrationshintergrund beträgt der Unterschied zwischen Aufgeforderten und Nichtaufgeforderten lediglich 7 Prozentpunkte (Wüst/Faas 2018: 13–14). Allerdings

²¹ Aufgrund des Schulsystems, verschiedener Elternhäuser und sozialer Zirkel sind nicht allen jungen Menschen die gleichen Voraussetzungen gegeben, Politikkompetenz zu entwickeln.

verfügen Menschen mit Migrationshintergrund in der Regel über weniger entsprechende Kontakte und Netzwerke, über die sie für Politik und Partizipation gewonnen werden können. Sowohl selbst Zugewanderte als auch ihre Nachkommen sind seltener Mitglieder in Vereinen oder gemeinnützigen Organisationen als Personen ohne Migrationshintergrund (SVR-Forschungsbereich 2020a: 35–37); gleichzeitig sind Vereinsmitglieder häufiger politisch aktiv (Karadas/Zerback 2019: 208–211; SVR-Forschungsbereich 2020a: 45–46).

Forschung aus den Vereinigten Staaten zeigt, dass die Gelegenheitsstrukturen für Menschen mit Migrationshintergrund häufig im migrantischen Umfeld selbst liegen (Kam/Zechmeister/Wilking 2008: 214). Anknüpfungspunkte für politisches Engagement können daher migrantische Organisationen im Bereich der informellen politischen Beteiligung oder Migrations-, Flüchtlings- und Integrations(räte) sein, die Teil eines stärker formalisierten Beteiligungsprozesses sind (Abb. 1) (vgl. SVR 2021: 55–59; SVR 2024a: 217). In Deutschland haben sich Migrantenorganisationen inzwischen erfolgreich als politische Akteurinnen positioniert; sie spielen eine wichtige Rolle als Interessenvertretung der Bevölkerung mit Zuwanderungsgeschichte und als Ansprechpartnerinnen der Politik auf Landes- und Bundesebene (vgl. SVR 2021: 59–64; Bausch 2011; SVR-Forschungsbereich 2020b: 64–66; zur Rolle von Migrantendachverbänden vgl. Mualem 2024). Menschen mit Migrationshintergrund sollten jedoch nicht auf eine Partizipation über migrantische Netzwerke festgelegt werden, sondern ebenso Zugänge beispielsweise zu fachlichen oder anderen Beteiligungsmöglichkeiten haben und nutzen.

Diskriminierung als Katalysator oder Hemmnis für Engagement

Ein nicht zu unterschätzender Faktor, der für die politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund von Bedeutung sein kann, sind Diskriminierungserfahrungen (Schlumbohm 2015: 194). Allerdings ist der Zusammenhang zwischen Diskriminierungs- und Rassismuserfahrungen²² und politischer Beteiligung empirisch nicht eindeutig: Einerseits wurde beobachtet, dass Personen, die von häufigen Diskriminierungserfahrungen berichten, sich eher politisch engagieren als Personen, die selten oder gar keine Diskriminierungserfahrungen machen; es scheint aber auch der umgekehrte Zusammenhang zu bestehen (Dege et al. 2021). Einerseits können Rassismus- und Diskriminierungserfahrungen dazu motivieren, wahrgenommene Ungerechtigkeiten in der Gesellschaft verändern zu wollen. Zudem kann die erlebte Ausgrenzung Gefühle der Verbundenheit und Zugehörigkeit innerhalb einer Gruppe hervorrufen, die sich als diskriminiert wahrnimmt (Sanchez 2006). So zeigt eine repräsentative Umfrage in Deutschland, dass sich insbesondere Befragte, die bereits rassistische Diskriminierung erfahren haben, stärker politisch einbringen möchten (Dege et al. 2021: 19–20). Auch ist die Wahlbeteiligung bei Menschen mit Migrationshintergrund teilweise höher, wenn sie sich als Gruppe diskriminiert fühlen (Spierings/Vermeulen 2024: 634–637).

Andererseits können Diskriminierungs- und Rassismuserfahrungen auch demotivierend wirken, sich im diskriminierenden System oder in der diskriminierenden Gesellschaft (weiter) zu engagieren. So geben Menschen mit Migrationshintergrund u. a. rassistische Diskriminierungserfahrungen als Grund an, sich nicht länger politisch zu engagieren (Dege et al. 2021: 20–21). Auch gibt es Hinweise darauf, dass sich selbst

22 Diskriminierung bezeichnet die Ungleich- oder Andersbehandlung, Ausgrenzung oder Benachteiligung einer Person ohne sachlichen Grund aufgrund ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten Gruppe (Art. 3 GG; Scherr 2016). Nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) liegt Diskriminierung vor, wenn eine Person aufgrund eines sog. geschützten Merkmals „eine weniger günstige Behandlung erfährt, erfahren hat oder erfahren würde als eine andere Person in einer vergleichbaren Situation“ (§ 3 Abs. 1 AGG). Zu den geschützten Merkmalen gehört u. a. Diskriminierung „wegen der ethnischen Herkunft“ (§ 1 AGG). In der Wissenschaft gibt es keine einheitliche Definition von Rassismus. Im Allgemeinen wird damit eine Ideologie bezeichnet, die aus zwei Kernelementen besteht: (1) Menschen werden in Gruppen eingeteilt, die als klar voneinander abgrenzbar und ‚natürlich‘ konstruiert werden (ursprünglich ‚Rassen‘, heute auch oft ‚Kulturen‘), und es wird angenommen, dass diese Gruppenzugehörigkeit ihre Eigenschaften (z. B. ihren Charakter, ihr Verhalten oder ihre mentalen Fähigkeiten) wesentlich bestimmt. (2) Diese Gruppen sind hierarchisch angeordnet; bestimmte Gruppen gelten als höher- und andere als minderwertig (vgl. Attia/Keskinkilic 2017; Fredrickson 2004; Leiprecht 2016: 226–227; Zick 2010: 45). Diskriminierung kann also auch aufgrund rassistischen Gedankenguts stattfinden. Vgl. zu den Begriffen und Konzepten auch SVR 2021: 136–138.

erlebte Diskriminierung negativ auf die Wahlbeteiligung auswirken kann (Schildkraut 2005: 297–300). Dieser negative Zusammenhang lässt sich durch das Aufkommen eines Ohnmachtsgefühls bei wiederholt wahrgenommener Diskriminierung erklären (Oskooii 2020); zudem können Diskriminierungserfahrungen aufgrund der ethnischen Herkunft oder aus rassistischen Gründen mit einem geringeren Vertrauen in politische und öffentliche Institutionen einhergehen (Dieckmann/Geschke/Braune 2017; Goerres et al. 2024: 6). Dieses geringere Vertrauen kann wiederum mit einer weniger ausgeprägten Partizipation im politischen System verbunden sein (SVR-Forschungsbereich 2020a: 28).

Insgesamt lässt sich damit nicht eindeutig von Rassismus- und Diskriminierungserfahrungen und -wahrnehmungen von Menschen mit Migrationshintergrund auf ihre politische Partizipation schließen. Solche Erfahrungen können aber für die Entscheidung für oder gegen politische Aktivität relevant sein; die Richtung des Zusammenhangs wird dann durch individuelle Dispositionen und weitere Faktoren wie etwa die politische Selbstwirksamkeit bestimmt.

Zwischenfazit

Die Aufbereitung der Forschungsliteratur zeigt: Zum Ausmaß der politischen Partizipation von jungen Menschen und von Menschen mit Migrationshintergrund liegen bereits einige Befunde vor. Ausgehend vom *civic voluntarism model* sind auch die grundlegenden Voraussetzungen und Einflussfaktoren für ein solches Engagement bekannt. Hingegen besteht wenig detailliertes Wissen über die Gruppe, die beide Merkmale in sich vereint: junge Menschen mit Migrationshintergrund – eine Gruppe, bei der die Beteiligungslücke gegenüber der Vergleichsgruppe ohne Migrationshintergrund noch größer ist als bei den Älteren. Insbesondere zu den Beweggründen, die einerseits zu politischer Aktivität und politischem Engagement motivieren, andererseits aber auch zu einer Abkehr von der Politik bzw. zu politischer Inaktivität führen, liegen bislang kaum Forschungsergebnisse vor. Diese besser zu verstehen und damit Grundlagen für möglichst passgenaue Ansätze zur Förderung politischer Partizipation zu entwickeln, ist das Ziel der vorliegenden Studie.

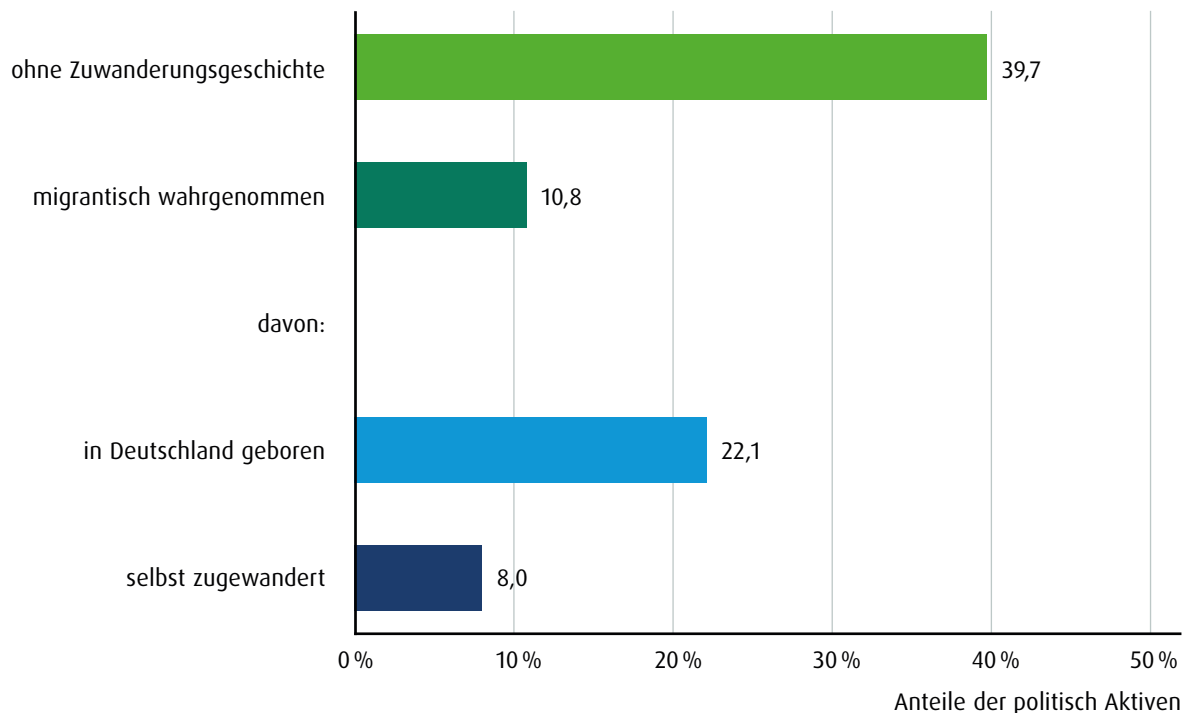
3 Ergebnisse der Studie zum Verständnis und zu Bedingungen von politischer Partizipation

Bevor die Ergebnisse aus der Datenerhebung des wissenschaftlichen Stabs bezogen auf Motivationen zur politischen Beteiligung (Kap. 3.3) sowie den Umgang mit Frustrationen mit der Teilhabe (Kap. 3.4) dargestellt werden, sollen zunächst die politische Partizipation der Befragten und ihr Politikverständnis (Kap. 3.1) sowie ihr politisches Interesse und ihre Selbstwirksamkeit (Kap. 3.2) näher beleuchtet werden. Auf diese Weise ist es möglich, zu Beginn zwischen politisch aktiven und nichtaktiven Befragten zu unterscheiden. Dies ist entscheidend, da die politische (Nicht-)Aktivität für die darauffolgenden Kapitel eine relevante Kategorie darstellt, auf die immer wieder Bezug genommen wird.

3.1 Politische Teilhabe der Befragten und ihr Verständnis von Politik

Das SVR-Integrationsbarometer enthält Informationen zur elektoralen sowie zur nicht elektoralen Partizipation. Nicht elektorale politische Partizipation ist danach bemessen, inwieweit Befragte angeben, sich auf andere Weise als durch das vorhandene bzw. nicht vorhandene und genutzte Wahlrecht zu engagieren; als Beispiele werden u. a. die Teilnahme an politischen Demonstrationen oder die Mitarbeit in einer Interessengemeinschaft genannt. Von den 1.557 jungen migrantisch wahrgenommenen Befragten im SVR-Integrationsbarometer sind 11 Prozent jenseits der Teilnahme an Wahlen politisch aktiv. Das sind deutlich weniger als bei den 798 Befragten ohne Zuwanderungsgeschichte (Abb. 2). Damit bestätigen die Ergebnisse frühere Studien, wonach sich Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland weniger in dieser Form politisch engagieren als Menschen ohne Migrationshintergrund (z. B. SVR-Forschungsbereich 2020a: 31–32). Zudem bestätigt sich der Befund, dass sich in Deutschland geborene migrantisch wahrgenommene Befragte häufiger politisch beteiligen (22%) als Befragte, die selbst nach Deutschland zugewandert sind (8%) (Müssig 2020: 191–194; SVR-Forschungsbereich 2020a: 32–34).

Abb. 2 „Es gibt einige Möglichkeiten, sich politisch in Deutschland zu engagieren. Man kann z. B. seine Position in politischen Diskussionen vertreten, an Demonstrationen teilnehmen oder aber in einer Interessengemeinschaft oder Partei mitarbeiten. Sind Sie auf die eine oder andere Weise politisch aktiv?“ (Befragte unter 36 Jahren; Partizipation migrantisch wahrgenommener Befragter nach Zuwanderungsgeneration und Befragter ohne Zuwanderungsgeschichte)



Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2024; gewichtete Daten; eigene Darstellung

„Politik ist das, was unser Land organisiert“²³

Zehn der 15 qualitativ befragten Personen wurden als jenseits von Wahlen politisch aktiv eingestuft, die übrigen fünf Personen als nichtaktiv.²⁴ Bei der Frage nach dem Politikverständnis zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den politisch aktiven und den nichtaktiven Interviewteilnehmenden: Alle Befragten, die sich jenseits von Wahlen politisch engagieren, verstehen Politik auch als Teilhabe und Mitgestalten – aktive Partizipation wird also als Teil von Politik verstanden. Vielfach wird Politik als sehr alltagsnah und in allen Lebensbereichen präsent

wahrgenommen: „Spontan würde ich sagen, ist für mich Politik erstmal mein Leben“ (INT020, aktiv). Alle politisch Nichtaktiven hingegen verstehen unter Politik in erster Linie Prozesse, die sehr weit weg von der eigenen Person sind, und bezeichnen Politik eher abstrakt mit Begriffen wie „Macht“, „Gesetze“ und „Regeln“. Von den politisch Aktiven nennt dagegen nur die Hälfte solche Kategorien im Zusammenhang mit dem Politikbegriff. Insgesamt ist Politik für die politisch aktiven Befragten also konkret und etwas, an dem sie mitwirken (können), während die politisch nichtaktiven Befragten mit dem Politikbegriff

²³ Es handelt sich um ein Zitat aus dem Interview 030 (INT030, nichtaktiv).

²⁴ Politisch aktiv: Drei Personen nehmen nur oder hauptsächlich an Demonstrationen teil oder unterschreiben Petitionen (INT021, INT025, INT015); weitere drei sind auch anderweitig aktiv, allerdings nicht häufig (INT013, INT016, INT017); die übrigen vier Personen sind sehr häufig und intensiv engagiert (INT010, INT014, INT018, INT020). Politisch nichtaktiv: INT011, INT019, INT026, INT030. Allerdings sagen nur zwei der Nichtaktiven, dass sie jegliche politische Aktivität auch in Zukunft für sich ausschließen.

Assoziationen verbinden, die eine Distanz der Politik zur eigenen Person erkennen lassen.

„Ich bin mittendrin“ versus „Politik steht [...] etwas weiter weg von mir“²⁵

Entsprechend geben auch alle politisch aktiven Befragten an, selbst ein Teil der Politik zu sein. Wenige schränken dieses Gefühl ein und beziehen das ‚Mittendrin‘ nur auf ihre eigene Teilhabe an der Politik, nicht aber auf die eigene Person oder Herkunftsgruppe in der Politik. Eine Person äußert in diesem Zusammenhang, dass sie sich einerseits mitten in der Politik sehe, andererseits aber aufgrund ihrer Zuwanderungsgeschichte „sehr weit außen“ (INT018). Demgegenüber verorten die politisch Nichtaktiven die Politik weiter entfernt: „in meinem Sichtfeld, aber etwas weiter weg von mir“ (INT019) bzw. „über mir“ (INT026).

Woher das Gefühl kommt, mittendrin oder eher außerhalb der Politik zu stehen, lässt sich nicht monokausal erklären. Die Daten geben jedoch Hinweise darauf, dass das Gefühl der politisch Aktiven, mitten in der Politik zu stehen, zum Teil aus der Wahrnehmung resultiert, mit ihrem Engagement tatsächlich politisch etwas bewegen zu können (s. auch Kap. 3.2, Selbstwirksamkeit).

Seitdem ich mich ja auch ehrenamtlich betätige oder halt bildungspolitische Arbeit mache, habe ich halt dann leider sehr spät gemerkt, dass ich auch Teil davon bin und dass auch ich mitgestalten kann, was ich leider während meiner Schulzeit oder auch während meiner Ausbildung zum Beispiel nicht gewusst habe.

(INT014, aktiv)

Politisch aktive Personen sind sich auch bewusst, dass der Alltag eines jeden Menschen politisch ist, und einige betonen, dass sie (z. B. als Frau, als migrantische oder queere Person) Gegenstand des öffentlichen und politischen Diskurses sind. Dieses Bewusstsein ist bei den Befragten, die nicht politisch aktiv sind, weniger stark ausgeprägt.

²⁵ INT021 (aktiv) und INT019 (nichtaktiv).

²⁶ INT014 (aktiv).

„Die Möglichkeit, als Individuum tatsächlich mitgestalten zu können“²⁶

Auch das Verständnis von politischer Partizipation unterscheidet sich zwischen politisch Aktiven und Nichtpartizipierenden: Fast alle Aktiven verstehen politische Teilhabe – wie auch schon Politik an sich – als Mitgestalten, Mitbestimmen, Mitmachen und Mitmischen. Sie beschreiben Partizipation als Einmischung in das politische Geschehen und betonen, dass es wichtig sei, eine Stimme zu haben, die klare Interessen und Bedürfnisse kommuniziert und auch gehört wird. Die Definition orientiert sich also an der eigenen inhaltlichen Beteiligung und am möglichen Effekt der Partizipation.

[P]olitische Teilhabe heißt für mich, wenn ich Eigeninitiative zeige und wenn mir dieses System oder die Struktur es auch hergibt, also dass ich auch was bewirken kann.

(INT018, aktiv)

*Politische Teilhabe wäre für mich [...], wichtige Bedürfnisse, die noch nicht adäquat behandelt wurden, auf einfachem Wege an die Politiker*innen und Entscheidungsträger*innen herantragen zu können, damit die auch Berücksichtigung finden.*

(INT010, aktiv)

Von den Befragten, die nicht politisch aktiv sind, nennt nur eine Person eine solche Definition. Alle anderen nichtaktiven Befragten nennen dagegen sehr konkrete Aktivitäten, wenn sie nach der Definition von Partizipation gefragt werden: „Jemand, der vielleicht ein Amt bekleidet“ (INT026); „Unter politischer Teilhabe verstehe ich Aktivismus“ (INT019); oder sie sind sich nicht ganz sicher, was Partizipation beutet: „Ich glaube, die Leute, die Demonstrationen machen“ (INT011).

Der Unterschied im Verständnis von politischer Partizipation zwischen Aktiven, die Teilhabe eher als abstrakt im Sinne von Mitwirken/Mitbestimmen, aber nahbar sehen, und Nichtaktiven, die konkrete Aktivitäten nennen, kann möglicherweise darauf zu-

rückgeführt werden, dass die politisch Aktiven durch ihre eigene Aktivität ein Bewusstsein dafür bekommen haben, dass Partizipation verschiedene Formen annehmen kann, während die Nichtaktiven sich eher an konkreten Aktivitäten orientieren, von denen sie schon einmal gehört haben. Dies deutet auf eine höhere politische Kompetenz der politisch Aktiven hin (s. Kap. 2.1; Bochel 2009: 150–151).

Jenseits niedrigschwelliger Partizipationsmöglichkeiten, die keine großen zeitlichen Ressourcen in Anspruch nehmen (z. B. Wahlbeteiligung oder Unterschreiben einer Petition), ist politische Partizipation in den Augen einiger politisch Aktiver jedoch auch mit Barrieren verbunden. Als Beispiel für eine solche Barriere werden die hohen Anforderungen an eine aktive Parteimitgliedschaft genannt.²⁷ Unter anderem von Befragten, die bereits Parteimitglieder waren, wird kritisiert, wie wenig man als Mitglied ohne Amt mitgestalten könne. Insbesondere politisch Aktive betonen, dass für eine erfolgreiche politische Partizipation jenseits von Wahlen zunächst bestimmte Kriterien erfüllt und Rahmenbedingungen gegeben sein müssen (s. INT018 oben).

Formen und Häufigkeit der politischen Teilhabe

Die Daten des SVR-Integrationsbarometers 2024 zeigen, dass sich migrantisch wahrgenommene politisch aktive Befragte in ihren Partizipationsformen nicht wesentlich von Befragten ohne Zuwanderungsgeschichte unterscheiden. Dies bestätigt eine frühere Untersuchung (vgl. Müssig 2020: 196–198) und gilt in den hier vorliegenden Daten vor allem für die politische Partizipation durch Parteimitarbeit, Demonstrieren und Unterschriftenaktionen.

Migrantisch wahrgenommene Befragte beteiligen sich ebenso wie Befragte ohne Zuwanderungsgeschichte am häufigsten über Demonstrationen an der Politik (74 bzw. 89 %); 91 Prozent der in Deutschland geborenen migrantisch wahrgenommenen Befragten gehen demonstrieren sowie 64 Prozent der selbst Zugewanderten (Abb. 3).²⁸ An zweiter Stelle steht das Unterzeichnen von Petitionen (61 bzw. 83 %); 72 Prozent der in Deutschland geborenen und 55 Prozent der selbst zugewanderten Aktiven nehmen so an Politik teil (Abb. 3). Die Daten des SVR-Integrationsbarometers bestätigen also, dass niedrigschwellige Teilhabeformen von jungen Menschen am häufigsten praktiziert werden (vgl. Böhm-Kasper 2006: 63–64). Über die Mitarbeit in einer Partei beteiligen sich politisch aktive Befragte ohne Zuwanderungsgeschichte nur geringfügig häufiger als migrantisch wahrgenommene Befragte (9 %); 12 Prozent der selbst zugewanderten und 4 Prozent der in Deutschland geborenen migrantisch Wahrgenommenen beteiligen sich in dieser Form an Politik (Abb. 3). Über Bürgerinitiativen oder Interessengemeinschaften beteiligen sich migrantisch wahrgenommene Befragte sogar etwas häufiger als Befragte ohne Zuwanderungsgeschichte; der Unterschied zwischen selbst Zugewanderten und Nachkommen von Zugewanderten ist hier nur gering.

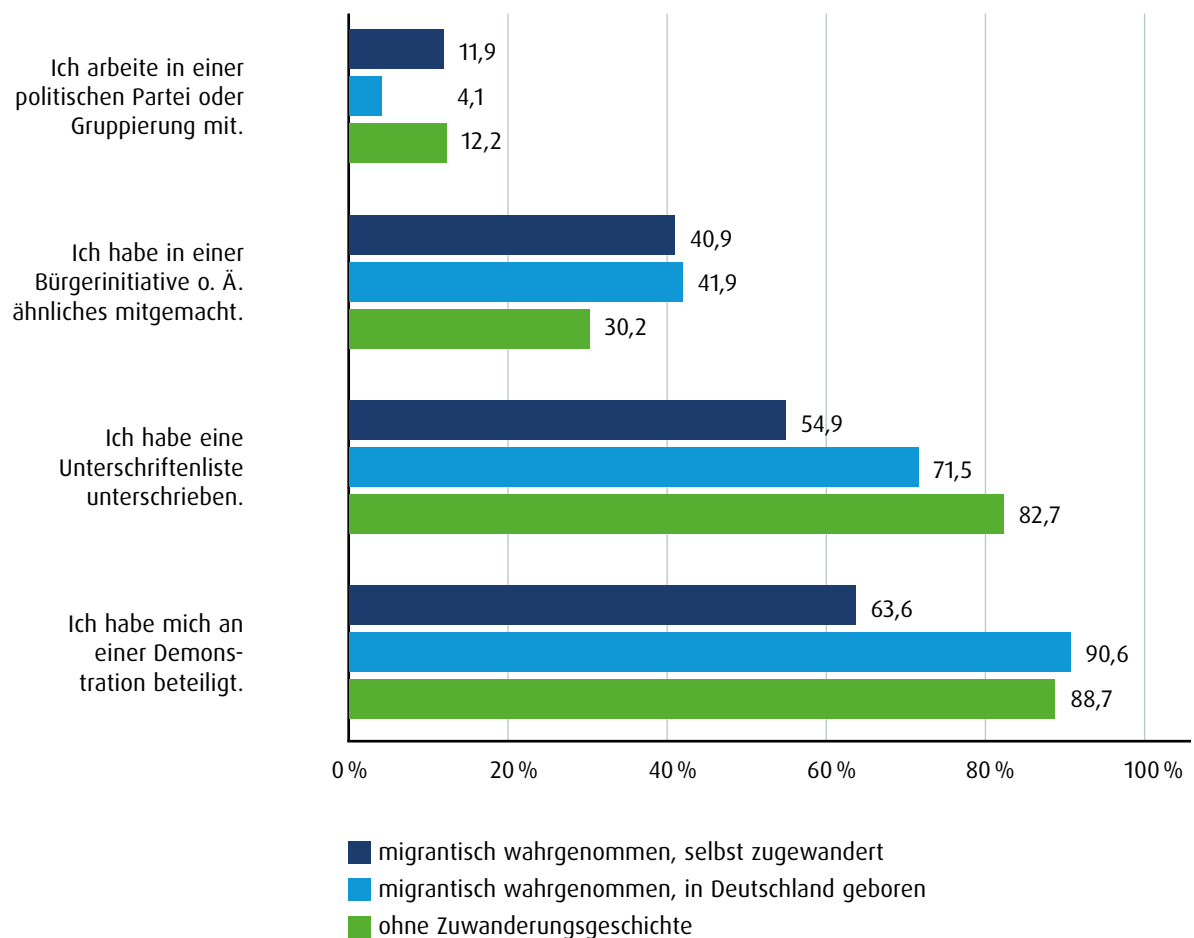
Wahlabsicht ist bei Befragten ohne Zuwanderungsgeschichte größer

Bei den Bundestags- und Landtagswahlen sind nur deutsche Staatsangehörige wahlberechtigt. Ebenso können sich nur Deutsche zur Wahl aufstellen lassen (Info-Box 2). Daher wurden im SVR-Integrationsbarometer

27 Für eine formale Parteimitgliedschaft müssen im Wesentlichen drei hürdenarme Kriterien erfüllt sein (Mindestalter; keine andere Parteimitgliedschaft; Mitgliedsbeitrag); die deutsche Staatsangehörigkeit ist kein Ausschlusskriterium. Zum Teil werden Hürden vielleicht antizipiert, sind aber formal nicht gegeben. Insbesondere für Personen mit noch geringen Deutschkenntnissen könnten z. B. die nur in deutscher Sprache verfügbaren Online-Auftritte der im Bundestag vertretenen Parteien ein Hindernis für eine Parteimitgliedschaft darstellen.

28 Für alle multivariaten Berechnungen wurde jeweils für die soziodemografischen Merkmale Alter, Geschlecht, Bildungsniveau, Staatsangehörigkeit (deutsch vs. andere Staatsangehörigkeit) und Zuwanderungsgeneration kontrolliert. Bei ausreichender Größe des Samples wurde zudem für die Herkunftsregion (der Eltern) kontrolliert (hier nicht gegeben, da 167 Teilnehmende die Frage zur Beteiligung an Demonstrationen beantwortet haben). Andere Variablen werden je nach Erkenntnisinteresse in die jeweiligen Modelle aufgenommen. Der Effekt der Zuwanderungsgeneration ist nicht statistisch bedeutsam, daher wird der Unterschied ohne Bewertung beschrieben. Es werden nur Effekte als bedeutsam berichtet, die unter Kontrolle all dieser Merkmale statistisch signifikant sind.

Abb. 3 „Auf welche Art und Weise sind Sie politisch aktiv? (politisch aktive Befragte unter 36 Jahren; migrantisch wahrgenommene Befragte nach Zuwanderungsgeneration und Befragte ohne Zuwanderungsgeschichte)



Anmerkung: Mehrfachnennung möglich.

Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2024; gewichtete Daten; eigene Darstellung

meter 2024 nur deutsche Staatsangehörige²⁹ gefragt, wie wahrscheinlich ihre Teilnahme an der nächsten Bundestagswahl ist (Abb. 4).

Die Auswertung der Daten zeigt, dass migrantisch wahrgenommene Befragte deutlich seltener annehmen, dass sie wählen gehen werden, als Befragte ohne Zuwanderungsgeschichte. Die Wahlbereitschaft unterscheidet sich hingegen nicht nach

der Zuwanderungsgeneration der migrantisch wahrgenommenen Befragten.

Werden nur migrantisch wahrgenommene Befragte betrachtet, zeigen sich tendenziell ähnliche Ergebnisse wie in früheren Untersuchungen zur Wahlneigung (SVR-Forschungsbereich 2020a: 29): Personen, die auch außerhalb von Wahlen politisch aktiv sind, würden eher zur Wahl gehen (90 %) als Nichttak-

²⁹ Da nur deutsche Staatsangehörige nach der Wahrscheinlichkeit einer Wahlteilnahme gefragt wurden, beziehen sich die Angaben auf 487 migrantisch wahrgenommene Befragte. Bei den Befragten ohne Zuwanderungsgeschichte haben drei Personen die Frage zur Wahlbeteiligung nicht beantwortet, die Antworten beziehen sich demnach auf 795 Befragte ohne Zuwanderungsgeschichte.

Info-Box 2 In der Diskussion: Wahlrecht in Deutschland

Angesichts des steigenden Anteils der Zugewanderten und Menschen ohne deutsche Staatsbürgerschaft an der Bevölkerung wird seit über vierzig Jahren die Ausweitung des kommunalen Wahlrechts für Drittstaatsangehörige gefordert – mit dem Ziel, dieses wichtige Element der politischen Integration für sie einzuführen. Allerdings gilt es in Deutschland als verfassungsrechtlich problematisch, das kommunale Wahlrecht über die Sonderregelung für in Deutschland lebende Angehörige von EU-Staaten hinaus auf Drittstaatsangehörige auszudehnen. Die rechtliche Vorgabe in Art. 20 Abs. 2 Grundgesetz (GG) („Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“) wurde vom Bundesverfassungsgericht in zwei Entscheidungen von 1989 so gedeutet, dass an Wahlen nur deutsche Staatsangehörige teilnehmen dürfen (BVerfGE 83, 37 S. 52;³⁰ vgl. SVR 2021: 37); Drittstaatsangehörige sind bis heute nicht wahlberechtigt (Art. 8b EUV).

Dennoch gibt es wiederholt Vorstöße und Gesetzesentwürfe verschiedener Länder sowie von verschiedenen Parteien hierzu, zuletzt 2014 im Bundestag sowie 2016 in Nordrhein-Westfalen und 2022 im Abgeordnetenhaus Berlin (BT 18/2088; NW16/14275; BE19/0609). Begründet werden die Gesetzesvorhaben eines kommunalen Wahlrechts für Drittstaatsangehörige mit Argumenten der basisdemokratischen Normen der Gleichheit sowie dem Recht auf Mitbestimmung und Beteiligung derjenigen an den politischen Entscheidungen, die von ihnen betroffen sein werden. Deshalb sollten zumindest Personen mit einem Daueraufenthalt das kommunale

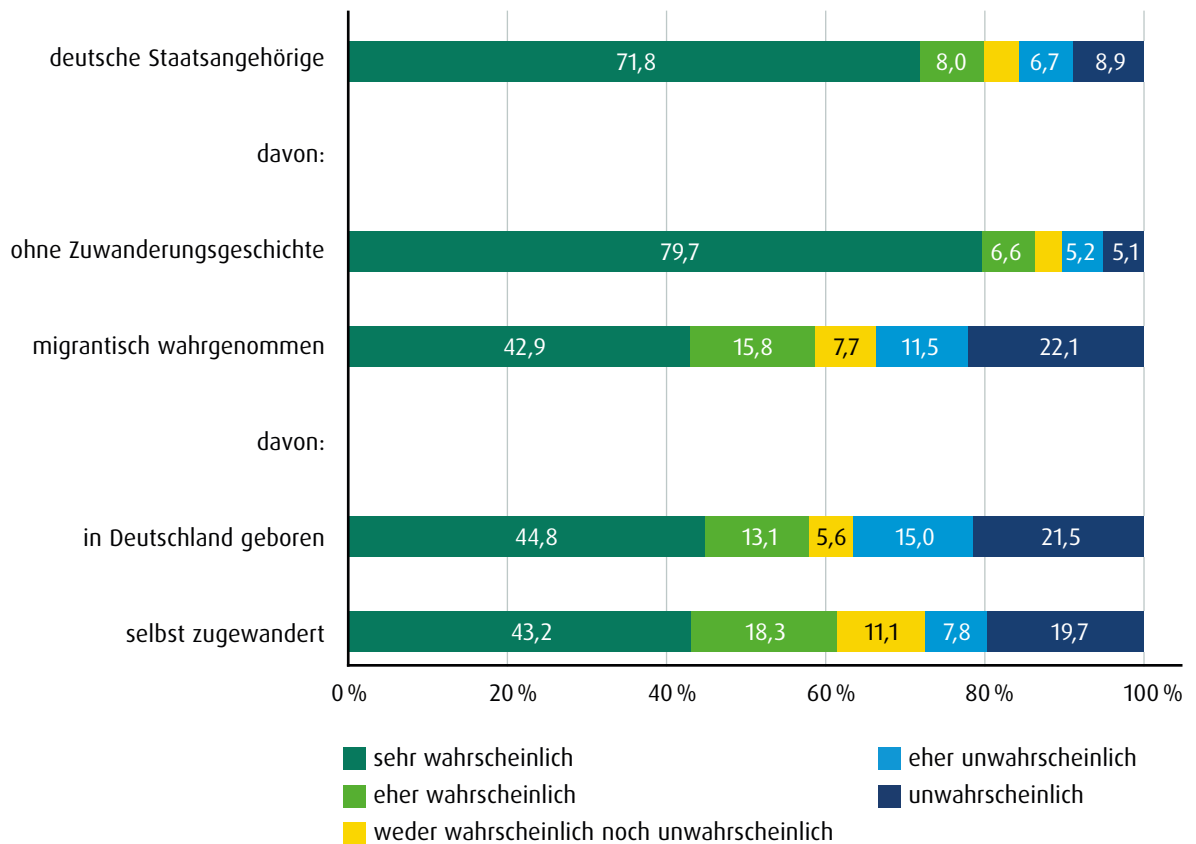
Wahlrecht erhalten (s. dazu Fachkommission Integrationsfähigkeit 2020: 150–151). Darüber hinaus kann der Zugang zum Wahlrecht das Gefühl der Zugehörigkeit zum Aufenthaltsland stärken. Damit steht er einer Einbürgerung nicht im Weg, sondern kann sie geradezu motivieren. Dem folgend empfiehlt auch der SVR, ein kommunales Wahlrecht für Drittstaatsangehörige zu erwägen (SVR 2021: 46). Bisher bleibt damit die Einbürgerung der zentrale Weg zum Wahlrecht. Die Staatsbürgerschaftsreform von 2024 hat den Zugang zur deutschen Staatsangehörigkeit vereinfacht (z. B. indem mehrfache Staatsbürgerschaften nun grundsätzlich möglich sind) und kann so die politische Mitsprache für Menschen mit Migrationshintergrund erleichtern (Pedroza 2022: 214; SVR 2023; Gülzau/Schneider 2024).

Auch das Wahlalter entscheidet darüber, ob man in Deutschland wahlberechtigt ist. Inzwischen sind in neun Bundesländern bei Kommunal- und in sechs Ländern bei Landtagswahlen junge Menschen ab 16 Jahren zur Wahl aufgefordert. Bei der Europawahl 2024 war dies zum ersten Mal auch bundesweit der Fall. Laut Koalitionsvertrag strebte auch die Ampelregierung das allgemeine Wahlalter mit 16 Jahren an (s. auch BMFSFJ 2024a), das Vorhaben wurde aber nicht realisiert. Gegen diese Vorstöße werden zumeist Unreife-Argumente oder ein politisches Desinteresse angeführt, das Jugendlichen zugeschrieben wird und zu einer uninformierten Wahlentscheidung führen könne.³¹ Empirisch belegt werden diese Argumente jedoch selten (Faas 2024; Kupka 2024; s. auch Kap. 2.1).

30 Urteil vom 31. Oktober 1990 (Ausländerwahlrecht I).

31 Auch die Volljährigkeit mit 18 Jahren wird zum Teil als Argument gegen eine Absenkung des Wahlalters angebracht. Allerdings ist das aktive Wahlrecht rechtlich nicht an die Volljährigkeit geknüpft (Art. 38 Abs. 2 GG). Historisch oder politisch scheinen diese Entscheidungen zwar nah beieinander zu liegen, allerdings war der Zusammenhang zuletzt umgekehrt: Die Absenkung des Wahlalters von 20 auf 18 Jahre im Jahr 1970 wurde u. a. als Argument für die Absenkung der Volljährigkeit im Jahr 1974 genutzt (Faas/Leininger 2020).

Abb. 4 „Wenn nächste Woche Bundestagswahlen wären, wie wahrscheinlich ist es, dass Sie daran teilnehmen würden?“ (Befragte unter 36 Jahren; migrantisch wahrgenommene Befragte mit deutscher Staatsangehörigkeit nach Zuwanderungsgeneration und Befragte ohne Zuwanderungsgeschichte)



Anmerkung: Aufgrund von Rundungen können die Summen von 100 Prozent abweichen. Werte unter 5 Prozent werden nicht ausgewiesen.

Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2024; gewichtete Daten; eigene Darstellung

tive (51%), Ältere eher als Jüngere,³² Hochgebildete eher (81%) als Befragte mit niedrigem Bildungsabschluss (28%)³³ und politisch Interessierte (83%) sowie Personen, die zufrieden mit der Demokratie in Deutschland sind (60%), eher als weniger Interessierte (39%) und Befragte, die weniger zufrieden mit der Demokratie sind (56%).

„Ich gehe jetzt die letzten Wahlen schon auch viel aus Angst wählen“³⁴

In den qualitativen Daten spiegelt sich die hohe Relevanz, die fast alle Befragten der Politik beimessen, (auch) in ihrer Wahlbeteiligung wider – bzw. für nicht Wahlberechtigte in ihrer Bereitschaft, wählen zu gehen. So gehen viele aus der Überzeugung wählen,

32 10 Prozent der 15- bis 17-jährigen, 59 Prozent der 18- bis 24-jährigen und 71 Prozent der 25- bis 30-jährigen migrantisch wahrgenommenen Deutschen würden „eher wahrscheinlich“ oder „sehr wahrscheinlich“ an der nächsten Bundestagswahl teilnehmen; 60 Prozent der 31- bis 35-jährigen würden dies tun – dennoch ist die lineare Variable des Alters statistisch bedeutsam.

33 Auch Befragte, die noch zur Schule gehen (50%), würden häufiger „eher wahrscheinlich“ oder „sehr wahrscheinlich“ teilnehmen als Befragte mit niedrigem Bildungsabschluss.

34 INT025 (aktiv).

dass der Wahlakt ein zentrales Element des demokratischen Systems darstellt.

Wahlen wurden in früheren Studien sowohl als geeignetes Mittel zur Partizipation (Privileg) als auch als Pflicht bzw. Verantwortung beschrieben (Emmer et al. 2021: 6; Hanke 2016: 1). Dies zeigt sich auch in den vorliegenden qualitativen Daten. Die unterschiedlichen Motive zur Wahlteilnahme wurden von einer Person wie folgt zusammengefasst:

Zum einen, weil ich ja mitbestimmen möchte, oder meine Stimme abgeben möchte für das, wofür ich einstehe. Dann auf jeden Fall dieses demokratische Verständnis, also immer wieder mir selbst klarzumachen, aber auch anderen, dass das nicht selbstverständlich ist, wählen gehen zu können, und dass wir dafür dankbar sein könnten, dass wir irgendwie teilhaben oder mitbestimmen dürfen. Ja, so das Demokratische.

(INT025, aktiv)

Dass Wählen als Privileg empfunden wird, zeigt sich auch daran, dass das fehlende Wahlrecht für Personen ohne deutschen Pass für einige Befragte eine Motivation für die Einbürgerung darstellt:

Mit einem deutschen Pass ist man unabhängiger, man darf wählen. Also, das war einer der Gründe [für die Einbürgerung].

(INT018, aktiv)

Darüber hinaus sind fast alle Befragten motiviert, an Wahlen teilzunehmen, weil sie verhindern wollen, dass Parteien, die „nicht gewählt werden sollten“ (INT015), mehr Stimmen bekommen (s. Kap. 4.4). Für einige ist die Wahlbeteiligung auch eine einfache Möglichkeit, sich Gehör zu verschaffen oder sich über die Politik zu beschweren.

Also ich gehe ja nicht davon aus, dass ich viel ändern, aber wenn du dich über irgendwas aufregen

willst, dann musst du auch ein bisschen mitgespielt haben. Das ist echt der Gedanke, den ich habe.

(INT030, nichtaktiv)

Wenngleich vereinzelt Zweifel daran bestehen, ob die eigene Stimme wirklich etwas bewirkt (s. Zitat INT030), wird der Teilnahme an Wahlen insgesamt eine große Bedeutung beigemessen.

3.2 Politisches Interesse und politische Selbstwirksamkeit

Wer sich nicht für Politik interessiert, hat kaum einen Anlass, sich politisch zu beteiligen (van Deth 2009: 142; Gaiser/Gille 2012: 16-17). Politisches Interesse gilt daher als eine wichtige Voraussetzung für die aktive Teilnahme am politischen Geschehen (Müssig/Worbs 2012: 21).

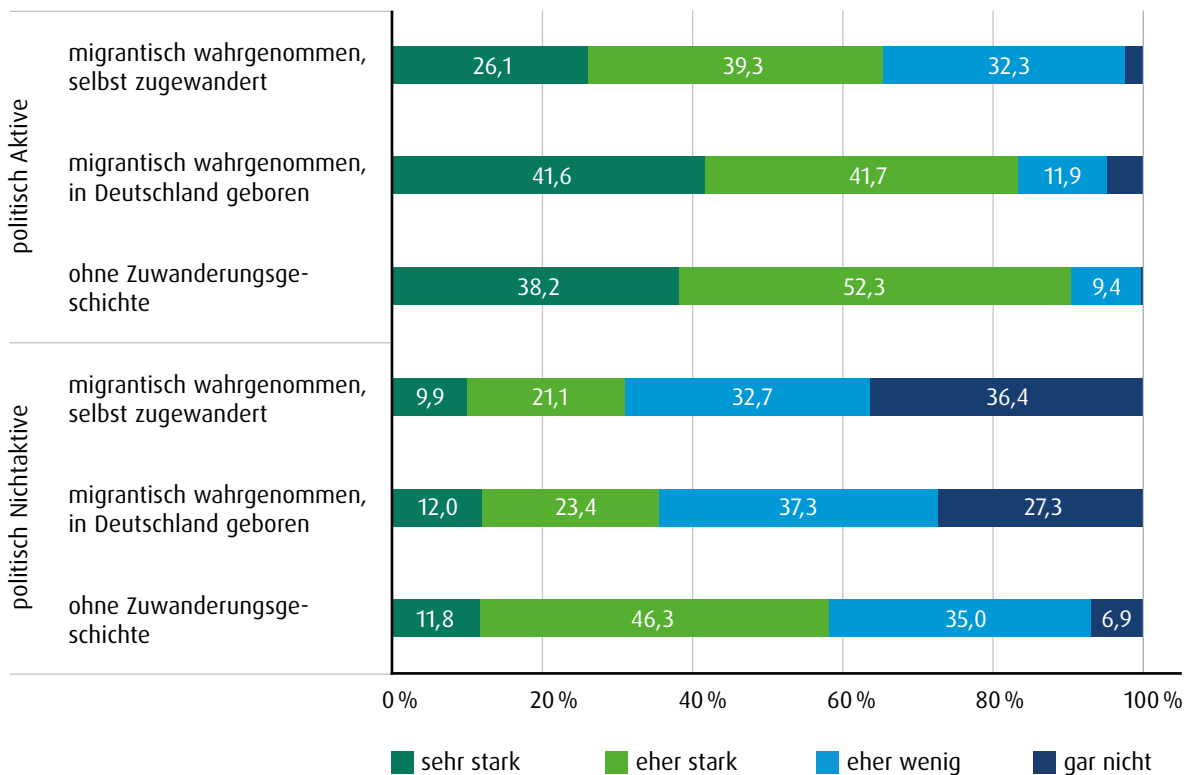
„Ich interessiere mich auch sehr für Politik“³⁵

Nach dem Interesse an Politik wurde sowohl in der quantitativen als auch in der qualitativen Erhebung gefragt. Quantitativ zeigen sich bei den jungen Menschen zwei Befunde, die Erkenntnisse früherer Studien zur politischen Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund bestätigen (Müssig 2020: 201-202, 309; SVR-Forschungsbereich 2020a: 22-23): Zum einen ist das politische Interesse bei Befragten ohne Zuwanderungsgeschichte deutlich stärker ausgeprägt (71% sind „eher stark“ oder „sehr stark“ interessiert) als bei migrantisch wahrgenommenen Befragten (36%). Zum anderen sind politisch aktive Befragte stärker an Politik interessiert als nichtaktive Befragte (Abb. 5). In Deutschland geborene migrantisch wahrgenommene politisch aktive Personen sind dabei kaum weniger politisch interessiert als aktive Personen ohne Zuwanderungsgeschichte.

Darüber hinaus sind unter den migrantisch wahrgenommenen Befragten deutsche Staatsangehörige stärker an Politik interessiert (45% sind „eher stark“ oder „sehr stark“ interessiert) als Befragte ohne deutsche Staatsangehörigkeit (32%). Auch der höchste erreichte Schulabschluss steht in einem positiven Zusammen-

35 INT022 (nichtaktiv).

Abb. 5 „Wie stark interessieren Sie sich allgemein für Politik?“ (Befragte unter 36 Jahren; migrantisch wahrgenommene Befragte nach Zuwanderungsgeneration und Befragte ohne Zuwanderungsgeschichte nach politischer Aktivität)



Anmerkung: Aufgrund von Rundungen können die Summen von 100 Prozent abweichen. Werte unter 5 Prozent werden nicht ausgewiesen.

Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2024; gewichtete Daten; eigene Darstellung

hang mit dem politischen Interesse: Niedriggebildete interessieren sich seltener für Politik (19% sind „eher stark“ oder „sehr stark“ interessiert) als Höhergebildete (mittlere Schulbildung: 40% sind interessiert; hohe Schulbildung: 49% sind interessiert) oder Befragte, die noch zur Schule gehen (38% sind interessiert).

Die qualitativen Daten bestätigen, dass nicht alle, die sich für Politik interessieren, auch politisch aktiv sind. In den eigens geführten qualitativen Interviews gaben alle Personen an, sich für Politik zu interessieren, unabhängig davon, ob sie politisch aktiv sind oder nicht. Deshalb konnten im qualitativen Teil der Untersuchung keine Einblicke in die Gründe für politisches Desinteresse gewonnen oder Ansatzpunkte zu dessen Überwindung herausgearbeitet werden. Allerdings bot das grundsätzliche politische Interesse der Studienteilnehmenden die Möglichkeit, Hürden und

Gelingensbedingungen politischer Partizipation ausführlicher zu diskutieren; spezifische Beweggründe gegen Teilhabe sowie Zugangsbarrieren jenseits des Desinteresses konnten genauer beleuchtet werden.

Das Interesse an der Politik ist bei den Nichtaktiven durch die Eltern oder Großeltern geweckt worden: Sie wurden als Kinder mit ins Wahllokal genommen und bekamen erklärt, warum Wahlbeteiligung wichtig ist; sie haben Eltern, die sich intensiv mit der politischen Geschichte des Herkunftslandes auseinandergesetzt haben und wurden dadurch neugierig auf politische Prozesse; oder sie haben als Kind in einer Gesellschaft gelebt, die politisch aufgeladen war. Auch ein guter Politikunterricht hat bei einigen zu einem gesteigerten Interesse geführt. Die Gründe dafür, dass das politische Interesse nicht in eine Aktivität mündet, sind vielfältig. Während zwei Per-

sonen sagen, dass sie sich einfach nicht politisch engagieren wollen, nennen die anderen drei verschiedene Gründe für ihre Inaktivität: Eine Person erzählt, dass Politik für sie ein sehr emotionales Thema sei, weshalb sie eine gewisse Distanz dazu aufbaue und sich (derzeit) nicht engagiere. Zudem sei politische Partizipation für sie derzeit keine Option aufgrund negativer Erfahrungen mit Polizeigewalt bei Demonstrationen im Herkunftsland.³⁶ Eine weitere Person ist alleinerziehend und habe schlichtweg keine Zeit für politisches Engagement, und eine dritte Person setze sich derzeit noch mit Möglichkeiten politischer Partizipation auseinander.

Das politische Interesse der politisch aktiven Befragten wurde ebenfalls zum Teil durch die Familie und deren Auseinandersetzung mit der Politik in Deutschland oder im Herkunftsland geweckt. Weitere relevante Faktoren waren der Schulunterricht (Politik- und Geschichtsunterricht oder Gesellschaftskunde), bestimmte gesellschaftliche Ereignisse (z. B. Anschlag von Hanau³⁷ oder Black Lives Matter³⁸), andere Personen im eigenen Umfeld oder die gezielte Nutzung sozialer Medien.

Politische Themen des Interesses

Die Befragten interessieren sich vor allem für politische Themen, die sie selbst abstrakt oder ganz direkt betreffen. Dementsprechend kann eine Lebenswirklichkeit, die mit Politik in Berührung kommt, oder die Erkenntnis, dass vieles im eigenen Leben politisch ist, das Interesse an der Politik fördern.

Ganz stark für mich ist nämlich das Thema auch, weil ich auch persönlich davon betroffen bin: Di-

versität, Rassismus und all dies, Chancengleichheit, Gerechtigkeit [...].

(INT016, aktiv)

Klimakrise [...]. Das betrifft ja jetzt nicht nur bestimmte Menschen, sondern alle, und [...] der Wendepunkt bei mir war dann, wo ich gemerkt habe, dass das mich selbst betrifft [...]. Das kann im schlimmsten Fall bedeuten, dass ich verletzt werde, dass ich später vielleicht mein Leben verliere oder meine nächste Generation.

(INT017, aktiv)

Politische Selbstwirksamkeit

Wie wichtig es ist, positive Erfahrungen bzw. die Erwartung positiver Erfahrung mit politischer Partizipation zu verbinden, zeigt sich bei Fragen zur politischen Selbstwirksamkeit (s. Kap. 2.2). Diese gilt als entscheidend für politische Beteiligung (Gaiser et al. 2015: 34) und kann als eine Form der Motivation zur Teilhabe dienen (Verba/Schlozman/Brady 1995).

Die Daten bestätigen diesen Zusammenhang zumindest teilweise. Quantitativ steht die interne politische Selbstwirksamkeit, also das Gefühl, zu verstehen, was politisch passiert (SVR-Forschungsbereich 2020a: 24–25), bei migrantisch wahrgenommenen Menschen in Zusammenhang mit politischer Aktivität. Insbesondere die Einschätzung, sich an einem Gespräch über politische Fragen beteiligen zu können, hängt mit politischer Aktivität zusammen (Abb. 6).³⁹ Die externe politische Selbstwirksamkeit, also das Gefühl, dass in der Politik Aktive sich um die eigenen Bedürfnisse kümmern (SVR-Forschungsbereich 2020a: 24–26), hat hingegen keinen Einfluss auf

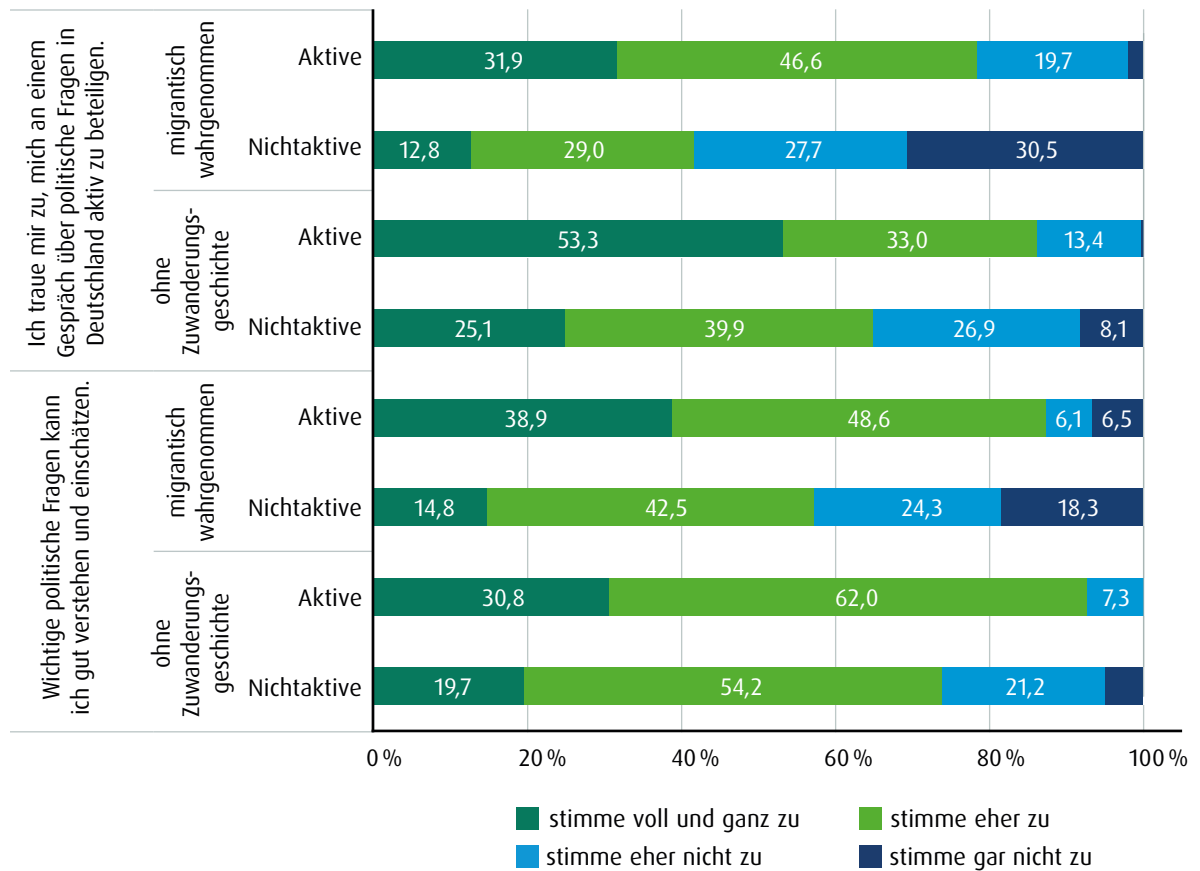
36 Eine andere Person, die im Herkunftsland von negativen Konsequenzen einer Beteiligung ausging und daher nicht aktiv war, war „seit dem ersten Tag in Deutschland“ (INT013) politisch aktiv. Ein Unterschied zwischen den beiden Personen scheint in ihrem Selbstwirksamkeitsgefühl zu liegen (s. auch ‚Politische Selbstwirksamkeit‘ in diesem Kap.).

37 Am 19. Februar 2020 wurden in Hanau neun Menschen mit Migrationshintergrund aus rassistischen Motiven erschossen. Weitere Menschen wurden bei der Tat teils schwer verletzt. Der Täter tötete anschließend seine Mutter und sich selbst. Laut Bundesanwaltschaft gibt es keine Hinweise auf eine Tatbeteiligung weiterer Personen; Kritik daran gibt es u. a. von einer Initiative, die sich für die lückenlose Aufklärung der Tat einsetzt. Angehörige kritisieren zudem den überlasteten Polizeinotruf am Abend des 19. Februar 2020. Für weiterführende Details s. <https://www.bpb.de/kurz-knapp/hintergrund-aktuell/505333/19-februar-2020-an-schlag-in-hanau/> (16.12.2024).

38 Black Lives Matter ist eine transnationale Bewegung, die im Jahr 2013 von drei Schwarzen Frauen in den USA gegründet wurde. Insbesondere nach dem Tod des US-Amerikaners George Floyd durch Polizeigewalt im Mai 2020 kam es auch in Deutschland zu Protesten unter dem Motto „Black Lives Matter“. Für mehr Informationen s. <https://blacklivesmatter.com/about/> (16.12.2024).

39 Auch wenn deskriptiv migrantisch wahrgenommene politisch Aktive häufiger zustimmen als Nichtaktive, dass sie wichtige politische Fragen gut verstehen und einschätzen können, zeigt sich in der Regressionsanalyse kein signifikanter Unterschied.

Abb. 6 Interne politische Selbstwirksamkeit der Befragten unter 36 Jahren (migrantisch wahrgenommene Befragte und Befragte ohne Zuwanderungsgeschichte nach politischer Aktivität)



Anmerkung: Aufgrund von Rundungen können die Summen von 100 Prozent abweichen. Werte unter 5 Prozent werden nicht ausgewiesen.

Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2024; gewichtete Daten; eigene Darstellung

politische Aktivität bei den migrantisch wahrgenommenen Befragten.⁴⁰

Auch in den qualitativen Daten ist die interne politische Selbstwirksamkeit⁴¹ bei den Aktiven höher als bei den Nichtaktiven. Alle Aktiven beschreiben eine grundsätzliche Überzeugung, selbst politisch etwas bewegen zu können, was nur bei wenigen Nichtak-

tiven der Fall ist. Auffällig ist, dass sich eine positive Selbstwirksamkeit bei den Nichtaktiven, wenn überhaupt, nur auf das Verstehen politischer Prozesse bezieht. Das Gefühl, durch eigenes Engagement etwas in der Politik verändern zu können, fehlt dagegen durchgängig. Die Aktiven hingegen weisen beide Formen der internen Selbstwirksamkeit auf.

40 In gleichem Maße steht die interne politische Selbstwirksamkeit mit der politischen Aktivität von Menschen ohne Zuwanderungsgeschichte in Zusammenhang. Bei Befragten ohne Zuwanderungsgeschichte hängen allerdings darüber hinaus die externe politische Selbstwirksamkeit und die politische Aktivität zusammen: 36 Prozent der politisch Aktiven stimmen zu, dass Politikerinnen und Politiker sich um einen engen Kontakt zur Bevölkerung bemühen; 26 Prozent der nichtaktiven Befragten sagen dies.

41 Da in vorherigen Untersuchungen wiederholt gezeigt wurde, dass externe politische Selbstwirksamkeit nicht (stark) mit politischer Aktivität in Zusammenhang steht (Gil de Zúñiga/Diehl/Adévol-Abreu 2017: 585-586) – dies wird auch von den Daten des Integrationsbarometers 2024 bestätigt – lag der Fokus der qualitativen Befragung auf einem besseren Verständnis verschiedener Formen der internen Selbstwirksamkeit.

Es gab eben auch Menschen, die mich da unterstützt haben. Also, wenn es die Menschen nicht gegeben hätte, dann wäre es bisschen schwieriger gewesen für mich. Aber durch die Menschen bin ich dann reingekommen, und so richtig, richtig angefangen hat es tatsächlich erst mit 19, wo ich dann mehr Verantwortung übernommen habe, wo ich das Gefühl bekommen habe, okay, ich kann doch was erreichen [...].

(INT018, aktiv)

Einige der aktiven Befragten verweisen zudem darauf, dass ein als positiv empfundener Kontakt mit der Politik im Laufe des Lebens ein Gefühl der Selbstwirksamkeit erzeugt und das Interesse an der Politik gefestigt habe; einige aktive Befragte haben dementsprechend auch ein Gefühl externer politischer Selbstwirksamkeit: Die Entscheidungstragenden werden als teilweise empfänglich für ihre Meinungen wahrgenommen.

Darüber hinaus beschreiben viele politisch aktive Befragte ihre Selbstwirksamkeit als intrinsisch oder als ihre Person oder Persönlichkeit definierend.

Ich bin wahrscheinlich auch durch meine Biografie schon, würde ich sagen, sehr resilient, und [...] ich weiß nicht, es kommt intrinsisch. Ich denke immer positiver, also wenn ich weitermache, konsequent an meine Werte glaube, Prinzipien glaube und das auch nach außen trage, durch Vereinsarbeit, durch andere Wege, sei es auch so bei Uni, dann beeinflusse ich bestimmt irgendwen.

(INT010, aktiv)

Wichtig sind auch positive Erfahrungen mit der politischen Aktivität: Diese werden als bestätigend, bekräftigend oder sogar begründend für eine positive Selbstwirksamkeit beschrieben, die wiederum als wichtige Chance für politische Teilhabe gesehen wird (vgl. Gaiser/Gille 2012: 17).

Während nur sehr wenige der politisch Aktiven von einem eingeschränkten Verständnis politischer Prozesse berichten, weisen einige auf eingeschränkte Möglichkeiten der politischen Einflussnahme hin. So erklärt dieselbe Person, die das Gefühl habe, in der Politik etwas erreichen zu können, dass es für

migrantisch wahrgenommene Menschen derzeit noch schwieriger sei, Einfluss zu nehmen:

Das ist, dass es mir die Möglichkeit gibt, da was zu tun, und das ist aktuell etwas schwierig für BIPOC. Aber es gibt durchaus andere Wege, wie jetzt zum Beispiel Projekte oder Stipendiate. Aber ja, es ist schon schwieriger gemacht, würde ich sagen, für die Menschen mit Migrationshintergrund.

(INT018, aktiv)

Obwohl die nichtaktiven Befragten durchweg eine geringe Selbstwirksamkeit aufweisen, führen nur wenige eine fehlende oder geringe Selbstwirksamkeit als Hinderungsgrund für ihre persönliche politische Partizipation an. Allerdings nennen einige Befragte mangelnde Selbstwirksamkeit als eine mögliche Hürde für die Partizipation von als migrantisch wahrgenommenen Jugendlichen im Allgemeinen.

Einige Befragte, die es als schwierig und wenig effektiv empfinden, als Einzelperson Einfluss auf die Politik zu nehmen, geben an, in einer Gruppe durchaus etwas erreichen zu können.

Deswegen sage ich immer wieder, das ist mein Statement, alleine ist man schwach, aber gemeinsam sind wir stärker, wenn wir uns wirklich mobilisieren.

(INT017, aktiv)

3.3 Motivationen zur politischen Partizipation

Für die Aktivierung von bisher nicht politisch Aktiven ist es wichtig herauszuarbeiten, welche Motivationen bei den politisch Aktiven am Anfang einer Aktivität standen, die dann eine weitere politische Beteiligung begünstigt haben. Hier zeigt sich, dass vor allem das Umfeld bzw. eine Aufforderung aus diesem entscheidend für die Aufnahme einer politischen Aktivität war: Etwa die Hälfte der politisch Aktiven wurde von Personen aus ihrem Netzwerk persönlich angesprochen oder hat eine Community gefunden, in oder mit der sie aktiv geworden sind bzw. die sie motiviert hat, aktiv zu werden. Diese Gemeinschaft entstammt bei den Befragten häufig dem migrantischen Umfeld.

Ich bin auch irgendwie reingerutscht. Also, ich war auch nicht derjenige, der erst mal danach gesucht hat oder [dem] das wichtig war. Wie gesagt, früher war es mir total egal, bei mir waren es eher Freunde oder Menschen, die eh aktiv waren und die uns da in der Familie unterstützt haben.
(INT018, aktiv)

Also, diese Austauschrunden [mit anderen Menschen mit Migrationshintergrund und BIPOC] haben mich da motiviert, einfach zu sehen, dass es Leute gibt, die vielleicht ähnlich ... oder in ihrer Jugend auch nicht so politisch aktiv waren und für die dann auch irgendein Moment dafür gesorgt hat, dass sie angefangen haben.
(INT015, aktiv)

Eine Person berichtet, dass die politische Aktivität für sie ein Weg aus der Resignation nach dem Terroranschlag in Hanau⁴² gewesen sei, der sie emotional stark getroffen habe. Die ursprüngliche Motivation war also das Bedürfnis, das Gefühl der eigenen Ohnmacht zu überwinden:

[A]lso dadurch, dass ich aktiviert wurde in diesem politischen Sinne, habe ich erst diesen Verein kennengelernt [...]. Weil, eigentlich war ich sehr resigniert. [...] Lebenslust war gar nicht mehr da. [...] [D]urch diese neugewonnene Energie und diese Lebenslust habe ich dann auch [den Verein gegründet]. [...] Wir wollen auf jeden Fall einen Raum schaffen für intersektional⁴³ betroffene BIPOC [...], wo beide Seiten der Identität dann ohne Angst ausgelebt werden können.
(INT010, aktiv)

Motivsuche

Einige Befragte, die bereits politisch aktiv sind, geben an, noch auf der Suche nach einer Community oder Gemeinschaft bzw. nach einem Zugehörigkeitsgefühl

zu einer Gruppe zu sein, um sich gemeinsam politisch zu engagieren. Andere, die bereits vereinzelt politisch aktiv sind, berichten, dass sie erst noch politische Themen finden müssten, die sie für ein stärkeres politisches Engagement begeistern und sie motivieren würden, die dafür nötige Zeit zu investieren.

Damit aus einer anfänglichen Motivation ein längerfristiges politisches Engagement wird, braucht es also vor allem Kontakte zu politisch Aktiven oder zu Motivierten, mit denen man gemeinsam aktiv werden kann, sowie ein politisches Thema, das einem wichtig ist. Dies entspricht den Gelegenheitsfaktoren aus dem *civic voluntarism model* (Verba/Schlozman/Brady 1995; s. Kap. 2). Auch ein Gefühl der Machtlosigkeit oder die Angst vor negativen Entwicklungen bzw. die eigene Betroffenheit von bestimmten Themen kann motivierend wirken, allerdings muss die Kraft aufgebracht werden, aus dieser Situation ausbrechen zu wollen (s. dazu ausführlicher Kap. 4.4.1).

Politisch Nichtaktive hingegen betonen, dass sie sich am Ergebnis einer Aktivität orientieren würden oder eine Garantie bräuchten, dass sich der Aufwand lohnt; unabhängig von vorhandenen Ressourcen oder Gelegenheiten (vgl. Verba/Schlozman/Brady 1995) bräuchten sie eine ausgeprägte extrinsische Motivation, um sich zu engagieren.

Wenn mir jemand garantieren würde, dass der Aufwand, den ich betreiben müsste, sich auch definitiv lohnen würde, [...] dann würde ich definitiv Gas geben. Aber das ist ja auch, wie gesagt, eine Sache, die kann keiner einem garantieren.

(INT022, nichtaktiv)

Insgesamt sind die Motivationen der Befragten für ein Engagement mit Ausnahme des Wunsches nach einer migrantischen Gemeinschaft, mit der man sich gemeinsam für politische Themen einsetzen kann, wenig migrationspezifisch. Die genannten Motivationen können vielmehr auf alle jungen Menschen zutreffen.

42 S. Fußnote 37.

43 Der Begriff der Intersektionalität hat seinen Ursprung in der Schwarzen Frauenbewegung der 1970er Jahre in den USA. Intersektionalität bezieht sich in diesem Zusammenhang auf die kumulativen Auswirkungen verschiedener Formen der Diskriminierung. Prominent ist die Wechselwirkung zwischen institutionalisiertem Rassismus, Klassismus und Sexismus, wodurch Diskriminierung verstärkt wird oder in verschiedenen Formen auftreten kann (Kinder 2022: 10; Slaughter/Brown 2022: 726).

„Was gut funktioniert, ist, wenn man Allianzen bildet“⁴⁴

Positive Erfahrungen mit dem Engagement können darüber entscheiden, ob das Engagement dann aufrechterhalten wird. Wie bereits für die Anfangsmotivation ist auch hier die Einbindung in eine Gemeinschaft gleichgesinnter und inspirierender Personen wichtig: Das Gefühl, als Teil einer Gruppe etwas erreichen zu können bzw. gemeinsam mit Gleichgesinnten zu agieren, begünstigt ein längerfristiges Engagement. Hier zeigt sich erneut, wie wichtig es ist, mit Menschen, die ähnliche Erfahrungen gemacht haben, gemeinsam handeln zu können: Fast alle, die von positiven Erfahrungen in einer Gruppe berichten, beziehen sich unter anderem auf eine migrantische Community.

Also, was gut läuft, habe ich gemerkt, ist, wenn man in einer Gruppe ist mit Gleichgesinnten, also sei es jetzt migrantische Personen einerseits, aber auch in diversen Gruppen. [...] Solange man sich versteht und das gleiche oder ein ähnliches Mindset hat, würde ich jetzt so sagen, das funktioniert gut, und wenn man auch ein Ziel hat [...] und alle eben an einem Strang ziehen, genau. Wenn es gut organisiert ist, wenn man auch verschiedene Kompetenzen abdecken kann und sich dementsprechend auch gut ergänzt, genau.

(INT014, aktiv)

Positive (Selbstwirksamkeits-)Erfahrungen wurden bereits in früheren Studien als sehr wichtig für eine fortsetzende Motivation zu Beteiligung identifiziert (Gaiser/Gille 2012: 17; Gaiser et al. 2015: 34). Die qualitativen Daten bestätigen dies: Kleine Erfolge und das Sichtbarwerden positiver Effekte sind für viele ein wichtiger Motivator, weiterhin aktiv zu sein.

Was mich motiviert, das weiter zu machen: Ich vereinfache durch mein Engagement den Weg für viele Menschen. Die müssen nicht die gleichen Probleme erleben [...], sondern ich trage dazu bei, dass wir hier gemeinsam, zusammen harmonisch leben [...].

(INT013, aktiv)

[J]etzt wird dieses Jahr auch in [Bundesland] ein Landesaktionsplan gegen Rassismus erstellt, und da sind wir dann auch in der Projektarbeit. Und ja, ich denke mir dann so, die kleinen Erfolge zählen auch und in der Summe hoffentlich, also wir, unser kleiner Verein, wird niemals irgendwie was Riesiges verändern können, aber in der Summe kumuliert, wird das hoffentlich über die Jahre dazu beitragen, dass eine Besserung einkehrt.

(INT010, aktiv)

Eine in einem kommunalen Jugendbeirat engagierte Person erwähnt positiv, dass die Anerkennung ihrer Beteiligung und der damit verbundenen Anstrengungen auch vonseiten der Politik komme; auch sie erfährt also eine Selbstwirksamkeit durch ihre Beteiligung:

Jugendbeiratsebene war dann schon ein bisschen formaler [...]. [D]ie Oberbürgermeisterin ist in jeder Sitzung da oder fast jeder, sofern sie kann, [da] hast du schon das Gefühl, dass da ein Gehör, ein Ohr da ist, sag ich mal. Und noch zusätzlich [...], das zeigt ja auch Anerkennung: Wir sitzen oder wir saßen dann auch, weil ich ja leider nicht mehr mit dabei bin, [...] aber einfach auch im Stadtrat. Also, wir sitzen in dem Saal, wo der Stadtrat auch selber tagt. Das heißt, das zeigt ja auch eine gewisse Anerkennung. Und Stadträte, die sitzen auch halt mit dabei und bringen sich auch mit ein.

(INT020, aktiv)

Auch jenseits der Gemeinschaft oder der Erfolgsorientierung des Engagements werden positive Erfahrungen mit dem Engagement genannt. So berichten einige, dass sie durch ihre Tätigkeit persönlich positiv bereichert würden: Sie erwürben durch ihr Engagement Soft Skills, sammelten Fachwissen und Expertise oder könnten sich ein Netzwerk aufbauen. Diese Ressourcen werden unter anderem deshalb als wertvoll empfunden, weil sie Motivation für zukünftiges und verstärktes Engagement darstellen; insbesondere für junge Menschen können sie zudem wichtige berufsqualifizierende Kompetenzen sein.

44 INT016 (aktiv).

Auch die positiven Erfahrungen, die mit weiterem Engagement verbunden sind, sind also wenig migrationspezifisch; die hier genannten Motivationen für und guten Erfahrungen mit Partizipation dürften für viele junge Menschen ähnlich sein. Frustrationen mit oder wahrgenommene Hürden bei der Partizipation sind dagegen zum Teil eher auf migrationspezifische Kriterien zurückzuführen (s. Kap. 3.4, 4.2 und 4.4).

3.4 Umgang mit Frustration bei politischer Partizipation

Politisches Engagement ist nicht in jedem Fall von Erfolg gekrönt. Alle Befragten, die schon einmal politisch aktiv waren, berichten auch von Frustrationen. Viele haben negative Erfahrungen mit mangelnder Repräsentation an den Orten ihrer Aktivität gemacht oder konnten sich kein Gehör verschaffen (s. auch Kap. 4.2). Befragte fühlen sich nicht nur als migrantisch wahrgenommene Menschen nicht ausreichend repräsentiert, sondern auch als geflüchtete, weibliche, queere, junge Person oder internationale Fachkraft.

Wir werden sehr oft, obwohl wir der einzige queer-migrantische Verein in [Bundesland] sind, zu Veranstaltungen nicht eingeladen, wo es auch wirklich aber um Antidiskriminierung oder Antirassismus oder Queerfeindlichkeit geht [...]. Das frustriert uns sehr.

(INT010, aktiv)

Ich glaube, ich bin sogar der Jüngste [...]. Das ist da ein bisschen schwierig.

(INT020, aktiv)

Darüber hinaus nehmen Befragte in den Organisationen, in denen sie aktiv sind oder waren, häufig Machtgefälle bzw. Machtkämpfe wahr.

Was auf jeden Fall störend ist, wenn keine ausgewogene Machtdynamik herrscht, oder generell, wenn Macht ein Thema in einer Gruppe ist [...], so ein Konfliktpunkt, wenn man eben nicht miteinander richtig kommuniziert und, ja, so ein komisches

Dominanzgefälle dann irgendwie da ist. [...] Dann ist es sehr frustrierend und ist meistens auch für mich selber der Grund, wenn ich aussteige.

(INT014, aktiv)

Langwierige Prozesse („was frustrierend ist, dass man bei diesen Arbeiten immer ganz langen Atem haben muss“, INT016) sowie eine fehlende Identifikation mit der Sache („wenn ich jetzt gesagt bekomme, mach das und das, und wenn ich nicht dahinterstehe, dann mache ich es nicht so gerne“, INT015) werden ebenfalls als frustrierend erlebt.

Auch eine ausbleibende Wirkung des Engagements wird von einigen als frustrierend empfunden. Dies kann sogar zum Abbruch einer Aktivität führen und wurde vor allem im Zusammenhang mit der Parteimitgliedschaft genannt.

Ausgetreten bin ich [...], weil ich gemerkt habe, dass da überhaupt nicht so viel mit Mitgestaltung ist [...]. Dann habe ich auch gemerkt, dass ich mich gar nicht so gut repräsentiert fühle, wie ich dachte.

(INT025, aktiv)

Auch Erfahrungen mit Polizeigewalt bei Demonstrationen werden von zwei Befragten als frustrierende Erlebnisse ihres politischen Engagements erwähnt. Für eine nicht mehr aktive Person stellt dies ein deutliches Hindernis für ein weiteres Engagement dar. Insgesamt nennt die Hälfte der politisch aktiven Befragten Frustrationserfahrungen als Grund dafür, dass sie sich nicht (mehr) in bestimmten Organisationen oder durch bestimmte Aktivitäten engagieren.

3.5 Zwischenfazit: Zugehörigkeit zu einer Gruppe und politische Selbstwirksamkeit fördern politische Partizipation

Die quantitativen Daten weisen auf ein Partizipationsdefizit der jungen migrantisch wahrgenommenen Bevölkerung hin. Das politische Interesse der migrantisch wahrgenommenen Nichtaktiven ist deutlich geringer ausgeprägt als das der Nichtaktiven ohne Zuwanderungsgeschichte. Politisch aktive Befragte haben ein deutlich umfassenderes Verständnis von

Politik und Partizipation: Sie wissen, dass Partizipation ein breites Spektrum von Aktivitäten umfasst. Eine besondere Bereitschaft zum Engagement zeigen die Befragten bei Themen, von denen sie selbst betroffen sind. Sie erkennen also die Relevanz der Politik für viele Bereiche des täglichen Lebens. Die Motivationen für politische Partizipation und positive Partizipationserfahrungen sind vielfältig. Die Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft oder Community scheint zur Beteiligung an politischen Prozessen zu motivieren und wird als besonders positiver Teil der Partizipation anerkannt. Auch das Gefühl, in der Politik tatsächlich etwas bewegen zu können (politische Selbstwirksamkeit), ist ein wichtiges Motiv für Partizipation, wie auch die quantitativen Daten zeigen. Als besonders positive Partizipationserfahrung wird die Anerkennung des eigenen politischen Beitrags durch die politischen Instanzen berichtet. Gleichzeitig sind die mangelnde Repräsentation sowie die fehlende Wirkung eines Engagements – häufig aufgrund hierarchischer Strukturen – für einige Befragte Frustrationsfaktoren. Dementsprechend ist es wichtig, dass die (Kommunal-)Politik jungen migrantisch wahrgenommenen Menschen, die sich politisch engagieren, zuhört und sich ernsthaft mit den in der Community oder Peer-group erarbeiteten Themen auseinandersetzt. Denn die weitere Partizipation von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte sollte auch im Interesse von Verantwortlichen in Politik und Verwaltung liegen, da sie eine bessere Berücksichtigung der vielfältigen Interessen in der Einwanderungsgesellschaft verspricht. Auch die eigene Betroffenheit von bestimmten Themen wird als Motivation zur Teilhabe genannt und eine persönliche Bereicherung als positive Erfahrung mit der Partizipation. Die Erkenntnis, dass viele politische Themen einen ganz persönlich betreffen und die Beschäftigung damit eine persönliche Bereicherung sein kann, kann das politische Engagement ebenso steigern wie das Gefühl, positive Veränderungen bewirken zu können.

4 Hürden und Erfolgsfaktoren für politische Partizipation

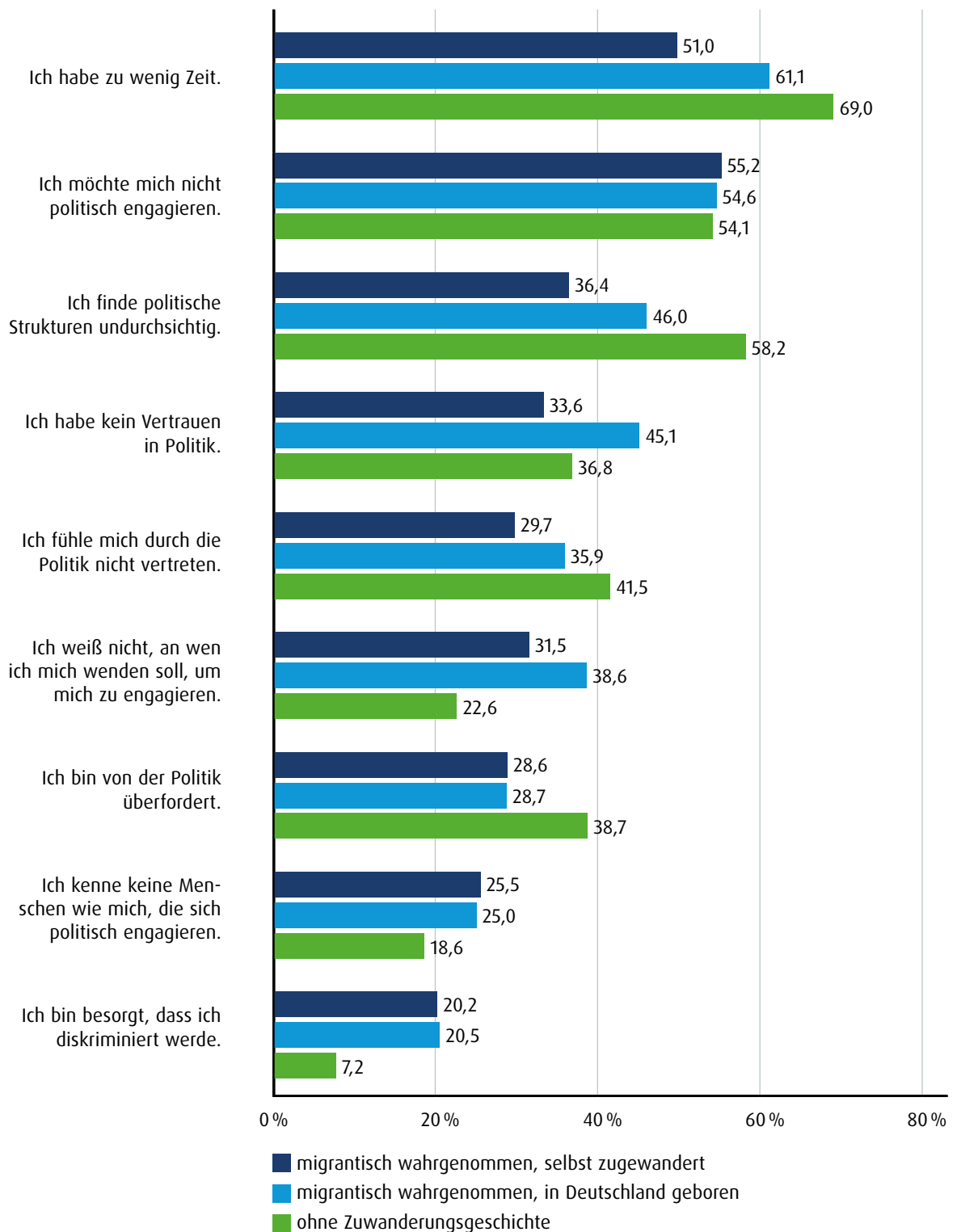
Im SVR-Integrationsbarometer 2024 wurden die Befragten, die sich nicht politisch engagieren, nach den Gründen für ihre Zurückhaltung gefragt. Die beiden wichtigsten Hinderungsgründe sind mangelnde zeitliche Ressourcen und eine fehlende Motivation – beide werden von mehr als der Hälfte der Befragten genannt (Abb. 7). Auch undurchsichtige politische Strukturen werden häufig als Grund angeführt, insbesondere von Befragten ohne Zuwanderungsgeschichte (58%). Zudem verweist etwas mehr als ein Drittel aller Befragten auf mangelndes Vertrauen in die Politik. Ähnliche Befunde gelten für den Hinderungsgrund, sich in der Politik nicht vertreten zu fühlen (fehlende Repräsentation).

Drei Gründe gegen eine Partizipation werden von migrantisch wahrgenommenen Befragten deutlich häufiger genannt als von Befragten ohne Zuwanderungsgeschichte: (1) ein fehlendes Netzwerk (fehlende Gelegenheiten im *civic voluntarism model*; Verba/Schlozman/Brady 1995; vgl. auch Bergmann/Çelik/Wüst 2024: 91); (2) keine Personen ‚wie man selbst‘, die sich politisch engagieren (fehlende Ressourcen im *civic voluntarism model*; Verba/Schlozman/Brady 1995); und (3) Angst vor Diskriminierung (im *civic voluntarism model* nicht berücksichtigt). Diese drei Gründe sind zwar keine Hauptgründe gegen politische Partizipation, werden aber immerhin von gut zwei bis drei von zehn Personen genannt und sind daher nicht zu vernachlässigen.

Zudem nennen migrantisch wahrgenommene Befragte diese drei Gründe häufiger, wenn sie sich für Politik interessieren, als wenn sie kein Interesse an Politik haben.⁴⁵ Insofern handelt es sich um Hinderungsgründe, die insbesondere von solchen migrantisch wahrgenommenen Personen genannt werden, die potenziell zur Partizipation bereit wären. Zudem wird die Angst vor Diskriminierung von Befragten, die

45 36 Prozent der Befragten, denen ein Netzwerk fehlt, und 43 Prozent der Befragten, die Sorge vor Diskriminierung haben, sind an Politik interessiert; hingegen sind dies nur 30 bzw. 29 Prozent der Befragten, die diese Gründe nicht nennen. Diskriminierungserfahrungen haben auch einen statistisch signifikanten Einfluss auf den Grund, dass man niemanden ‚wie sich selbst‘ in der Politik kennt, deskriptiv zeigt sich der Unterschied allerdings nicht.

Abb. 7 Hürden für politische Partizipation von Befragten unter 36 Jahren (migrantisch wahrgenommene Befragte nach Zuwanderungsgeneration und Befragte ohne Zuwanderungsgeschichte)



Anmerkung: Mehrfachnennung möglich.

Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2024; gewichtete Daten; eigene Darstellung

bereits selbst Diskriminierung erfahren haben, häufiger als Grund gegen politische Partizipation genannt.⁴⁶

Insgesamt zeigt sich, dass mangelnde Repräsentation sowie Angst vor Diskriminierung wichtige Themen sind, die migrantisch wahrgenommene Menschen beschäftigen und von politischer Partizipation abhalten. Das häufig vorgebrachte Argument, dass Menschen mit Migrationshintergrund einfach kein Interesse an Politik hätten und sich nicht engagieren wollten (Adamson 2007: 19–20), bestätigt sich in den hier vorliegenden Daten nicht. Denn migrantisch wahrgenommene Befragte und Befragte ohne Zuwanderungsgeschichte geben dies zu gleichen Teilen als Grund für ihre fehlende Beteiligung an. Zudem deuten die häufig genannten Gründe der Undurchschaubarkeit politischer Strukturen und der Überforderung mit der Politik auf mangelnde politische Bildung hin. Diese Punkte werden im Folgenden vor allem anhand der qualitativen Befragung näher ausgeführt.

4.1 Politische Bildung in der Schule: zentraler Faktor mit Ausbaupotenzial

Politische Bildung wird der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) folgend verstanden als eine „Sammelbezeichnung für alle bewusst geplanten und organisierten, kontinuierlichen und zielgerichteten Maßnahmen von Bildungseinrichtungen, um Jugendliche und Erwachsene mit den zur Teilnahme am politischen und gesellschaftlichen Leben notwendigen Voraussetzungen auszustatten“.⁴⁷ Dies ist elementar, um junge Menschen zu mündigen Mitmenschen zu erziehen, die sich in politische Prozesse einbringen können und wollen.

Vor allem in der Schule sollten Kinder und Jugendliche daher politisch gebildet werden. Denn während zum einen politische Bildung im Erwachsenenalter Eigeninitiative und entsprechende Gelegenheiten voraussetzt und zum anderen nicht davon aus-

gegangen werden kann, dass alle jungen Menschen im Elternhaus ausreichend politisch gebildet werden, besteht eine Schulpflicht; schulische politische Bildung kann dementsprechend unterschiedliche Sozialisationserfahrungen ausgleichen. Die Bedeutung schulischer politischer Bildung wird auch von mehreren Befragten in den qualitativen Interviews betont:

Ich glaube, viel geht über die Schule, also ganz viel geht über die Schule. Was man in der Familie nicht hat, könnte man dort auffangen oder weitergeben, gerade in politischer Bildungsarbeit.

(INT016, aktiv)

Ein großer Teil der politisch aktiven Befragten ist allerdings der Meinung, im Politikunterricht insgesamt zu wenig oder zu wenig über bestimmte politische Themen gelernt zu haben, einige bemängeln einen **Fokus ausschließlich auf Geschichte**.⁴⁸ Von anderen wird die politische Bildung in der Schule aber positiv bewertet und mit der Politisierung oder Motivation zur Teilhabe in Verbindung gebracht.

Sehr dünn, glaub ich. Also, wir hatten das Dritte Reich, wir hatten Weimarer Republik. Wir hatten, wenn überhaupt, ganz grob, wie der Bundestag aufgebaut ist. Und da hört es irgendwie schon bei mir auf, ... also ganz dünn.

(INT014, aktiv)

*Also ich hatte durchgängig ab der Mittelstufe Politik, was ich auch gut fand. Wir wurden auf jeden Fall sehr, also dank meines coolen Politiklehrers auch sehr, ja, kritisch klingt so hart, aber es wurde auch ausgewogen, also wir wurden zu kritischen oder mündigen Bürger*innen, auf jeden Fall, habe ich den Eindruck bekommen, durch ihn unterrichtet.*

(INT010, aktiv)

46 41 Prozent derjenigen Personen, die diesen Grund angeben, erklären, aufgrund ihrer Herkunft „eher stark“ oder „sehr stark“ benachteiligt worden zu sein; 14 Prozent derjenigen, die diesen Grund gegen Teilhabe nicht nennen, seien „eher stark“ oder „sehr stark“ benachteiligt worden.

47 Handwörterbuch des politischen Systems der bpb: <https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/handwoerterbuch-politisches-system/202092/politische-bildung/> (01.10.2024).

48 In der Folge sind einige Textstellen fett hervorgehoben. Diese Markierungen verweisen auf Hürden bzw. Gelingensbedingungen, die in Abb. 9 aufgegriffen werden.

„Wenn überhaupt, müsste es in dem Gesellschaftsunterricht gewesen sein“⁴⁹

Viele Befragte, die auch eine andere Schulform als das Gymnasium besucht haben, beklagen, in ihrer weiterführenden Schule überhaupt keinen Politikunterricht gehabt zu haben.

Ja, in der Hauptschule ist es tatsächlich gar nicht so das Thema, weil die Lehrer auch meinen irgendwie, dass wir viel zu blöd dafür wären und das gar nicht Thema war, und ich weiß nicht, warum das nicht mit reingebracht wurde.

(INT018, aktiv)

Von den im Kontext der Studie Befragten hatten jedoch alle in einer anderen Schule als dem Gymnasium oder auf dem zweiten Bildungsweg Politikunterricht oder Politik wurde später in der schulischen Ausbildung in anderen Fächern thematisiert. Die wahrgenommene **Ungleichheit der politischen Bildung aufgrund der Schulform** wird dabei von einigen bemängelt:

[W]as ich jetzt im Nachhinein sagen muss, es war nicht so tiefgründig, wie ich jetzt aus Erzählungen von Leuten [kenne], die [...] am Gymnasium halt eben waren. Da habe ich das Gefühl, dass halt Themen oftmals tiefgründiger besprochen werden, was ich teilweise schade finde, weil teilweise gibt es schon Themen, die auch tiefgründig auch an der Mittelschule besprochen werden können. [...] konkret an Themen, die jetzt besprochen wurden, würde ich sagen, war jetzt nicht so zentral, dass ich sagen würde: Okay, das waren aktuelle Themen. Da, würde ich sagen, war erst in der Berufsschule mehr.

(INT020, aktiv)

Es zeigt sich also, dass die Befragten die Qualität der politischen Bildung je nach Schulform unterschiedlich wahrnehmen und beurteilen. Dies deckt sich mit früheren Befunden, wonach die Anzahl der Unterrichtsstunden im Fach Politik je nach Schulform variiert (Achour/Wagner 2019: 55–56). Da Menschen mit Migrationshintergrund nach wie vor seltener Gym-

nasien besuchen (SVR 2024a: 97) und im Elternhaus möglicherweise weniger Aufklärung und Austausch über das politische System und die Beteiligungsformen in der deutschen Politik erfahren, stellt dies insbesondere für diese Gruppe eine Hürde für die politische Beteiligung dar. Zwei Befragte weisen auch darauf hin, dass ihrer Erfahrung nach viele migrantisch wahrgenommene Kinder, insbesondere wenn sie neu in Deutschland seien, einer Schule zugeordnet würden, die unter ihrem Leistungsniveau liege. So berichtet eine Person aus eigener Erfahrung:

[I]ch war neu in Deutschland und musste mir das ja alles selber erarbeiten, und die Schule war für mich eher ein Hindernis als irgendwie ein Lernort, wo ich mich wohlfühle. Also, ich habe angefangen in der Hauptschule und hab mich dann hochgesteigert. [...] Gott sei Dank bin ich auch nicht in die Sonderschule gekommen. Nicht, dass ich die Sonderschule abwertend finde, im Gegenteil, sondern weil viele aus meinem Freundeskreis und Bekannte dorthin mussten, einfach mit Migrationshintergrundgeschichte [sic], und nicht, dass sie das nicht leisten könnten.

(INT018, aktiv)

Politische Bildung kann aber, wenn sie in ausreichendem Maße und in guter Qualität angeboten wird, eine Chance für die politische Partizipation von Jugendlichen sein. Sowohl politisch Aktive als auch Nichtaktive geben an, dass **Diskussionsrunden, Planspiele oder Exkursionen** in der Schule stattgefunden hätten und bei ihnen auf Interesse gestoßen seien.

Oder, ich erinnere mich zum Beispiel damals, also als ich noch in der Schule war. [...] Vorratsdatenspeicherung, da haben wir so eine Diskussionsrunde gemacht, [...] also es war eine Simulation von einer Debattenrunde, und dann sollten wir Pro- und Kontra-Seiten vertreten, um uns eine Argumentation zu überlegen, sie zu artikulieren. Also, das fand ich richtig gut, diese Simulation.

(INT010, aktiv)

⁴⁹ INT016 (aktiv).

Darüber hinaus werten einige Befragte **motivierete Lehrkräfte**, die zur politischen Partizipation (z. B. Demonstrationen) auffordern bzw. einladen, positiv.

*Also, ich wurde auf jeden Fall politisch gebildet durch die Schule, also was mich auch dazu gebracht hat, mich weiter mit Politik zu beschäftigen. Ich kann mich daran erinnern, dass einige Lehrer*innen so unter der Hand quasi uns oft dazu aufgefordert haben, demonstrieren zu gehen und sogar die Schule dafür zu schwänzen. Waren natürlich nur die coolen Lehrer*innen [...].*

(INT025, aktiv)

Allerdings geben nicht alle Teilnehmenden an, sich daran zu erinnern, in der Schule etwas über die verschiedenen Möglichkeiten der politischen Partizipation gelernt zu haben (s. hierzu INT025; vgl. Bergmann/Çelik/Wüst 2024: 62):

[I]ch bin ziemlich sicher, dass wir auch darüber gesprochen haben, wie man halt auch tätig werden kann. [...] Auf jeden Fall gab es ja auch Wahlen, wo wir schon ab 16 teilnehmen konnten in [Bundesland] und da weiß ich, dass wir eine Lehrerin hatten, die [...] uns halt auch da sehr drauf hingewiesen [hat], dass wir das auf jeden Fall nutzen sollen.

(INT026, nichtaktiv)

Fast alle Befragten fordern Bildungsmaßnahmen, die **über konkrete Möglichkeiten politischer Partizipation informieren** und dazu mobilisieren.

Und dass man nie [...] von der Schule dieses Wissen vermittelt bekommen hat: Es ist machbar, es ist gestaltbar, und Demokratie ist etwas, was wir Menschen gestalten, dass daher vielleicht die Politikverdrossenheit kommt oder dieses Distanzierte dazu, dass man sich denkt, es hat nicht viel mit mir zu tun.

(INT016, aktiv)

Das Thema der politischen Schulbildung beschäftigt viele Befragte und steht im Mittelpunkt ihrer Verbesserungsvorschläge zur politischen Partizipation, auch da viele sich **nicht von der Gestaltung des Politikunterrichts angesprochen** fühlten. Die Mehrheit der Befragten äußert, dass das Interesse an Politik durch einen **Bezug zur eigenen Person oder zur eigenen Lebenswirklichkeit** gefördert werden könnte. Einige weisen darauf hin, dass im Politikunterricht kein Bezug zu ihrer Person hergestellt worden sei, sie sich aber einen solchen gewünscht hätten.

Alleine zu wissen, [...] ich kann Themen nehmen, die mich interessieren, und vor allem [...] ich lerne, dass Politik sich nicht nur auf Herrschaftsverhältnisse spezialisiert [...], sondern dass Politik im ganzen Leben stattfindet. [...] Also dass ich überall hinschauen kann, und ich sehe was Politisches. Und das war so für mich das gewesen, wo ich gesagt hab, okay, das interessiert mich jetzt wirklich doll.

(INT021, aktiv)

Auf die Frage, wie der Unterrepräsentanz von jungen migrantisch wahrgenommenen Menschen in der politischen Partizipation entgegengewirkt werden könnte, schlagen einige Befragte vor, in der Schule **Kontaktmöglichkeiten zu Parteimitgliedern, in der Politik Aktiven und zu politischen Organisationen** zu schaffen, etwa im Rahmen von Projekten. Die Eingeladenen könnten sich im Unterricht vorstellen und aufzeigen, wie man sich bei ihnen oder allgemein in Parteien engagieren kann.⁵⁰

Gerade um Jugendliche zu werben, wäre natürlich ein Kontakt auch auf Schulebene ein sehr sinnvoller Anreiz. Also da natürlich, jede Partei [...] anzutreten an der Schule und ihr Parteiprogramm vorzustellen für die Jugendlichen [...], das wäre natürlich eine Idee, damit man da eine gewisse Berührung bekommt, also einen gewissen Einblick bekommt, [...] Was ist Demokratie, und das hat sie mit mir als Einzelne zu tun. Kann ich als Einzel-

⁵⁰ Dabei muss allerdings stets der Beutelsbacher Konsens berücksichtigt werden – dieser ist in Schulen maßgeblich mit Blick auf die politische Bildung (vgl. Fußnote 64 u. <https://www.bpb.de/die-bpb/ueber-uns/auftrag/51310/beutelsbacher-konsens/01.10.2024>)).

ner dann da mitwirken, und warum sollte ich das überhaupt? Diese Reflexionsarbeit, das ist alles ganz stark über die Schule machbar.

(INT016, aktiv)

Insgesamt wird der politischen Bildung besonders von den aktiven Befragten eine hohe Relevanz beigemessen. Obwohl auf Basis der vorhandenen Daten kein Zusammenhang zwischen der Qualität der politischen Schulbildung und der politischen Teilhabe festgestellt werden kann, wird deutlich, dass nach Wahrnehmung und Erfahrung der Befragten eine bessere politische Bildung den Einstieg in die politische Aktivität erleichtern könnte.

4.2 Fehlende Vorbilder und Ansprache als Hinderungsgründe

Die Forderung nach besseren Zugängen zur politischen Teilhabe geht über die Vermittlung von Wissen und Kompetenzen durch politische Bildung hinaus. Insbesondere die Repräsentation junger Menschen und migrantisch wahrgenommener Menschen in der Politik, die Vorbilder sein könnten, wird durchgängig als unzureichend kritisiert. Einige Befragte bemängeln, dass insbesondere junge Menschen mit Zuwanderungsgeschichte von der Politik nicht angesprochen werden bzw. dass Zugänge zum System fehlen oder nicht offengelegt werden. So sei es aufgrund fehlender Wahlwerbung, auch in Form von **Veranstaltungen in benachteiligten Stadtteilen**, nicht verwunderlich, dass sich gerade diese Bevölkerungsgruppe nicht an Wahlen beteilige. Es wird auch auf die Notwendigkeit hingewiesen, dass in der Politik Aktive Orte auswählen, an denen sie junge Menschen mit Zuwanderungsgeschichte gezielt treffen und mit ihnen in Austausch treten können.

*Also, wie gesagt, einfach die Zugänge, dass man [...] vielleicht sich mit Jugendlichen mal zusammensetzt und fragt: Was wollt ihr denn eigentlich machen? Dass man es auch nicht immer nur vor gibt, in so einem Politiker*innendenken, die denken zu wissen, was die Jugend heutzutage mag, sondern dass man sich mit denen hinsetzt und partizipativ entscheidet, was junge Menschen gerade irgendwie cool finden würden.*

(INT015, aktiv)

Neben der fehlenden gezielten Ansprache beschreiben viele Befragte das Gefühl, als junge migrantisch wahrgenommene Menschen **nicht zur Politik dazuzugehören** oder gar mitwirken zu dürfen, was auch als fehlender Zugang zum System verstanden werden kann. Es wird ein mangelndes Interesse von Politik und Gesellschaft an dieser Bevölkerungsgruppe beklagt, das häufig als Desinteresse an den von ihnen vertretenen Themen und Sichtweisen interpretiert wird.

Ich glaube, dass sie sich, wie gesagt, wirklich unverstanden fühlen und so diese Einstellung sozusagen haben, ein bisschen, ja, weiß ich nicht, ein bisschen [als] Außenseiter fühlen, nicht zugehörig fühlen, weil sie sich nicht angesprochen fühlen, und dementsprechend sehen die auch gar nicht, warum sie sich überhaupt engagieren sollten.

(INT026, nichtaktiv)

Die Befragten fordern daher, das Wissen darüber, wie und wo man sich politisch beteiligen kann und was Politik ist, auch über zielgruppengerechte Kommunikationswege zu verbreiten. Denn mangelndes Wissen über zugängliche Partizipationsmöglichkeiten erschwert Teilhabe insbesondere dann, wenn das Interesse an Partizipation nicht groß ist oder davon ausgegangen wird, dass eigenes politisches Engagement ohnehin nichts bewirken könne.

[N]icht wissen, dass sehr wohl Räume da sind, wo man sich einbringen kann. Was ich auch wirklich furchtbar finde, dass es nicht wirklich transparent gemacht wird, sei es in der Stadt oder auf Bundesebene, wenn so Veranstaltungen sind, [...] dass es diese Gruppe von jungen migrantischen Personen gar nicht erreicht. [...] Oder halt auch so Bildungsreisen, [...] ich habe peinlicherweise erst letztes Jahr an meiner ersten Bildungsreise teilgenommen, wusste davor auch ziemlich wenig darüber. [...] Oder so eine Politikakademie. [...] Ja, dass halt diese ganzen [...] Angebote, die es ja schon gibt, [...] wirklich geschickt beworben werden und wirklich alle erreichen und halt nicht immer eine gleiche Schicht, eine gleiche Gruppe [...].

(INT014, aktiv)

Diese Nähe könnte nach Auffassung der Befragten u. a. durch eine bessere Nutzung der sozialen Medien durch die Parteien hergestellt werden. Denn praktisch alle Befragten nutzen soziale Medien als Informationskanal, wobei durchaus ein Bewusstsein dafür besteht, dass hier das Potenzial für Manipulation oder Missbrauch besonders hoch ist. So sehen einige der Befragten einen hohen Bedarf an besserer Aufklärung im Umgang mit den Medien, insbesondere im Erkennen von Fake News und dem adäquaten Umgang damit. Vereinzelt wird darauf hingewiesen, dass nicht nur die Kanäle, über die die Kommunikation über Politik und Beteiligungsmöglichkeiten bisher im Wesentlichen stattfindet, sondern auch die dabei verwendete Sprache eine Hürde für das Engagement darstellen kann. Damit verbunden ist der Wunsch nach einem **inklusiven und einfacheren Sprachgebrauch**: Eine niedrigschwellige und einfachere Sprache würde politische Teilhabe zugänglicher machen (vgl. Arnold et al. 2011: 47–48).

„Man redet über Menschen, aber nicht mit den Menschen“⁵¹

Die mangelnde Ansprache bzw. Einbindung der Zielgruppe in das politische Geschehen und die bestehenden Strukturen wird von vielen für ihre **mangelnde Repräsentation in der Politik** verantwortlich gemacht: Die Mehrheit der Befragten fühlt sich nicht oder nur eingeschränkt repräsentiert; sie sehen ihre jeweiligen Interessen in der aktuellen politischen Landschaft in Deutschland nicht gut vertreten. Einige Befragte beziehen die mangelnde Repräsentation auf ihre Zuwanderungsgeschichte, andere auf ihr Alter, ihr Geschlecht oder ihren familiären Hintergrund (z. B. als Kind aus einem Haushalt nichtakademischer Eltern), auf ihren Fluchthintergrund oder ihre berufliche Tätigkeit.

Oh! Gar nicht, gar nicht, überhaupt gar nicht! [...] [D]as fängt ja schon damit an, dass wir, ich glaube, 10 Prozent Nichtakademiker in unseren Par-

lamenten sitzen haben [...] es muss einfach viel mehr Frauen, viel mehr Menschen mit Migrationshintergrund in diesen professionellen Stellen geben, die dann gewählt werden können.

(INT021, aktiv)

Das ist auch ein Problem, was ihr auch auf jeden Fall mit aufnehmen solltet. Die Vertretung von Geflüchteten wird nicht so ganz dargestellt oder repräsentiert, sondern die repräsentieren eher mehr türkischstämmige Menschen und hier geborene Menschen mit Migrationshintergrund [...]. Aber die Vertretung von uns, also Geflüchtete oder syrische Geflüchtete oder afghanische Geflüchtete, ist nicht da. Null.

(INT013, aktiv)

Allerdings schwächen einige Befragte diese negative Einschätzung der Repräsentation bei nochmaliger Nachfrage etwas ab; häufig wird dann erwähnt, dass eine Besserung in Sicht sei und die Repräsentation der eigenen Gruppe in den letzten Jahren zugenommen habe. Einige sehen sich als Person zumindest bei einzelnen Themen oder durch einzelne Persönlichkeiten vertreten.

Eine bessere Repräsentation der eigenen Gruppe in der Politik hätte aus Sicht vieler Befragter eine **Vorbildfunktion** und würde das Gefühl stärken, einen Platz in der Politik zu haben: Knapp die Hälfte der politisch Aktiven sieht in schlechter Repräsentation der eigenen Person ein Hindernis für politische Partizipation. Das Verständnis der Repräsentation durch die Befragten bezieht sich hierbei stets auf deskriptive, nicht auf substantielle oder inhaltliche Repräsentation (vgl. SVR 2021: 51).⁵²

Deutschland und Schwarzer Bundeskanzler, das sehe ich nicht. [...] also, da fehlt halt wirklich noch Diversität, dass halt auch einfach jemand, der unseren Hintergrund hat, ich meine, wir haben genau die gleiche Schulbildung und es ist nichts anderes als bei anderen, aber wir sehen es nicht.

51 INT014 (aktiv).

52 Deskriptive Repräsentation ist gegeben, wenn die Repräsentierenden in einem bestimmten deskriptiven Merkmal mit den Repräsentierten übereinstimmen; Menschen mit Zuwanderungsgeschichte wären also deskriptiv repräsentiert, wenn diese Gruppe in Volksvertretungsorganen entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung vertreten wäre. Substantielle oder inhaltliche Repräsentation bezieht sich auf die Vertretung von Interessen bzw. Inhalten unabhängig von den persönlichen Merkmalen derjenigen, die sie vertreten. Vgl. zum Unterschied von deskriptiver und substantieller Repräsentation SVR 2021: 51.

Entsprechend können wir uns gar nicht vorstellen, leider, dass wir da halt auch hinkommen können.
(INT026, nichtaktiv)

*Wenn man eine Person sieht, die Entscheidungsträger*in ist, [...] die einem ähnlich ist, dann denkt man sich so: okay, krass! Ich sehe nicht nur dieselben Leute immer wieder, sondern eine Person, die mir ähnlich ist. Ich kann das ja dann vielleicht auch schaffen, vielleicht, wenn man, sei es bewusst oder unbewusst [...], gar nicht in Erwägung gezogen hat oder kategorisch schon ausgeschlossen hat, weil man denkt, okay, Politiker*in sein, das ist mehrheitlich weißen Menschen vorbehalten und auch hauptsächlich männlichen [...].*
(INT010, aktiv)

Auch bei der Frage nach möglichen Chancen oder Lösungsansätzen für die wahrgenommene Lage taucht das Thema der Repräsentation immer wieder auf. Während die meisten speziell eine bessere Repräsentation von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte fordern, geht es einigen auch um die Repräsentation von jungen Menschen, deren Interessen aus ihrer Sicht nicht genügend berücksichtigt werden:

Du musst dich halt entscheiden. [...] willst du halt die Zukunft noch mitnehmen? Oder willst du die, die jetzt aktuell da sind, aber bald gar nicht mehr da sind, jetzt in dem Moment abholen und halt jetzt im Moment gut dastehen? [...] Sollte vielmehr der Gedanke da sein: Ja, ey, wir holen uns jetzt so viele wie möglich ins Boot, auf verschiedene Art und Weise.
(INT020, aktiv)

Oder man müsste die Verfassung verändern, dass man immer im Sinne der jungen Generation handeln muss, der nächsten Generation, und nicht die Alten den ganzen Tag streichelt. Schwierig, eine Lösung habe ich nicht. Mit unserem System, so wie es ist, funktioniert ... Also, man müsste das System umbauen.
(INT030, nichtaktiv)

Darüber hinaus werden konkrete Lösungsansätze benannt, die Chancen für eine bessere Repräsentation benachteiligter Gruppen bieten könnten, wie z. B. die Einführung von Quoten oder die gezielte Förderung von migrantisch wahrgenommenen politisch Aktiven in politischen Positionen.

Was vielleicht sehr radikal wäre, wäre aber vielleicht, die Strukturen so zu ändern, dass man Positionen erschafft, die es noch nicht gibt, und diese von Anfang an mit Leuten mit Migrationshintergrund zu füllen. Und dass man dieses neue System oder dieses neue Stück des Systems dann in die aktuelle Politik einfließen lässt oder anschließt und dass diese Menschen dadurch mit ihren neuen Positionen, die auch natürlich eine Wertigkeit haben müssen, Einfluss üben können.
(INT022, nichtaktiv)

Zusammengenommen fordern die meisten Befragten eine bessere Repräsentation junger Menschen und von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, einige beklagen aber auch eine Unterrepräsentation von Frauen, Menschen aus bestimmten Wohngebieten und sozialen Schichten; die Vielfalt der wahrgenommenen Repräsentationslücken macht deutlich, dass auch eine Lösung über Quoten schwierig ist (vgl. SVR 2024a: 220). Die Politik muss jedenfalls aus Sicht der Befragten einen besseren Querschnitt der Gesamtgesellschaft abbilden.

4.3 Hürden für die Identifikation mit und das Engagement in politischen Parteien

Daten des SVR-Integrationsbarometers 2024 zufolge können 68 Prozent der migrantisch wahrgenommenen Befragten keine Partei nennen, die ihnen derzeit am besten gefällt. Bei den Befragten ohne Zuwanderungsgeschichte ist diese Unsicherheit deutlich geringer ausgeprägt: 38 Prozent wissen nicht, welche Partei ihnen derzeit am besten gefällt. In der qualitativen Befragung gibt sogar nur eine politisch aktive Person an, sich überwiegend mit einer Partei zu identifizieren.⁵³

⁵³ Nahezu alle Befragten fühlen sich keiner Partei eindeutig verbunden. Einige politisch aktive Personen identifizieren sich zwar nicht eindeutig mit einer Partei, sehen sich aber als zwischen zwei Parteien stehend oder haben eine Tendenz.

Die fehlende Parteiidentifikation wiederum wird als Hindernis der politischen Beteiligung in einer Partei wahrgenommen.

Vier Befragte waren in der Vergangenheit Mitglieder einer Partei bzw. haben in einer Partei mitgearbeitet: drei der politisch aktiven Befragten und eine der politisch nicht mehr aktiven Befragten. Für den Parteiaustritt bzw. die Beendigung der Parteimitarbeit wurden verschiedene Gründe genannt: Zeitmangel, fehlende Mitgestaltungsmöglichkeiten, die Erkenntnis, in der falschen Partei zu sein oder dass einem die Mitarbeit „nichts bringt“ (INT018).

Einige Befragte können sich zwar vorstellen, in Zukunft in einer Partei mitzuwirken, aber keine der befragten Personen ist davon uneingeschränkt überzeugt. Andere Befragte schließen eine parteipolitische Aktivität für sich grundsätzlich oder zumindest aktuell aus. Ein Grund, der aus Sicht der Befragten gegen eine Mitarbeit in einer Partei spricht, ist die große Homogenität in den Parteistrukturen (s. auch Repräsentation in Kap. 4.2):

[S]agen wir es mal so, ich fühle mich schon wohler, wenn eine Partei oder eine Gruppe, was auch immer, Ortsgruppe, nicht so doll homogen ist, glaube ich, weil ich nicht zu dieser homogenen Gruppe gehöre und dann so ein bisschen hervorsteche [...] also, ich fühl mich schon so, auf Englisch sagt man „sticking out like a sore thumb“.

(INT010, aktiv)

Auch mangelnde Selbstwirksamkeit – das Gefühl, in einer Partei nichts bewirken zu können – hält insbesondere politisch Nichtaktive von der Mitarbeit in einer Partei ab:

Also, du veränderst ja nichts in der Politik, wenn du in einer Partei bist.

(INT030, nichtaktiv)

Ein ähnlicher Grund wird zum Teil auch hinter dem ausbleibenden Parteiengagement bei anderen jungen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte vermutet:

Und das kommt noch dazu, die haben auch einfach kein Vertrauen in die Politik und in Politiker. Für

die ist das ein System, das sie nicht durchschauen können, in das sie nicht rein können, ein System, das sie strukturell benachteiligt und diskriminiert. Und deshalb machen sie da gar nicht erst mit.

(INT021, aktiv)

Parteistrukturen

Darüber hinaus machen die wahrgenommenen Parteistrukturen ein politisches Engagement in einer Partei unattraktiv. Die **starken Hierarchien**, die fehlende Abstimmung innerhalb von Parteien und der fehlende Austausch untereinander unabhängig von Herkunft, Geschlecht und sozialer Schicht sowie der undurchsichtige und langwierige Weg in höhere Positionen halten Befragte von einer Parteimitgliedschaft ab. Dies wird von einzelnen Befragten auch als generelles Hindernis der Parteimitarbeit junger migrantisch wahrgenommener Menschen gesehen. Wie bereits die Motivation für eine politische Partizipation, sind sicherlich auch die wahrgenommenen Parteistrukturen Faktoren, die nicht nur junge migrantische Menschen, sondern auch andere junge Menschen von Parteimitarbeit abhalten können.

Aber gleichzeitig sind meines Erachtens die Hürden sehr hoch, wenn man in eine Position kommen möchte, wo man auch Dinge verändern kann. Der Weg dahin ist, wie ich so mitbekommen habe, was mich auch abgeschreckt hat, den parteipolitischen Weg zu gehen, sehr hierarchisch. Man muss von unten anfangen und sich nach oben arbeiten oder, je nachdem, ich würde sogar jetzt ein bisschen polemisch sagen, hochsaufen; was [das] so ein bisschen unattraktiv für mich macht, sind diese Stammkneipen-Events.

(INT010, aktiv)

Sogenannte **Stammtisch-Strukturen** schaffen nach Meinung einiger Befragter eine Atmosphäre, in der sie sich nicht wohlfühlen:

Da sind das oft so Gespräche, so Stammtischgespräche irgendwie abends in der Wirtschaft, und dass man sich dann da irgendwie trifft, da fühle ich mich auch nicht angesprochen und abgeholt, also so das Setting stimmt dann irgendwie oft nicht.

Vielleicht ist es auch eine Sache, die eher auf dem Dorf dann zu finden ist [...]. Aber: Die Leute, die da vertreten sind, da würde ich mich nicht wohlfühlen.
(INT015, aktiv)

Andere bemängeln grundsätzlich die zu langen und langweiligen Debatten und zu **hohe Mitgliedsbeiträge**, sie wünschen sich mehr **Möglichkeiten der wirksamen Mitgestaltung**.

Ich zahle da irgendwie Geld jeden Monat, und dann bin ich ein, zwei Mal im Jahr bei irgendeiner Versammlung und nehme davon eigentlich nicht viel mit, weil, das könnte ich gefühlt auch in den Nachrichten dann lesen. Also, das ist langweilig und irgendwie nicht so, wie ich mir Politik vorgestellt habe.
(INT025, aktiv)

Zudem wird eine fehlende Willkommenskultur in den Parteien beklagt. **Es fehle an Netzwerken speziell für junge Menschen mit Zuwanderungsgeschichte**, wodurch der Austausch mit Parteimitgliedern fehle. Dadurch entstehe ein Gefühl der Intransparenz darüber, was in den Parteien passiert und wie man sich dort einbringen kann.

Also von Freunden weiß ich zum Beispiel, die in Parteien drinnen waren und wieder rausgegangen sind, [...] dass ganz stark interne Dynamiken herrschen, die darauf hinausliefen, diese türkischstämmigen oder migrantischen, die eigentlich Deutsche sind, auszuschließen [...]. Man hat keinen Onkel, der in der Partei aktiv ist oder im weiten Kreis gibt es [...] niemanden [...], der wirklich in der Partei aktiv ist, [...] und dadurch weiß man nicht, auf was man sich einlässt.
(INT016, aktiv)

Und wenn man zu denen zählt, die zum Club gehören oder zum Kreis gehören, dann werden ja auch richtig viele Netzwerkkontakte oder Kontakte allgemein oder Veranstaltungen [...] geteilt. Und oftmals sind halt nicht BIPOC in diesen Machtclubs oder Positionen [...].
(INT010, aktiv)

Parteien und ihre Strukturen werden daher von vielen Befragten als in sich geschlossene Systeme wahrgenommen, in die sie nicht hineinkommen, da ihnen die entsprechenden Kontakte fehlen und innerhalb dieser Systeme kein großes Interesse besteht, junge Personen mit Zuwanderungsgeschichte willkommen zu heißen: Fehlende Repräsentation und undurchsichtige, hierarchische Strukturen stellen für sie Hürden für ein Engagement in Parteien dar.

Forderungen an das Parteisystem

Um diese geschlossenen Systeme aufzubrechen und die **Diversität in den Parteien** zu erhöhen, fordern einige politisch Aktive **niedrigschwellige Mitgliedschaften in Parteien** oder ein Partizipationsangebot ohne Mitgliedschaft (vgl. auch Voß/Wachinger 2015: 6).

Oder dass halt [...] so offene Angebote verpflichtend sein müssen, [...] also dass man jetzt nicht unbedingt sagt, kommt zu uns und keine Ahnung, tritt der und der und der Partei bei, sondern dass es so ein offenes Bildungsangebot, auch von den Parteien selbst auch ist.

(INT010, aktiv)

Die Beiträge ein bisschen minimieren und auch mal Werbung dafür machen. [...] Das ist ja einfach nur, ich möchte ein bisschen mitgestalten, und das ist halt eine Partei, die mich irgendwo repräsentiert, ein Stück weit, und deswegen werde ich da jetzt mal Mitglied. [...] [A]ber ich habe das Gefühl, es ist für alle Menschen so eine riesige Hürde. [...] [I]rgendwelche Abstimmungen irgendwie mehr aktiv zu gestalten, also das attraktiver zu machen, auch für jüngere Leute und für Menschen mit Migrationshintergrund, dass man irgendwie mitbestimmen kann. Ja, ich glaube, das würde so ein bisschen so diese Hürde nehmen, dass man da jetzt irgendwo mal beitrifft.

(INT025, aktiv)

Zugänge zu und Repräsentation in Parteien

Ähnlich wie bei den Zugängen zu Politik und politischer Teilhabe allgemein (s. Kap. 4.2) wird auch in Bezug auf die Parteien mangelndes Wissen über deren

Arbeitsweise, inhaltliche Arbeit und die Möglichkeiten der Mitarbeit als Partizipationshindernis kritisiert. Es wird von Gefühlen berichtet, nicht zum politischen System zu gehören, nicht mitwirken zu dürfen und nicht ernst genommen zu werden. Häufig genannt wird als Verbesserungsvorschlag, dass Parteimitarbeitende **gezielt auf Personen mit Zuwanderungsgeschichte, migrantisch wahrgenommene Personen und auf junge Menschen an Orten zugehen sollten, an denen sie sich aufhalten**, und sie mit inklusiver und barrierefreier Sprache anzusprechen und einzubeziehen. Es besteht damit aus Sicht der Befragten ein Bedarf an **Dialog und Austausch** zwischen Parteien einerseits und jungen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte andererseits.

Ich glaube, es wäre schon richtig viel getan, wenn diese Veranstaltungen und Informationen, also Plakate, Flyer, weiß ich nicht was, mit mindestens genauso viel [...] Mühe und Engagement an den mehrheitlich BIPoC-bewohnten Stadtteilen und Orten gemacht werden würde.

(INT010, aktiv)

Ich glaube, vielleicht vor allem da Werbung machen, wo die meisten Jugendlichen hinkommen, [...] nicht einfach eine Broschüre in die Hand drücken und fertig, vielleicht sogar mit einer Präsentation, wenn nicht sogar in Schulen kommen, sich präsentieren auf andere Art und nicht so altmodisch wie es geht, sondern so attraktiv wie möglich, vielleicht sogar mit jungen Leuten, die da schon mitgewirkt haben.

(INT019, nichtaktiv)

Die Forderungen nach einer **zielgruppengerechteren Ansprache** über entsprechende Kanäle wie soziale Medien sind dabei vergleichsweise einfach umzusetzen. Die persönliche Ansprache in Stadtteilen und an Orten, wo junge Menschen mit Zuwanderungsgeschichte stärker vertreten sind, setzt demgegenüber mehr zeitlichen und kapazitären Einsatz der bereits politisch Aktiven in Parteien voraus.

4.4 Erfahrungen mit Rassismus und Diskriminierung: Hemmnis und Motor politischer Beteiligung zugleich

Viele Teilnehmende nennen bei der Frage nach der wahrgenommenen Relevanz von Politik für das eigene Leben ihre Betroffenheit von Rassismus (Kap. 4.4.1) und anderen Formen der Diskriminierung (Kap. 4.4.2). Dies zeigt, dass die Teilnehmenden der qualitativen Befragung diese Thematik im Handlungsfeld der Politik sehen. Obwohl in den Interviews nicht explizit danach gefragt wurde, wurden **Rassismus und Diskriminierung in allen Lebensphasen** thematisiert. Alle Befragten machen entsprechende Erfahrungen, die sowohl als Frustration und Hindernis als auch als Motivation und Antrieb hinsichtlich Partizipation wirken (vgl. Bergmann/Çelik/Wüst 2024: 79). Die sowohl aktivierende als auch hemmende Rolle von Rassismus- und Diskriminierungserfahrungen für die politische Partizipation von jungen migrantisch wahrgenommenen Menschen wird nicht nur in den Interviews deutlich, sondern knüpft auch an bisherige Befunde an (Dege et al. 2021) und bedarf einer genaueren Betrachtung.

4.4.1 Rassismus

Einige Befragte gehen davon aus, dass das Gefühl, in Deutschland nicht akzeptiert zu werden und **nicht zugehörig zu sein**, junge migrantisch wahrgenommene Menschen von einer politischen Partizipation abhält. Als Grund hierfür wird explizit auf Diskriminierung und Rassismus verwiesen.

„Man denkt gar nicht, dass man da hingehören würde“⁵⁴
Fast alle Befragten berichten davon, dass sie von anderen als ‚Ausländer‘ wahrgenommen würden oder ihnen ihr Deutschsein abgesprochen werde.

Das Gefühl von Zugehörigkeit ist, glaube ich, auch eine Sache, dass sich auch viele mit Migrationshintergrund nicht zugehörig fühlen oder nicht genug zugehörig fühlen, dass sie dann diesen Schritt gehen: Ey, ich fühl mich so, ich identifiziere mich so sehr mit diesem Land, dass ich mich sogar poli-

54 INT025 (aktiv).

tisch engagieren möchte. Das sind, glaube ich, so die zwei Sachen, also einmal Akzeptanz, dass man vielleicht auch nicht so ernst genommen wird, oder auch oft so vielleicht das Gefühl bekommt, dass man da nichts zu suchen hat, und ja, Identifikation mit dem Land selbst.

(INT022, nichtaktiv)

Warum sollen die in einem Land, in dem sie sich nicht zu Hause fühlen, in dem sie sich diskriminiert und abgelehnt fühlen, jemanden wählen, den sie nicht kennen, von dem sie eigentlich nichts wissen, weil sie sich damit auch nicht beschäftigen wollen, und vor allem, von dem sie sich nicht repräsentiert oder verstanden fühlen? Und das ist der Grund, warum Menschen mit Migrationshintergrund viel, viel seltener wählen, vor allem junge Menschen, weil sie sich einfach auch perspektivlos fühlen, weil sie einfach beigebracht bekommen: Du, dich wollen wir hier nicht, du bist nichts wert, und dementsprechend ist auch alles, was du tust, nichts wert, so wie auch deine politische Stimme.

(INT021, aktiv)

Viele beklagen das **Gefühl, vom politischen System vergessen zu werden**. Zwei politisch aktive Personen weisen außerdem auf Schwierigkeiten hin, sich in migrantischen Organisationen zugehörig zu fühlen, und berichten auch in diesem Zusammenhang von Diskriminierungserfahrungen. Sie wünschen sich eine vielfältigere Repräsentation von Menschen mit unterschiedlichsten Migrationsgeschichten, um ein Engagement attraktiv zu machen, und verweisen dabei häufig darauf, dass bei ihnen verschiedene Faktoren der Benachteiligung zusammenkämen (vgl. Bergmann/Çelik/Wüst 2024: 82–84).

„Wählen ist wie Zähneputzen. Wenn man es nicht macht, dann wird es braun“⁵⁵

Die Feststellung eines Rechtsrucks in der Politik sowie die Normalisierung rassistischer Äußerungen

und der Ausdruck der Sorge darüber werden in den Interviews wiederholt deutlich; fast alle Befragten äußern sich dazu.⁵⁶ Ein Drittel aller Befragten bezieht sich auf die Forderung, dass in Deutschland lebende Menschen mit Zuwanderungsgeschichte wieder in ihre Herkunftsländer zurückkehren sollen. Dies wird als reale Bedrohung wahrgenommen. Teilweise wird Unverständnis darüber geäußert, dass Menschen ohne Zuwanderungsgeschichte in ihrem Umfeld diese Befürchtungen nicht teilen oder relativieren.

[Politik ist] absolut relevant, und [...] spätestens seit der Correctiv-Enthüllung noch heftiger. [...] eben auch mein Freundeskreis [...], weil wir überwiegend migrantisch sind oder Migrationsgeschichte haben, erste oder zweite Generation. Aber wir wissen halt [...], wenn so was wirklich umgesetzt werden sollte und da jetzt kein Riegel davorgeschieben wird, sind wir die Ersten, die halt dran sind, oder unsere Eltern. Und da gibt es halt kein Sicherheitsnetz, [...] dann war es das halt irgendwie.

(INT014, aktiv)

Jetzt geht's ja um Abschiebungen. Also es ist unglaublich schrecklich, also was auch [...] in Potsdam da passiert ist, selbst die den deutschen Pass haben. Also ich fühle mich so oder so nie sicher hier. Also ich rechne immer damit, dass ich abgeschoben werde. Und meine Freunde, sie sagen dann immer, das ist utopisch, und das kann nicht sein [...]. Aber sie verstehen mich teilweise nicht, weil sie nicht davon betroffen sind. [...] Und jetzt hat sich das Ganze auch bestätigt.

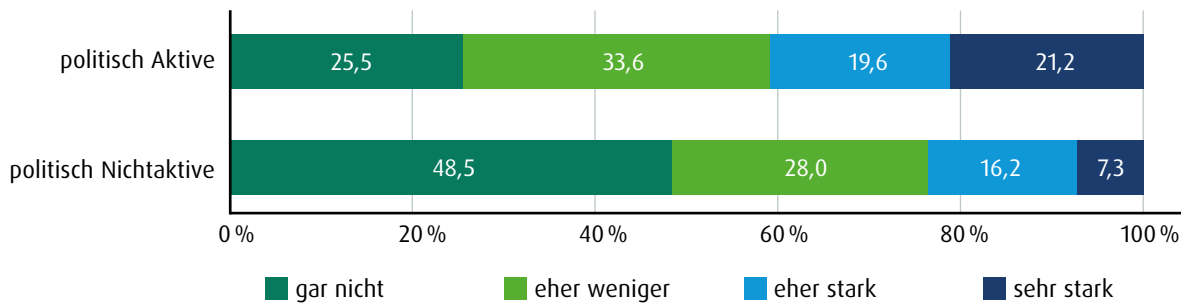
(INT018, aktiv)

Diese Wahrnehmung der politischen Situation als Bedrohung dient aber auch als Motivation für die Wahlbeteiligung (s. auch Kap. 3.1, Wahlbeteiligung; Spierings/Vermeulen 2024: 634–637): Die Mehrheit gibt an, inzwischen vor allem aus Angst vor einem weiteren Rechtsruck wählen zu gehen.

⁵⁵ INT025 (aktiv).

⁵⁶ Die Sorge vor einem Rechtsruck äußert sich bei einigen in konkreten Überlegungen, auszuwandern. Eine Person hat vier Monate nach dem Interview noch einmal Kontakt gesucht, um ergänzend besonderen Nachdruck auf ihre Angst und die daraus entstehenden Erwägungen zu legen, Deutschland zu verlassen.

Abb. 8 „Sind Sie aufgrund Ihrer Herkunft in den vergangenen fünf Jahren benachteiligt worden?“ (migrantisch wahrgenommene Befragte unter 36 Jahren nach politischer Aktivität)



Anmerkung: Aufgrund von Rundungen können die Summen von 100 Prozent abweichen.

Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2024; gewichtete Daten; eigene Darstellung

Und ja, halt schon auch Angst davor, dass halt irgendwie was rauskommen könnte, was überhaupt nicht gut ist, nicht nur für mich, sondern für das ganze Land, für die ganze Gesellschaft. Ich gehe jetzt die letzten Wahlen schon auch viel aus Angst wählen [...].

(INT025, aktiv)

Was mich motiviert, ist ganz klar: So gesehen gibt es keine Alternative als das Demokratische für uns alle [...]. [G]erade in Deutschland, denke ich mir jedes Mal: Leute, den Film haben wir doch schon einmal mitgemacht. Also das geht doch nicht noch mal? Also es gibt doch gar keine Alternative dazu und alles andere haben wir doch auch bisher schon ausprobiert mit fatalen Folgen. Ja, und das ist mein Hauptmotivator [...].

(INT016, aktiv)

Die quantitativen Daten des SVR-Integrationsbarometers 2024 zeigen, dass Diskriminierungserfahrungen auch über die Wahlbeteiligung hinaus in einem positiven Zusammenhang mit politischem Engagement stehen können: Migrantisch wahrgenommene Befragte, die politisch aktiv sind, geben häufiger an, in den letzten fünf Jahren „eher stark“ oder „sehr stark“ aufgrund ihrer Herkunft diskriminiert worden zu sein, als Befragte, die nicht politisch aktiv sind (Abb. 8) (vgl. Bartsch/Aalders 2024: 7).⁵⁷

Also, ich weiß, was mein schlimmster Albtraum für mich und meine Mutter wäre und ich weiß, dass ich dazu beitragen kann, dass der nicht wahr wird. Also egal, wie die Wahlen zum Beispiel nächstes Jahr ausgehen, oder auch, wie die Wahlen jetzt, dieses Jahr im Osten ausgehen, schaue ich nicht tatenlos zu, sondern bring mich so gut es geht ein.

(INT014, aktiv)

Ebenso begründet die Hälfte der politisch aktiven Befragten der qualitativen Studie die ursprüngliche Motivation, sich über die Wahlbeteiligung hinaus politisch zu engagieren, mit Rassismuserfahrungen bzw. beobachtetem Rassismus oder der konkreten Gefahr eines Rechtsrucks in der Politik; diese Befragten bezeichnen ihr Engagement als ‚Notwendigkeit‘:

Deutlich wird aber auch, dass die Motivation, aufgrund von Rassismuserfahrungen aktiv zu werden, auf einem starken Gefühl der Selbstwirksamkeit beruhen muss, d.h. auf der Überzeugung, durch eigenes Engagement etwas gegen Rassismus bewirken

⁵⁷ Befragte ohne Migrationshintergrund wurden nicht gefragt, ob sie aufgrund ihrer Herkunft Benachteiligung erleben. Sie haben jedoch auf folgende Frage geantwortet: „Wie häufig findet Ihrer Einschätzung nach Benachteiligung aufgrund der Herkunft in Deutschland grundsätzlich statt?“ 81 Prozent der politisch aktiven Befragten ohne Zuwanderungsgeschichte nehmen an, dass Benachteiligung aufgrund der Herkunft „oft“ oder „sehr oft“ stattfindet. Bei nichtaktiven Befragten sind es 54 Prozent.

zu können. Ist dieses Gefühl nicht vorhanden, ist es entsprechend unwahrscheinlich, dass Rassismuserfahrungen in politischer Partizipation münden.

Dabei wird eine Motivation zur politischen Partizipation aufgrund eigener Rassismuserfahrungen nicht als positiv empfunden. So beschreiben einige Aktive, dass es ihnen nicht gut gegangen sei und nur die politische Aktivität ihnen aus einer allgemeinen Frustration und Resignation heraus helfen können. Dementsprechend war es für viele der aus diesen Gründen politisch Aktiven eher ein Gefühl der Alternativlosigkeit, das sie zur Partizipation motivierte.

[E]igentlich [habe ich] durchaus gemerkt, dass es mir nicht gut [...] geht, es den Menschen mit Migrationshintergrund, in dem [Verein, in dem] ich ehrenamtlich aktiv war, es denen nicht so gut geht und sie irgendwie nicht das Gefühl haben, dazuzugehören, und das hatte ich auch nie, und ich gemerkt habe, ich muss jetzt selber was tun und ich kann eigentlich nur was tun, wenn ich in diese Bubble reingehe und mich traue, und durch diese Bewegungsgründe bin ich dann richtig aktiv geworden.

(INT018, aktiv)

Rassismuserfahrung als Grund für Frustration

Rassismuserfahrungen können von politischer Teilhabe abhalten, aber auch während der Partizipation zu Frustrationen führen. So können solche Erfahrungen mit einem geringeren Vertrauen in die Politik und mit Ohnmachtsgefühlen einhergehen (Dieckmann/Geschke/Braune 2017; Oskooii 2020). **Misstrauen gegenüber der Politik** beklagen besonders die Nichtaktiven. Zudem nehmen nahezu alle Befragten die Angst vor rassistischer Diskriminierung als Hindernis für ein mögliches politisches Engagement von jungen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte wahr.

Diskriminierung und Rassismus sind ja auch Gewalt. Wenn [ihnen] dann ihr Leben lang Gewalt

wider[fährt], [...], dann kann ich es voll nachvollziehen, wenn sie sagen, ich bin müde, ich habe keine Lust mehr, [...] meine Wunde tut schon die ganze Zeit weh, sie ist immer offen sozusagen. Sie schmerzt immer, und wenn ich da jetzt noch mehr was [...] mache, dann tut sie noch mehr weh und [...] blutet vielleicht noch mehr.

(INT010, aktiv)

Eine befragte Person erzählt von Berichten aus ihrem Umfeld über rassistische Diskriminierungserfahrungen in Parteien:

[D]ie Erfahrung von Freunden [...] ist dann halt einfach, die sagen, ja, die Strukturen sind so [...] rassistisch. Wenn man uns dann weggegrault hat, und dann hatten wir keinen Bock mehr und sind dann raus.

(INT016, aktiv)

„Ich schätze das Projekt sehr [...]. Man fühlt sich irgendwie dazugehörig und verstanden“⁵⁸

Aus diesen Frustrationen und Erfahrungen heraus wird ein Bedarf an bestimmten Organisationsformen, Strukturen und Aktivitäten abgeleitet, in denen sich ausschließlich oder mehrheitlich (junge) Menschen mit Zuwanderungsgeschichte politisch beteiligen und sich entsprechend sicher und wohl fühlen, ihre Meinungen und Erfahrungen mitzuteilen (Info-Box 3). Auf diese Weise können Diskriminierungserfahrungen Gefühle der Verbundenheit innerhalb bzw. Zugehörigkeit zu der als diskriminiert wahrgenommenen Gruppe hervorrufen (Sanchez 2006), die dann zur politischen Teilhabe motivieren können. In den Interviews wird der **Wunsch nach sogenannten Safe(r) Spaces** deutlich, sicheren Orten, an denen ein Austausch über (Diskriminierungs-)Erfahrungen jenseits der Alltagswelt stattfinden kann.⁵⁹ Positive Erfahrungen mit Räumen und Foren im Rahmen spezifischer Empowerment-Projekte werden von den Befragten besonders hervorgehoben.

58 INT018 (aktiv).

59 Das Bedürfnis nach solchen Räumen wird allerdings nur von Befragten formuliert, die bereits politisch aktiv sind und schon Erfahrungen mit Safe(r) Spaces machen konnten.

Der Safer Space, also dass wir alle BIPOC waren, das war super wichtig, fand ich, weil, wir haben uns sehr schnell wohlgefühlt dadurch. [...] Das hat sich wie Community angefühlt, [...]. Und also ich kann sagen, es hat schon geholfen, dass das alles BIPOC waren, [...] dass wir dann sozusagen eine Grundlage haben, dass wir dann sagen konnten: Okay, hey, ich weiß, wie Rassismus sich anfühlt. Ich kann das nachvollziehen, dass [...] die ganzen Erklärungen vielleicht dann dadurch entfielen, die vielleicht Menschen, die nicht die gleiche Lebensrealität haben, nicht [...] nachvollziehen können.

(INT010, aktiv)

Und es war so gut, weil, wir haben uns alle verstanden gefühlt und es war eh gleich so ein Wohlfühlort [...] Und da haben viele über ihre Hürden erzählt, über ihre Erfahrungen in dem Raum, [...] weil wir uns ausgesprochen haben und uns verstanden haben. [...] Und es braucht irgendwie [...] Menschen mit Migrationshintergrund, die auch Rassismuserfahrungen haben, da darüber zu sprechen.

(INT018, aktiv)

Integrationsmaßnahmen als Chance für politische Teilhabe

Darüber hinaus halten die Befragten insgesamt mehr Toleranz, Empathie und Verständnis für die Lebensrealitäten rassifizierter und diskriminierter Menschen in der Gesellschaft für notwendig, um die politische Teilhabe dieser Gruppen zu fördern. Eine Chance wird dabei in **Antidiskriminierungsarbeit, Aufklärung und Integrationsmaßnahmen** gesehen. Einige Befragte fordern eine aktive Aufklärung über Rassismus in Schulen, Unternehmen, aber auch in politischen Parteien und anderen Organisationen. Dies solle z.B. durch **Trainings und Workshops zur Sensibilisierung für Diskriminierung** geschehen, insbesondere für Personen in Führungspositionen. Auch ein **leichterer Zugang zu Antidiskriminierungsstellen** wird gefordert. Darüber hinaus sei es wichtig, Menschen, die selbst von (rassistischer) Diskriminierung betroffen sind, stärker in die inhaltliche Gestaltung von Arbeit und Politik einzubinden und so ihre Perspektiven und Erfahrungen zu berücksichtigen. Die politische Partizipation von jungen migrantisch wahrgenommenen

Menschen würde dadurch, so die Annahme, von vornherein attraktiver gestaltet werden und mit weniger Hürden erreichbar sein.

Das heißt, das muss sich einfach massiv ändern: Weniger Diskriminierung, mehr Ergebnisgleichheit [...]. Aber es muss auch mal passieren, dass Menschen aus der breiten Masse, wie ich, wie andere, wie meine Nachbarn, Zugang haben in diese Parteien, und sei es eben nur als Beraterfunktion, um zu sagen, so und so fühlt sich das für uns an.

(INT021, aktiv)

*Wenn ich so ganz konkrete Forderungen sagen soll auf institutioneller Ebene, wir brauchen unabhängige Antidiskriminierungsstellen. [...] ab einer bestimmten Anzahl an Einwohner*innen [...] und niedrigschwellig vor allem, mehrsprachig. Viele Menschen wissen gar nicht [...], was ihre Rechte sind, aber selbst wenn sie es wissen, die Durchsetzung davon ist so umständlich oder mit viel Aufwand verbunden, dass die Leute von vornherein sagen, ich mach mir gar nicht diese Mühe [...]. Aber ich finde, auch im privaten Bereich, also besonders Unternehmen ab einer gewissen Größe, müssen auch verpflichtet sein, [...] diskriminierungssensible Schulungen zu machen, öffentlicher Dienst sowieso.*

(INT010, aktiv)

Die Dringlichkeit solcher Schulungen und aufklärerischer Antidiskriminierungsarbeit wird auch damit belegt, dass Rassismuserfahrungen zum Teil schon in sehr jungen Jahren und auch in der Schule gemacht werden:

In der Schule, [...] auch da gab es auch immer so dumme rassistische [...], wurde man angegangen oder Stereotypen muss man sich anhören.

(INT016, aktiv)

Also ich habe auch teilweise Pädagogen da, Lehrer, die keinen blassen Schimmer [von Rassismus] haben und teilweise auch sehr diskriminierend sind, ob es absichtlich ist oder unabsichtlich, bewusst oder unbewusst, das ist egal.

(INT018, aktiv)

4.4.2 Mehrfachdiskriminierung

Einige Befragte weisen auf die **Intersektionalität von Diskriminierungserfahrungen** hin. Dabei wird auf Benachteiligung aufgrund von Geschlechtsidentitäten, der sexuellen Orientierung, der Religionszugehörigkeit, aber auch aufgrund ökonomischer Faktoren verwiesen.

Leute, die Diskriminierung und Rassismus [...] ausgesetzt sind, weil, oft tritt ja ein Rassismus nicht alleine auf, ist so oft auch noch Klassismus mit dabei, weil migrantische Menschen einfach aus strukturellen, institutionellen Gründen nicht so viel Macht und Reichtum ansammeln können.

(INT010, aktiv)

Sozioökonomische Faktoren

Der faktische Zugang zu politischer Bildung hängt mit dem sozioökonomischen Hintergrund zusammen. Dieser wird häufig als ausschlaggebender für eine politische Beteiligung oder auch nur das Interesse an Politik angesehen als das Alter (Böhm-Kasper 2006: 64-65; Weßels 2021: 380). Das politische Interesse gerade junger Menschen wird jedoch nicht ausreichend durch geeignete Teilungsanlässe und Gelegenheitsstrukturen mobilisiert. Bei der hier betrachteten Zielgruppe kommen beide Faktoren zusammen.

In den qualitativen Daten zeigt sich: **Sozioökonomische Ungleichheit und Benachteiligung** werden von vielen als Hindernisse für die politische Partizipation junger Menschen mit Zuwanderungsgeschichte wahrgenommen. Einige weisen darauf hin, dass zunächst bestimmte Grundbedürfnisse erfüllt sein müssten, bevor andere Bedürfnisse adressiert werden könnten – ein Punkt, der auch in der Forschung als wichtig herausgestellt wird (vgl. Maslowsche Bedürfnispyramide: Maslow 1943); Zeit und Geld werden als wichtige Ressourcen für politisches Engagement dargestellt. In den Interviews wird häufig darauf hingewiesen, dass der Zielgruppe aufgrund struktureller Ungleichheiten und ungerecht verteilter Privilegien grundsätzlich weniger davon zur Verfügung stehe, was ein politisches Engagement erschwere:

Da muss auch mehr divers sein, und das bedeutet mehr Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund, das bedeutet weniger soziale Pro-

bleme, weniger Sorgen um Geld. Also du [kannst] nicht so einfach jetzt sagen zu mir: Hey, du hast zwar kein Geld zu Hause, du hast kein Essen zu Hause, komm aber, engagiere dich bei uns. Das kannst du nicht!

(INT013, aktiv)

Hast du schon mal was von der Bedürfnispyramide gehört? [...] Und wenn man sich die jetzt vor Augen führt, ist ja die Spitze Selbstverwirklichung, aber um sich selbst zu verwirklichen, zum Beispiel in der Politik, muss ja vorher alles schon da sein, und ich glaube, [...] dass man vielleicht [...] als jemand mit Migrationshintergrund in Deutschland generell andere Probleme hat und gar nicht erst nach oben guckt, sich selbst verwirklichen, sondern sich eher damit beschäftigt: Ich muss erst mal hier akzeptiert werden, bevor ich groß denken kann und irgendwie da auf Politiker machen kann.

(INT022, nichtaktiv)

Der hohe Zeitaufwand bzw. die mangelnde Zeit für (mehr) Engagement ist für die Mehrheit ein Hindernis; einige wenige Nichtaktive nennen auch ein Missverhältnis zwischen dem Zeitaufwand für politisches Engagement und der fehlenden Bezahlung:

Aber bei mir ist es tatsächlich leider ein Zeitthema, dass ich nicht, halt wirklich gar keine Zeit habe, mich da mehr zu engagieren.

(INT026, nichtaktiv)

Also irgendwie, ich hatte so viel, musste neben der Ausbildung noch arbeiten, um irgendwie zu überleben, null Zeit für irgendwas gehabt, und das hat mich total abgeschreckt. Also, es war einfach klar, Politik steht jetzt hier ganz hinten an, und ja, und das ist dann eigentlich bis heute, also dass viel diese ehrenamtliche Arbeit ist und man sich halt richtig reinfuchsen muss und dafür sich natürlich sehr viel Zeit nehmen muss, dass dieser Zeitfaktor, der mich da leider echt abschreckt, was voll schade ist!

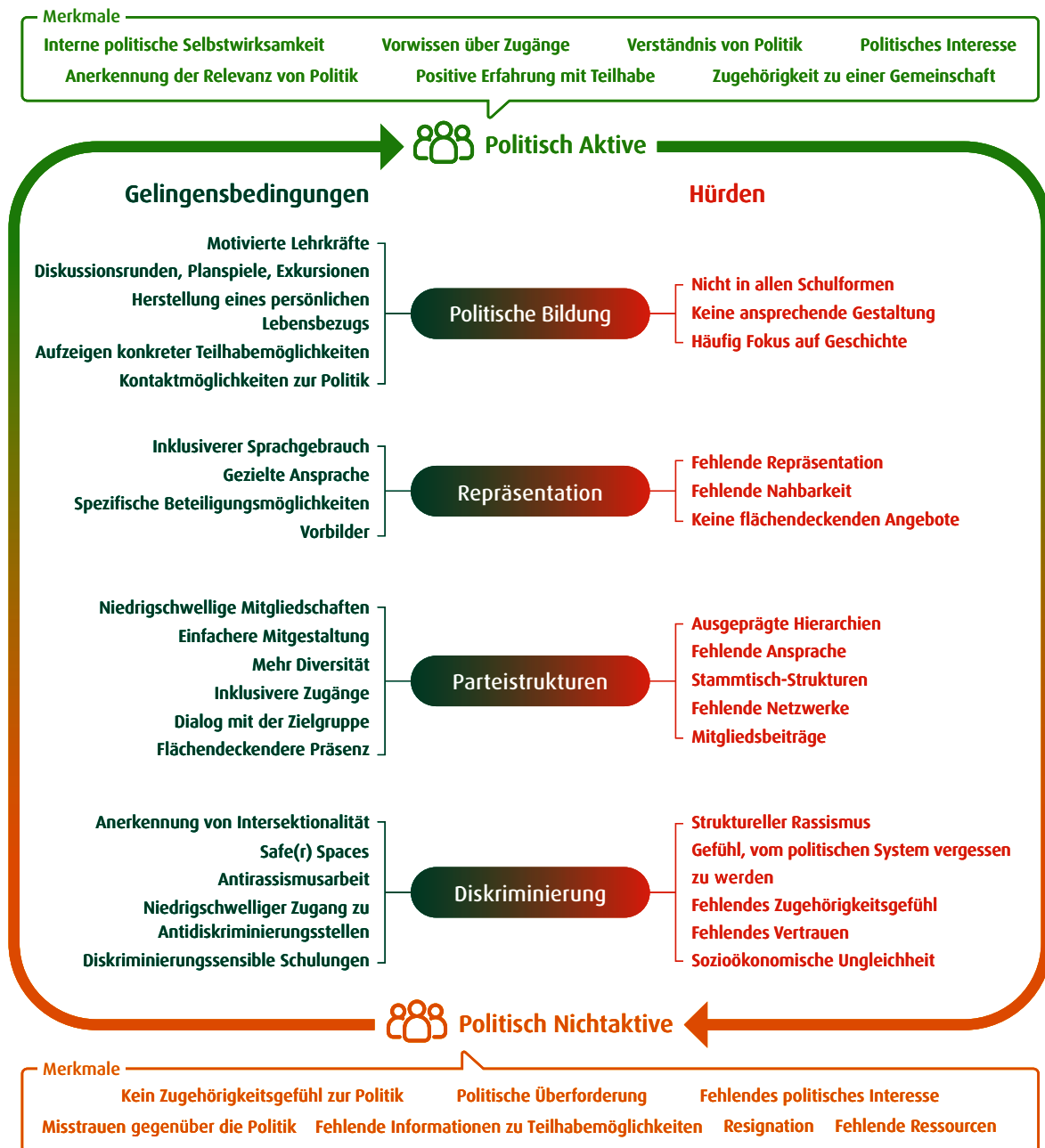
(INT025, überwiegend bei Demonstrationen und Petitionen aktiv)

4.5 Zwischenfazit: Breitere Zugänge zur Politik sind wichtig

Die quantitativen Daten zeigen, dass drei Hinderungsgründe für politische Partizipation von migrantisch

wahrgenommenen Menschen besonders häufig genannt werden: (1) Sie wissen nicht, an wen sie sich wenden sollen, wenn sie sich engagieren wollen; (2) sie kennen keine Menschen ‚wie sie‘, die sich politisch engagieren, und sie haben (3) Angst vor Diskriminie-

Abb. 9 Gelingensbedingungen und Hürden politischer Partizipation von jungen migrantisch wahrgenommenen Menschen



Quelle: wissenschaftlicher Stab des SVR/Deniz Keskin

rung, wenn sie sich engagieren. Hinderungsgründe sind also fehlende Kontakte, fehlende Repräsentation und Vorbilder sowie Angst vor Diskriminierung. Diese drei Aspekte werden besonders häufig von Befragten genannt, die grundsätzlich politisch interessiert sind. Diskriminierungsfreie Zugänge zum politischen Engagement für migrantisch wahrgenommene Menschen sollten hier ansetzen (Abb. 9 fasst die wichtigsten Ergebnisse grafisch zusammen).

Die qualitativen Interviews verdeutlichen, dass es eine wichtige Aufgabe der politischen Bildung ist, Lernenden gute Kenntnisse über politische Prozesse und konkrete Partizipationsmöglichkeiten sowie über die Themenvielfalt der Politik zu vermitteln und dabei auch einen Bezug zur Lebenswelt der Lernenden herzustellen, der die Bedeutung politischer Partizipation verdeutlicht. Auch wenn guter Politikunterricht in der Schule keine Garantie für eine spätere politische Partizipation ist, so eröffnet er doch, wenn er die oben genannten Grundlagen schulform- und bundeslandübergreifend vermittelt, die Möglichkeit, dass mehr Menschen über das politische System lernen, sich von ihm angesprochen fühlen und gegebenenfalls daran partizipieren. Von den Befragten wurden Formen des Politikunterrichts als besonders sinnvoll gesehen, die Politik lebensnah und spannend vermitteln können: etwa Exkursionen, Planspiele und Diskussionsveranstaltungen.

Einige Befragte schlagen vor, dem Problem des eingeschränkten Zugangs zur Politik zu begegnen, indem bestehende Angebote an Orten beworben werden, an denen sich junge Personen mit Zuwanderungsgeschichte häufig aufhalten, wie bestimmte Stadtteile, Jugendzentren und soziale Medien. Darüber hinaus wird gefordert, den Dialog zwischen Politik und Personen mit Zuwanderungsgeschichte durch gezielte Angebote zu fördern. Ebenso wünschen sich viele eine bessere Repräsentation junger migrantisch wahrgenommener Menschen. Diese könnte aus Sicht der Befragten durch Quoten, eigene Positionen für diese Bevölkerungsgruppe oder eine stärkere Sichtbarkeit von bereits aktiven jungen Menschen und Menschen mit Zuwanderungsgeschichte gefördert werden. Fehlende Zugänge und mangelnde Repräsentation werden häufig auch im Zusammenhang mit Parteien beklagt. Drei Vorschläge, wie dem entgegen-

gewirkt werden könnte, sind aus Sicht der Befragten: Präsenz der Parteien in sozialen Medien, in benachteiligten Stadtteilen und in Schulen. Gefordert werden offene Angebote, die ohne Parteimitgliedsbeiträge genutzt werden können und den Dialog mit migrantisch wahrgenommenen Menschen fördern. Zudem werden starke Hierarchien in den Parteien beklagt; Lösungsvorschläge sind niedrigschwellige, basisdemokratische Abstimmungen innerhalb der Parteien und vor allem Gespräche zwischen in Parteien aktiven Personen und jungen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte ohne Zugangsbarrieren.

Ein fehlendes Zugehörigkeitsgefühl zu Deutschland sowie Angst vor und Erfahrungen mit Rassismus und Diskriminierung hindern junge migrantisch wahrgenommene Menschen daran, sich aktiv politisch zu engagieren. Auch behindern sozioökonomische Nachteile die politische Partizipation von migrantisch wahrgenommenen Menschen. Wenn Rassismuserfahrungen und die Angst vor einem Rechtsruck gepaart sind mit einer hohen internen Selbstwirksamkeit, können sie jedoch auch zu einer politischen Partizipation führen. Daher ist eine politische Förderung wichtig, die das Selbstwirksamkeitserleben von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte stärkt. Im Zusammenhang mit Rassismus und Diskriminierung werden von den Teilnehmenden einige Forderungen formuliert: Es sollte mehr Projekte geben, die Safe(r) Spaces bieten, in denen sich Menschen mit Diskriminierungserfahrungen austauschen, gegenseitig unterstützen und gemeinsam politisch aktiv werden können. Darüber hinaus wird mehr Verständnis, Toleranz und Empathie gefordert, die u. a. durch Antidiskriminierungsarbeit, etwa in Form von diskriminierungssensiblen Trainings für Personen in Führungspositionen, erreicht werden könnten. Zudem sollten migrantisch wahrgenommene Menschen aktiv in die Gestaltung von politischer Arbeit und Projekten einbezogen werden, um ihre Perspektive zu berücksichtigen.

5 Handlungsempfehlungen

Migrantisch wahrgenommene Menschen sind in Deutschland seltener politisch aktiv als Menschen ohne Zuwanderungsgeschichte – besonders, wenn sie

selbst zugewandert sind.⁶⁰ Dies bezieht sich, wie in Kapitel 3.1 dargestellt, auf alle Formen der politischen Partizipation. Im Folgenden werden Handlungsoptionen entlang verschiedener Themenfelder aufgezeigt, die sich aus der Auswertung der quantitativen und qualitativen Daten ergeben: politische (Schul-) Bildung, Zugänge und Repräsentation sowie Antirassismus- und Antidiskriminierungsarbeit (Abb. 9). Ein abschließender Perspektivwechsel nimmt die Vorteile einer Diversifizierung der Politik durch eine stärkere Beteiligung junger Menschen mit Zuwanderungsgeschichte für die Politik selbst – und besonders für die Parteiendemokratie – in den Blick.

5.1 Politische Bildung fördern – in Schulen und darüber hinaus

Politische Bildung ist eine wichtige Ressource für politische Partizipation, da sie im Idealfall politische Kompetenz in Form von politischem Fachwissen, politischer Urteilsfähigkeit, politischer Handlungsfähigkeit und politischer Motivation vermittelt (Masling 2012: 24–28). Damit kann politische Bildung zu einer größeren internen politischen Selbstwirksamkeit führen, also das Gefühl verstärken, politische Prozesse zu verstehen und politisch etwas bewirken zu können (Rasmussen/Nøgaard 2018: 32–34). Die Studie hat gezeigt, dass ein Gefühl der internen politischen Selbstwirksamkeit zudem dazu verhelfen kann, Unzufriedenheit mit der aktuellen Politik nicht einfach hinzunehmen, sondern motiviert daran zu arbeiten, sie mitzugestalten und Veränderungen voranzutreiben. Um interne politische Selbstwirksamkeit umfassend herzustellen, ist eine qualitativ hochwertige politische Bildung entscheidend, aber noch nicht gegeben.

Politische Schulbildung an allen Schulen und ab dem Grundschulalter

Bei der politischen Bildung ausschließlich auf die Eigeninitiative von jungen Menschen zu setzen, greift

zu kurz. Denn an Projekten, die Freiwilligkeit voraussetzen, nehmen vor allem diejenigen teil, die sich ohnehin zumindest für politische Themen oder gar politische Beteiligung interessieren – und hier ist häufig der sozioökonomische familiäre Hintergrund und die Bildung der Eltern ein begünstigender Faktor. Trotz der wichtigen Aufgabe der Schule umfasst politische Bildung in den meisten Lehrplänen – wenn überhaupt – nur eine geringe Wochenstundenzahl (Gökbudak/Hedtke/Hagedorn 2022). Hier gilt es anzusetzen, sodass Politikunterricht unabhängig von der Schulform in allen Bundesländern und von klein auf verpflichtend angeboten wird. Denn da bereits Kinder im Grundschulalter über politisches Verständnis verfügen (Asal/Burth 2016: 11–13) und frühe Demokratiebildung zu Selbstwirksamkeitserfahrungen führen kann – eine wichtige Voraussetzung für erfolgreiche politische Partizipation (Durand/Birnbacher 2021: 15), sollte demokratiepolitische Bildung bereits im Kindesalter altersangemessen gefördert werden. Damit kommt die Studie zu ähnlichen Schlussfolgerungen wie andere wissenschaftliche Studien, empfiehlt aber ergänzend eine Ausweitung auf die Grundschulen.⁶¹

Die unterschiedliche Qualität der politischen Bildung in den weiterführenden Schulformen könnte etwas ausgeglichen werden, wenn politische Bildung bereits in den Grundschulen stattfindet (Übelhack 2019: 76–77). Auch der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuungsangebote an Grundschulen und ihre zunehmende Inanspruchnahme könnten genutzt werden, um politische Demokratiebildung ab dem frühen Kindesalter zu fördern (DJI 2023). Dies käme – zumindest in Westdeutschland – auch Kindern mit Migrationshintergrund zugute, da sie häufiger Ganztagsgrundschulen besuchen als Kinder ohne Migrationshintergrund (Marcus/Nemitz/Spieß 2013: 20–21). Allerdings gibt es derzeit nur in 13 Prozent der Ganztagsgrundschulen außerunterrichtliche Angebote zu Politik, Geschichte und Heimatkunde, die praxisnahes Handlungswissen und politische und demokratische Bildung vermitteln

⁶⁰ Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit sind von der Teilnahme an Wahlen in Deutschland ausgeschlossen (Info-Box 2). Allerdings wählen auch wahlberechtigte migrantisch wahrgenommene Menschen seltener als Menschen ohne Zuwanderungsgeschichte.

⁶¹ So wird von der Wissenschaft gefordert, politische Bildung an allen Schulformen durchgehend ab Sekundarstufe I in den Lehrplänen zu verankern (Universität Bielefeld 2022). Denn es bestehe eine Wechselwirkung zwischen politischem Wissen, politischem Interesse und politischer Partizipation (Girnius 2023).

(Guglhör-Rudan et al. 2021: 20–22). **Hier sind Kultusministerien sowie pädagogisches Personal gefragt, Kooperationen zwischen Schulen und außerschulischen politischen Bildungsträgern zu verstärken; dies kann dazu beitragen, das Angebot politischer Bildung an Ganztagsgrundschulen zu erweitern. Entscheidend ist aber auch, politische Bildung in allen weiterführenden Schulformen verbindlich zu verankern** (vgl. BMFSFJ 2024a: 503–504). Denn gerade Menschen mit Migrationshintergrund besuchen überdurchschnittlich häufig Schulformen, in denen politische Bildung seltener vermittelt wird (Achour/Wagner 2019: 49–56; SVR 2024a: 97).⁶²

Darüber hinaus sollte der Politikunterricht mindestens ab der Sekundarstufe I verschiedene Themen aufgreifen, die über die formale Demokratiebildung und die demokratischen Grundwerte in Deutschland hinausgehen. Denn gute politische Bildung sollte mindestens drei Kompetenzen vermitteln: zu analysieren, zu urteilen und zu handeln (Achour/Wagner 2019: 31–32). Insbesondere die dritte Komponente wird im Politikunterricht oft nicht ausreichend abgedeckt (Achour/Wagner 2019: 66–69). Die qualitativen Interviews haben gezeigt, dass Nichtaktive davon ausgehen, dass hohe Hürden für politische Partizipation bestehen; **leicht zugängliche Beteiligungsmöglichkeiten werden oft nicht als solche erkannt. Daher sind Lehrkräfte gefragt, im Politikunterricht oder in Projektwochen auch lokale oder kommunale Partizipationsmöglichkeiten an konkreten Beispielen aufzuzeigen, die Einflussmöglichkeiten greifbar machen.** So ist beispielsweise bei städtebaulichen Projekten eine Beteiligung der Öffentlichkeit gesetzlich vorgeschrieben, sollte aber deutlicher beworben und auch für junge Menschen attraktiv gestaltet werden (Jugendgerecht.de 2023).⁶³ Bereits im Grundschulalter könnte im Klassenverband gemein-

sam mit den Lehrkräften ein Gestaltungsvorschlag z. B. für Verbesserungen entlang des Schulwegs erarbeitet werden, der anschließend an eingeladene örtliche politische Vertretungen herangetragen wird. So bekommen Kinder früh ein Gefühl dafür, wie politische Abläufe funktionieren, und erfahren – wenn diese Vorschläge auch berücksichtigt werden – früh politische Selbstwirksamkeit.

Aus den für die Studie geführten Interviews geht zudem hervor, dass einige Personen zwar eine formale politische Bildung genossen haben; was sie aber besonders angesprochen und begeistert hat bzw. hätte, sind praktische Erfahrungen, die politisches Urteilen und Handeln näherbringen. **Um Politik als etwas Greifbares darzustellen, sollten Diskussionsveranstaltungen, Planspiele und Exkursionen in den Unterricht integriert und verpflichtend angeboten werden.** Auch Gesprächsrunden mit (jungen) Vertreterinnen und Vertretern verschiedener örtlicher Parteien oder von Interessensvertretungen könnten ein Weg sein; hierbei ist allerdings von zentraler Bedeutung, dass die geltenden und bewährten Grundsätze für politische Bildung an Schulen beachtet und nicht verletzt werden.⁶⁴ Dadurch würde an konkreten Vorbildern gezeigt, dass auch junge Menschen (ggf. mit Zuwanderungsgeschichte) in die (Partei-)Politik gehen können; zudem könnten Kontakte geknüpft werden (vgl. Bergmann/Çelik/Wüst 2024: 107). Auch sollten verschiedenste Themen Eingang in den Politikunterricht finden und die Vielfalt politischer Themen sollte aufgezeigt werden. Dies könnte dazu führen, dass sich mehr junge Menschen politisch engagieren wollen. Denn die Erkenntnis, dass es bei Politik nicht nur um Herrschaftsverhältnisse geht, sondern jede Lebenswirklichkeit mit Politik in Berührung kommt, diese also für die Ausgestaltung von Schulen, Schwimmbädern, Quartieren und allen möglichen Lebensberei-

62 Neben der flächendeckenden Eingliederung von politischer Bildung an allen Schulformen muss auch an der Tatsache gearbeitet werden, dass Menschen mit Migrationshintergrund häufig an Schulformen unterrichtet werden, in denen ihre Kompetenzen nicht voll ausgeschöpft werden (vgl. Lokhande/Grießig 2021: 34–37; SVR 2024a: 96–97).

63 Verschiedenste Projekte zur Einbindung von Kindern und Jugendlichen in die Gestaltung städtischer und öffentlicher Räume werden bereits in vielen Kommunen und Gemeinden umgesetzt. Eine Zusammenstellung solcher Möglichkeiten findet sich hier: https://www.bjr.de/fileadmin/redaktion/7_Service/Publikationen/2016-AH-Mitwirkung-und-Beteiligung.pdf (30.10.2024). Darüber hinaus gibt es bundesweite Initiativen, die sich dafür einsetzen, Projekte dieser Art flächendeckend anzubieten und erfolgreiche Beispiele und Informationen für Kommunen zugänglicher zu machen (BBSR 2016; Deutscher Bundestag 2021).

64 Der sog. Beutelsbacher Konsens formuliert hierfür den Rahmen: Es darf keine Indoktrination stattfinden, kontroverse Positionen in Wissenschaft und Politik müssen beachtet und Lernende befähigt werden, ihre eigenen Interessen herauszuarbeiten; vgl. <https://www.bpb.de/die-bpb/ueber-uns/auftrag/51310/beutelsbacher-konsens/> (01.10.2024).

chen relevant ist, kann zu Engagement führen, wenn ein Gefühl der Selbstwirksamkeit vorhanden ist.

Politikunterricht wurde in den geführten Interviews als stark von der Lehrkraft abhängig dargestellt; motivierte Lehrkräfte seien durchaus in der Lage, Lernende für Politik zu begeistern. **Fortbildungsangebote für Lehrkräfte zu Demokratiebildung, anschaulichem Politikunterricht sowie diskriminierungssensiblen Umgang mit Menschen mit Zuwanderungsgeschichte können sie dabei stärken, die Jugendlichen zu erreichen und adäquate politische Bildung in sicheren Räumen zu vermitteln.** Derzeit erhalten jedoch nur wenige Lehrkräfte ein solches Fortbildungsangebot (Schneider/Gerold 2018: 35–40). Zum einen sollten diese Angebote daher ausgeweitet werden. Zum anderen könnten, einem Vorschlag aus Norwegen folgend, Lernende bis zu zehn Tage im Jahr vom Unterricht freigestellt werden, wenn sie in dieser Zeit an politischen Veranstaltungen, Jugendparlamenten oder Workshops zur politischen Bildung teilnehmen (Godli 2015: 165). Dies könnte auch Kindern und Jugendlichen ohne motivierte und selbstwirksamkeitserprobte Lehrkräfte eine Chance bieten, an interessanten Lernformaten teilzunehmen. Voraussetzung dafür ist eine adäquate und ansprechende Bekanntmachung in allen Schulformen, damit nicht nur Kinder aus bildungsnahen Elternhäusern solche Angebote wahrnehmen. Auch können Projekttage oder -wochen ein solches zusätzliches Angebot für alle Lernenden in der Schule umfassen.

Politisches Handeln kann zudem durch praktische Anwendung erprobt werden, indem Schule als Institution demokratisch und partizipativ gestaltet wird. So können Lernende durch die Wahl von Schul- und Klassensprechenden oder -räten erleben, dass sie ihren Schulalltag mitgestalten können, was es bedeutet, verschiedene Interessen zu berücksichtigen, und wie Kompromisse ausgehandelt werden können.⁶⁵ Die Auswirkungen ihres Handelns werden

so sichtbar und diejenigen, die als Vertretung in bestimmte schulische Gremien gewählt wurden, übernehmen Verantwortung für die Dinge, die dort entschieden und diskutiert werden (zur Wichtigkeit der sichtbaren Wirkung des eigenen Handelns s. BMFSFJ 2024a: 177).

All dies sollte in einem Kontext stattfinden, in dem sich junge Menschen mit Zuwanderungsgeschichte wie auch alle übrigen Lernenden sicher und gehört fühlen; dies erfordert Maßnahmen, die das Vertrauen zwischen Lehrenden und Lernenden insgesamt stärken. Nur dann kann die Schule als ein sicherer Ort wahrgenommen werden, an dem sich alle Jugendlichen frei entfalten können. Ein möglicher Ansatzpunkt wäre die Erarbeitung eines Verhaltenskodex im Klassen- oder Schulverband, der festlegt, wie im Unterricht sicher kommuniziert und mit bestimmten Themen umgegangen werden kann.

Förderung politischer Teilhabe in der außerschulischen Jugendarbeit

Eine Heranführung an politische Partizipation kann auch in sozialpädagogischen Einrichtungen jenseits der Schule geschehen. Die Landschaft politischer Jugendbildung ist vielfältig und findet z. B. in Jugendzentren, Jugendverbänden oder Jugendvereinen statt. Jugendzentren, -klubs oder -treffs sind Einrichtungen, in denen offene Jugendarbeit geleistet wird. Die Förderung von Jugendzentren wird durch Jugendhilfeausschüsse in Gemeinden festgelegt; meist werden sie kommunal, kirchlich oder von Wohlfahrtsverbänden finanziert. Jugendliche in Jugendzentren schließen sich zum Teil zu Jugendverbänden oder -ringen zusammen.⁶⁶ Diese selbst organisierten Zusammenschlüsse verstehen sich als „Werkstätten der Demokratie“ (Landesjugendring NRW 2022: 21). Durch § 12 SGB VIII⁶⁷ ist ihre politische Förderung gesetzlich verankert, die Verantwortung für ihre Finanzierung ist allerdings nicht festgelegt. Jugendvereine sind eigenständige Organisationen und können u. a. durch Stiftungen, Bundes-

⁶⁵ In allen 16 Bundesländern ist außerdem eine Landesschülervertretung gesetzlich vorgeschrieben. Auf Bundesebene haben sich darüber hinaus 13 Landesschülervertretungen zur Bundesschülerkonferenz zusammengeschlossen, die die überregionale Zusammenarbeit stärken möchte.

⁶⁶ Jugendverbände entstehen auch durch andere Arten von Zusammenschlüssen und sind nicht zwingend mit Jugendzentren assoziiert.

⁶⁷ Achten Buch Sozialgesetzbuch – Kinder- und Jugendhilfe.

fördergelder, Mitgliedsbeiträge oder Spenden finanziert werden. **Die Finanzierung dieser Formen der außerschulischen Jugendarbeit ist also unterschiedlich und nicht in allen Fällen dauerhaft gesichert.**

Neben finanziellen Ressourcen müssen Sozialarbeitende auch selbst über politisches Wissen verfügen, um mit verantwortlichen Einrichtungen, Verbänden und Fachkundigen der politischen Bildung kooperieren zu können (Becker 2023: 25; 28). Jugendarbeit kann so gestaltet werden, dass Jugendliche mit politischen Prozessen in Berührung kommen. So können sie erfahren, dass sie Einfluss auf die Gestaltung von Angeboten und das soziale Miteinander in Einrichtungen der Jugendarbeit haben und diese auch in die Öffentlichkeit tragen können (AGJ 2017: 4). **Um das politische Selbstwirksamkeitserleben von Jugendlichen zu fördern, könnten Orte der Jugendarbeit den Kontakt zu politischen Entscheidungstragenden beispielsweise im Gemeinderat oder Landesparlament suchen, um den Austausch zwischen den politisch Aktiven und den Jugendlichen zu fördern. Hier könnten auch Themen zur Sprache kommen, die den jungen Menschen wichtig sind – dies sollte so geschehen, dass die Jugendlichen das Gefühl haben, tatsächlich gehört zu werden und ihre Interessen aufgegriffen werden.** Natürlich müssen auch hier die geltenden Grundlagen für politische Bildung berücksichtigt werden (s. Fußnote 64).

Praktische Tätigkeiten in der Jugendarbeit bieten Jugendlichen zudem die Möglichkeit, sich in bestimmten Feldern auszuprobieren. In Jugendzentren und anderen Vereinen kann beispielsweise eine ‚Verfassung‘ erarbeitet, eine Vertretung gewählt und eine Vollversammlung abgehalten werden (Becker 2023: 13) – so ist eine Einübung zentraler partizipativer Elemente und Prozesse möglich. **Wenn die Jugendarbeit ihre Angebote so bewirbt, dass junge Menschen mit ganz unterschiedlichen Hintergründen sie wahrnehmen können und wollen** (AGJ 2017: 10), kann sie junge Menschen an die Arbeitsweise sowie an Inhalte und Themen der Politik heranführen. Erfahrungen mit verschiedenen Themen und Tätigkeiten können darüber hinaus hilfreiche Einblicke für die Berufswahl und Karriere bieten sowie Soft Skills vermitteln. Insbesondere Letzteres wurde in den Interviews als erfahrener Mehrwert politischer Partizipation genannt.

Entscheidend ist auch, ein entsprechendes **Weiterbildungsangebot zu schaffen, das ohne Sprachbarrieren auch bildungsbenachteiligte Menschen und Menschen mit eigener Migrationserfahrung anspricht.** So hat beispielsweise ein Modellprojekt in Niedersachsen gezeigt, dass Projekte, die mit benachteiligten Jugendlichen mit Migrationshintergrund arbeiten, teilweise mehr Zeit benötigen (Hilkert/Kleemann 2015: 64–66). Um dieser Bevölkerungsgruppe, die häufig bereits negative Lernerfahrungen gemacht hat, politische Bildung adäquat zu vermitteln, bedarf es einer **guten Beziehungsarbeit zwischen den Projektverantwortlichen und den Jugendlichen.** So kann die **Jugendsozialarbeit auch einen Ansatzpunkt für den Aufbau einer Community oder Gemeinschaft bieten** – ob diese migrantisch ist oder andere verbindende Elemente aufweist, ist dabei zunächst weniger wichtig –, **die für positive Partizipationserfahrungen bedeutend ist.** Diese kann dann gemeinsam aktiv werden und sich für eine konkrete Verbesserung einsetzen. Hier können Jugendverbände eine Rolle spielen, die das Peer-to-Peer-Lernen junger Menschen fördern. Dabei ist zu beachten, dass Spaß an der Beteiligung und Relevanz für das eigene Leben zu einer höheren Wahrscheinlichkeit der weiteren Teilnahme führen (Hilkert/Kleemann 2015: 64–66). Besonders wichtig bei der Umsetzung erfolgreicher Projekte für eine marginalisierte Zielgruppe ist es, Zwischenziele zu planen und diese klar zu kommunizieren. **Dieses übersichtliche Vorgehen bei der Erarbeitung der einzelnen Schritte kann u. a. dabei helfen, eine höhere Verbindlichkeit herzustellen.**

Politische Bildung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe
Neben der politischen Bildung in der Schule und der Jugendarbeit ist politische Bildung auch eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. So müssen über die Schule und die Jugendarbeit hinaus Angebote geschaffen werden, die Menschen aller Altersgruppen, sozialer Milieus und mit oder ohne Zuwanderungsgeschichte ansprechen und zur politischen Partizipation befähigen und motivieren. Hier sind beispielsweise Sport- oder Musikvereine, Migrant*innenorganisationen und Gewerkschaften ebenso gefordert wie sonstige Organisationen der Zivilgesellschaft, wie Medien und

Politik. Dies setzt ein Verständnis für diese unterschiedlichen Hintergründe voraus. Zudem sind auch weiterhin die etablierten Strukturen der politischen Bildung von zentraler Bedeutung.⁶⁸

Politische Entscheidungen müssen für Jugendliche und junge Menschen verständlich erklärt werden, Jugendliche sollten aber auch auf kleinräumiger Ebene, z. B. in der Jugendarbeit, in Entscheidungsprozesse eingebunden werden (Becker 2023: 12–13). Sprachbarrieren können die Erreichbarkeit diverser und bisher durch die Politik eher benachteiligter Gruppen erschweren. Wenn politisch tätige Personen an einem Austausch mit jungen Menschen aus vielfältigen Kontexten interessiert sind, sollten sie beachten, dass ihre Sprache von allen Menschen verstanden wird (oder sie zumindest verständlich übersetzt wird). Zudem sollten unabhängige und überparteiliche Projekte wie Politik zum Anfassen breit beworben werden. Das Projekt hat zum Ziel, durch niedrigschwellige Angebote – eine App, ein kommunalpolitisches Planspiel zur Jugendbeteiligung und eine Demokratiewerkstätte – eine einfache und unkomplizierte Beteiligung an Politik zu fördern. Auch die Bundeszentrale für politische Bildung stellt entsprechende Planspiele für die Beteiligung von Jugendlichen zur Verfügung, die von interessierten Einrichtungen genutzt werden können.

Die hier vorliegenden Interviews haben gezeigt, dass soziale Medien von fast allen Teilnehmenden als politische Informationsquellen genutzt werden. Damit sind **soziale Medien und Quellen im Internet wichtige Anlaufstellen für die junge Generation, um sich mit politischen Inhalten auseinanderzusetzen**.⁶⁹ Allerdings sind Kinder und Jugendliche aus bildungsbenachteiligten Haushalten auch online schwerer zu erreichen. Die Bundeszentrale für politische Bildung konstatiert jedoch, dass auch Jugendliche aus diesen Haushalten über Computerkompetenzen verfügen, die besser identifiziert werden müssten, um ein entsprechendes Angebot auch an diese Bevölkerungsgruppe richten zu kön-

nen (Herbold 2021: 13). **In Zukunft wird sich die politische Bildung also der Herausforderung stellen müssen, Medienbildung auch für Jugendliche mit niedrigem Bildungsstand anzubieten und diese zu erreichen.** Die Bundeszentrale für politische Bildung bietet beispielsweise eine Plattform an, die junge Menschen aus bildungsbenachteiligten Familien, die bisher kaum mit politischer Bildung in Berührung gekommen sind, dazu ausbildet, selbst politische Bildung zu vermitteln und Netzwerke aufzubauen (Das Netzwerk Verstärker). In diesem Netzwerk sollen ein fachlicher Austausch zum Thema politische Jugendbildung stattfinden und niedrigschwellige Bildungsformate entwickelt werden, die möglichst viele Menschen erreichen. **So sollen junge Menschen, die der Demokratie oder der aktuellen Politik in Deutschland skeptisch gegenüberstehen, an Bildungsangebote herangeführt werden, um ihr Misstrauen abbauen zu können.**

Zur Medienkompetenz gehört auch, zu lernen, Gelesenes und Gesehenes kritisch zu hinterfragen und nicht alles uneingeschränkt zu glauben und weiterzuerweitern. Denn sogenannte Fake News finden immer häufiger ihren Weg zu den Internetnutzenden (Destatis 2023c); dies sehen auch die Befragten in den qualitativen Interviews als großes Problem. Auch hierzu bietet die Bundeszentrale für politische Bildung Informationen an, z. B. über Fake Train und UnFAKE. Diese Angebote sollten aber nicht nur Interessierten im Netz zur Verfügung stehen, sondern müssen auch Menschen erreichen, die sich bisher nicht mit Medienkompetenz auseinandergesetzt haben. Zu den von der Bundeszentrale für politische Bildung produzierten Videos gibt es daher auch **didaktisches Begleitmaterial für den Unterricht** (Herbold 2021: 11–12). **Dieses sollte von Schulen sowie verantwortlichen Einrichtungen außerschulischer Bildungsangebote, Jugendorganisationen und anderen Einrichtungen der Jugendarbeit genutzt werden, um kritische Medienbildung zu vermitteln und über Fake News aufzuklären.**

68 Hierfür ist eine belastbare Finanzierung (etwa für die Bundeszentrale für politische Bildung im Rahmen des Bundeshaushalts) wichtig.

69 Von jungen Menschen werden vor allem Instagram und TikTok genutzt; Facebook und andere Netzwerke spielen eine kleinere Rolle (Koch 2023: 3).

Auch wenn die Erlangung von Medienkompetenz nicht direkt oder ausschließlich politische Bildung ist, ist sie doch ein wichtiges Werkzeug, um sich selbstständig politisch fortzubilden und sich eine differenzierte Meinung über das politische Geschehen zu bilden – sie kann zur informellen politischen Bildung beitragen (Gill et al. 2020: 31). Auch die Fähigkeit, Informationen zu finden, einzuordnen und zu bewerten, ist ein wesentlicher Faktor politischer Bildung (Gill et al. 2020: 4–5). Insgesamt ist eine gute Medienkompetenz ein wichtiger Schritt hin zu einer informierten politischen Partizipation.

5.2 Zugänge schaffen für mehr Repräsentation

Weder Menschen mit Migrationshintergrund noch junge Menschen, Frauen,⁷⁰ von Armut betroffene Menschen⁷¹ oder Menschen mit niedrigem Bildungsniveau – oder Menschen, die diese Merkmale in sich vereinen – sind im 20. Bundestag ihrem Anteil an der Bevölkerung entsprechend vertreten (Deutscher Bundestag 2022; Destatis 2024a; Mediendienst Integration 2021). Mittlerweile haben acht Landesregierungen Teilhabe- und Partizipationsgesetze verabschiedet,⁷² um die politische Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund zu stärken.⁷³ Die Förderung von Partizipation soll nach diesen Gesetzen vor allem über Einbürgerungen und die damit verbundenen Möglichkeiten zur elektoralen Teilhabe erfolgen (Schupp/Wohlfarth 2022: 70–73);⁷⁴ lediglich das Gesetz in Nordrhein-Westfalen „verpflichtet das Land, die politische

Teilhabe von Menschen mit Einwanderungsgeschichte zu fördern“ (SVR 2024a: 216). Das 2024 verabschiedete Jugendbeteiligungs- und Vielfaltsgesetz in Mecklenburg-Vorpommern hat insofern Vorbildcharakter, als es auch merkmalsübergreifende Verschränkungen einbezieht und die Teilhabe verschiedener Gruppen in den Blick nimmt: So sollen die kommunalen Beiräte für Integration und Migration die Vielfalt der von ihnen vertretenen Menschen widerspiegeln (SVR 2024b: 2).⁷⁵ Positiv hervorzuheben ist zudem, dass die verpflichtende Einrichtung dieser Beiräte auf Landes- und Kommunalebene vorgesehen ist (dies ist auch in weiteren Bundesländern der Fall; SVR 2024b: 6–7).

Auch wenn damit gesetzlich in einigen Bundesländern bereits Maßnahmen für eine verbesserte politische Teilhabe ergriffen wurden, artikulieren viele der befragten jungen migrantisch wahrgenommenen Menschen ein Gefühl mangelnder Partizipationsmöglichkeit und fehlender Repräsentation. Auch bereits politisch Aktive nennen fehlende Vorbilder und mangelnde Repräsentation als Faktoren, die ihre Partizipationsmöglichkeiten im politischen System einschränken. Ein Grund für die erschwerte Teilnahme von jungen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte ist, dass sie nicht von klein auf in bestimmten Kreisen verkehren oder Verwandte und Bekannte haben, die Kontakte zu politisch Verantwortlichen herstellen können; auch erreichen kostenpflichtige Projekte nicht alle Menschen gleichermaßen (Hilkert/Kleemann 2015: 74; vgl. auch BMFSFJ 2024a: 176). Repräsentanz ist jedoch wichtig, da ohne sie die Interessen von Gruppen,

70 Sexistische Diskriminierung wird vereinzelt als größeres strukturelles Hindernis für politische Teilhabe wahrgenommen als Rassismus (Bergmann/Çelik/Wüst 2024: 59–62, 76).

71 Die Bundeszentrale für politische Bildung veranstaltet den Ideenwettbewerb Demokratie stärken, bei dem Videos zur Bundestagswahl 2025 erstellt werden sollen, die besonders junge, von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffene Menschen ansprechen.

72 Auch wenn die rechtliche Durchsetzung von Partizipationsgesetzen schwierig ist, haben sie eine wichtige symbolische Wirkungskraft (Schupp/Wohlfarth 2022: 27; SVR 2024a: 215–216).

73 Partizipations- und Teilhabegesetze gibt es (gereiht nach Datum der Erstverabschiedung) in Berlin, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Bayern, Schleswig-Holstein und Hessen. 2024 wurden zudem in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen entsprechende Gesetze verabschiedet – und damit erstmals auch in ostdeutschen Flächenländern (Mecklenburg-Vorpommern Ministerium für Soziales, Gesundheit und Sport 2024; Schupp/Wohlfarth 2022: 6). Das Integrationsgesetz in Bayern geht überwiegend auf eine Pflicht für Zugewanderte zur Integration ein und unterscheidet sich damit von den anderen Gesetzen (Schupp/Wohlfarth 2022: 6).

74 Ende Juni 2024 ist das Staatsangehörigkeitsrecht in seiner reformierten Form in Kraft getreten. Dieses hat u.a. zum Ziel, durch schnellere Einbürgerung und doppelte Staatsangehörigkeit die elektorale Partizipation von Eingewanderten und ihren Nachkommen zu erleichtern (SVR 2024a: 194–195). Allerdings wird auch darauf hingewiesen, dass das neue Staatsangehörigkeitsgesetz die Behörden überlasten könnte und somit unter Umständen zunächst zwar rechtliche, aber weniger spürbare praktische Änderungen bewirkt (SVR 2024a: 209–211).

75 So sollen Frauen, ältere Menschen, Kinder und Jugendliche sowie Menschen mit Behinderungen, die eine Einwanderungsgeschichte haben, vertreten sein (SVR 2024b: 2).

die nicht adäquat in Bundes- und Landtagen oder den Stadt- und Gemeinderäten vertreten sind, unberücksichtigt bleiben können. Teil einer erfolgreichen Integrationspolitik kann es daher sein, jungen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte auf verschiedenen Wegen Zugänge zur Politik zu eröffnen.

Mit niedrighschwelliger Projektwerbung alle erreichen Jugendliche mit Zuwanderungsgeschichte wachsen häufig ferner zur Bundespolitik auf als Jugendliche ohne Zuwanderungsgeschichte.⁷⁶ Besuchen sie zudem eine Schule, die kein Gymnasium ist, ist auch ihre politische Schulbildung geringer (s. Kap. 2.2); dies kann Verunsicherung und Verdrossenheit hervorrufen (Albert et al. 2024: 19–20). Wenn weder im Elternhaus noch in der Schule eine Nähe zur Politik hergestellt werden kann, sollten Projekte, die dazu befähigen, sich (lokal-)politisch zu beteiligen, gerade diese jungen Menschen erreichen. Um Projekte zur politischen Beteiligung für alle sichtbar und zugänglich zu machen, müssen sie niedrighschwellig beworben werden. Ein Vorschlag, der sich aus den Interviews für diese Studie ergibt, ist die **Organisation von Stadt(teil)festen, die sich gezielt an junge Menschen richten**. Diese Stadtfeste sollten vor allem in Stadtteilen oder an Orten angeboten werden, wo mehrheitlich benachteiligte Menschen leben. Dort sollte ein mehrsprachiges Angebot bereitgehalten werden. **Parteien der Kommunalpolitik könnten ihre Arbeit und ihre Ziele vorstellen, aufzeigen, wie man sich in ihre Arbeit einbringen kann, und mit den Jugendlichen ins Gespräch kommen**. Hier könnte eine Nähe hergestellt werden, wenn z. B. konkrete Vorbilder zeigen, dass auch junge Menschen mit Zuwanderungsgeschichte Parteimitglieder werden können; auch könnten so erste Kontakte geknüpft werden. **Wenn auf verschiedenen Wegen nahbare Zugänge zu den Parteien geschaffen werden, kann eine bessere Repräsentation unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen entstehen. Auch könnten im Kontext solcher Stadtteilaktivitäten Projekte der politischen Bildung beworben werden, um auch junge Menschen mit Zuwande-**

rungsgeschichte an sie heranzuführen. Projektverantwortliche können ihre Arbeit und Projektideen vorstellen und so eine Mitarbeit anschaulich und attraktiv machen. Eine diverse Zusammensetzung der Projektteams kann helfen, Jugendliche mit unterschiedlichen Hintergründen gezielter anzusprechen.

Ähnlich wird im Zwischenbericht zu ‚Demokratie leben!‘ **eine verstärkte Zusammenarbeit von Projekten der politischen Bildung mit Neuen Deutschen Organisationen (ndo) und migrantischen (Selbst-) Organisationen** gefordert, um Vielfalt im Sinne des Migrationshintergrunds fördern zu können (Jütz et al. 2023: 56). Auch könnte eine Zusammenarbeit mit der **djo – Deutsche Jugend in Europa**, einem Jugendverband, der insbesondere Selbstorganisationen von Zugewanderten vertritt, zielführend sein. Darüber hinaus kann die Öffentlichkeitsarbeit für politische Bildungsprojekte Briefkastenwurfsendungen umfassen (Jütz et al. 2023: 55), die auch in ländlichen Regionen und benachteiligten Stadtteilen ankommen. Projektträger könnten **durch Kooperationen mit Organisationen und Personen außerhalb der Projekte gezielt weitere Gruppen erreichen und ansprechen**. Dies können Schlüsselpersonen der Jugendarbeit in ländlichen Regionen und in Stadtteilen mit einer vielfältigen Wohnbevölkerung sein, aber auch junge Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, die selbst geschult werden, bestimmtes Wissen an ihre Peer-group weiterzugeben (Jütz et al. 2023: 55–56). Auch über Schulen und gezielte Ansprache in sozialen Netzwerken oder über E-Mail-Verteiler kann der Kreis der angesprochenen Personen ausgeweitet werden. Bei der Kommunikation über soziale Medien ist es wichtig, die Plattformen gut auszuwählen: Unter 30-Jährige nutzen vor allem Instagram und TikTok, Facebook hingegen weniger (Koch 2023: 3).

Vielfalt fördern und Vorbilder sichtbar machen

Auch wenn die Repräsentation von jungen Menschen und Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in den politischen Gremien in Deutschland unzureichend ist, gibt es bereits Menschen im Bundestag, in den Lan-

⁷⁶ Junge Menschen mit Zuwanderungsgeschichte können durchaus politiknah aufwachsen; der Schwerpunkt des politischen Interesses kann aber auf der Politik außerhalb Deutschlands liegen. In den qualitativen Interviews wurde deutlich, dass sich einige in der Familie vor allem mit der politischen Situation im Herkunftsland (der Eltern) auseinandersetzen.

des- und Kommunalparlamenten, die jung sind, eine Zuwanderungsgeschichte haben oder beides. Sie sollten von ihren Parteien aktiv gefördert und ermuntert werden, bei entsprechendem Interesse Führungspositionen zu übernehmen, auch um mehr Sichtbarkeit in der Bevölkerung zu erlangen (vgl. BMFSFJ 2024a: 177). **Mehr Sichtbarkeit bei jungen migrantisch wahrgenommenen Menschen könnte auch dadurch erreicht werden, dass politisch Verantwortliche mit Zuwanderungsgeschichte spezifische Mentoring-Programme anbieten. Aber auch politisch Aktive ohne Zuwanderungsgeschichte sollten mitverantwortlich dafür sein, Menschen mit Zuwanderungsgeschichte den Zugang zur Politik zu erleichtern.** Auch sie könnten daher junge Menschen mit Zuwanderungsgeschichte ansprechen und sie stärken, politische Ämter, Funktionen und Positionen auszuführen. Auch können sie unabhängig von ihrer eigenen Zuwanderungsgeschichte gezielt Mitarbeitende rekrutieren, die in verschiedener Hinsicht divers und vielfältig sind, z. B. Mitarbeitende mit Zuwanderungsgeschichte, Frauen oder Menschen aus nichtakademischen Familien. Eine weitere Öffnung innerhalb der Parteien kann zudem durch diversitätssensible, interkulturelle und antirassistische Trainings gefördert werden, in denen u. a. eigene Privilegien und Machtpositionen hinterfragt und kritisch reflektiert werden (vgl. BMFSFJ 2024a: 176-177; s. auch Kap. 5.3).

Insbesondere in der Kommunalpolitik sollten sich die Parlamente zudem öffnen, um Personen und Organisationen außerhalb der parlamentarischen Vertretung anzuhören und mit ihnen in Dialog zu treten. **Für eine bessere Repräsentation könnte es hilfreich sein, wenn Parteien junge Menschen mit Zuwanderungsgeschichte ohne direkte Parteimitgliedschaft beratend einbinden.** Auf diese Weise könnten Menschen in das politische Geschehen einbezogen werden, die zwar seit Jahren in diesem Land leben und somit in ihrem Alltag von den politischen Entscheidungen betroffen sind, gleichzeitig aber etwa aufgrund ihrer nichtdeutschen Staatsangehörigkeit kein Wahlrecht besitzen (Stock Gissendanner/Kipp/Walther 2010: 11-12).

An dieser Stelle sind auch die Integrationsbeiräte sowie migrantische Organisationen zu nennen. Diese sind bereits in die politischen Strukturen eingebunden, insbesondere bei der Integrationsarbeit vor Ort (Hunger/Metzger 2011: 3). Solche Kooperationen

können ausgebaut und verstetigt werden, um die Interessen der Bevölkerung mit Migrationshintergrund zu berücksichtigen (Stock Gissendanner/Kipp/Walther 2010: 21-22). Diese Kooperationen sollten außerdem mehr Sichtbarkeit erlangen, um den Beitrag der Bevölkerung mit Zuwanderungsgeschichte in politischen Gestaltungsprozessen anzuerkennen. Zudem sollten Integrationsbeiräte als beratende Gremien mit klaren Kompetenzen ausgestattet werden, um die Partizipation von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in konkreten Themenbereichen sicherzustellen (SVR 2021: 59). Gleichzeitig ist es **entscheidend, dass Menschen mit Zuwanderungsgeschichte nicht auf eine Rolle im Politikfeld der Integration und Migration reduziert werden.** Wenn dies ihr selbstgewählter Schwerpunkt ist, sollten sie in diesem Feld aufgrund ihrer eigenen Erfahrungen und gegebenenfalls Expertise selbstverständlich anerkannt werden. Es sollte aber auch Raum für ihre Kompetenz in anderen Themenfeldern geschaffen werden (Sinanoglu/Volkert 2011). Der Weg der Partizipation über migrantische Organisationen und Integrationsbeiräte kann daher nicht der einzige für diese Bevölkerungsgruppe sein.

Informelle Mitarbeit in Parteien attraktiver gestalten

Die deutsche Gesellschaft wird vielfältiger, individualistischer und mobiler. Diese Entwicklungen stehen in einem bestimmten Spannungsverhältnis zu festen, ortsgelassenen Beteiligungsstrukturen innerhalb von Parteien (Übelhack 2019: 66-67) und machen parteipolitisches Engagement für viele junge Menschen uninteressant. Denn sie wünschen sich dynamische, projektbezogene und zeitlich begrenzte Engagementmöglichkeiten (Gebhardt 2024: 36), den hier vorliegenden Befunden zufolge auch innerhalb von Parteien. Sowohl die umfangreichen zeitlichen Kapazitäten als auch die vorausgesetzte politische Bildung und Sozialisation erschweren das Engagement in Parteien; beides begünstigt den „exklusiven Charakter der anspruchsvolleren und zeitintensiveren Partizipationsformen“ (Übelhack 2019: 71).

Um eine Parteimitarbeit auch für junge Menschen attraktiv zu machen, die vielleicht zunächst in die Parteiarbeit hineinschnuppern wollen und sich nicht langfristig binden können oder wollen, **könnten Parteien eine Mitarbeit in konkreten kommunalpolitischen**

Projekten anbieten, die parteiunabhängig stattfinden (Decker 2018: 36; Übelhack 2019: 79–80). Diese Mitarbeit sollte in Projekten unterschiedlicher Themenfelder angeboten werden. Denn die vorliegende Studie zeigt, dass migrantisch wahrgenommene Jugendliche an einem breiten Themenspektrum interessiert sind. Die Umsetzung solcher Angebote könnte zum einen zu weiterem politischen Engagement der Jugendlichen führen, indem sie erfahren, was sie durch politische Partizipation konkret erreichen können und welche Themen sie interessieren und begeistern. Zum anderen böte ein solches Angebot einen attraktiven Einstieg in ein möglicherweise dauerhaftes parteipolitisches Engagement, indem Kontakte geknüpft, Engagementmöglichkeiten innerhalb von Parteien aufgezeigt und Parteien mit ihren jeweiligen Werten und politischen Ausrichtungen kennengelernt werden.

Aber auch eine Parteimitgliedschaft sollte hierdurch nicht an Attraktivität verlieren (Übelhack 2019: 80–81). In einem der dieser Studie zugrunde liegenden Interviews wurde gefordert, dass es mehr Partizipationsmöglichkeiten innerhalb der Parteien gibt, beispielsweise durch basisdemokratische Abstimmungen aller Parteimitglieder zu bestimmten Themen. Dies würde die Selbstwirksamkeit der Parteimitglieder stärken und könnte eine Mitgliedschaft attraktiver machen.

Recht auf Beteiligung durch Partizipation in Jugend(bei)räten

Die Ergebnisse der Studie haben gezeigt, dass politische Partizipation in Form der Mitwirkung in Jugendparlamenten und Jugend(bei)räten positiv wahrgenommen wird. Solche Beteiligungsformen sind in Deutschland – anders als teilweise in anderen europäischen Ländern – bislang auf keiner politischen Ebene (Kommunen, Länder, Bund) gesetzlich verankert (Deutscher Bundestag 2023: 5; Klein-Zimmer 2020).⁷⁷ Gleichwohl sind in einigen Bundesländern Beteiligungsrechte von Kindern und

Jugendlichen auf Landes- oder Kommunalebene mit unterschiedlicher Verbindlichkeit festgeschrieben (Deutscher Bundestag 2023: 6–7; Jugendgerecht.de 2023). **Die gesetzlich verankerte Beteiligung junger Menschen über solche Räte könnte ein geeignetes Mittel sein, um sie institutionalisiert an die Politik, ihre Themen und Arbeitsweisen heranzuführen** (Perry et al. 2024: 132). Dies wird auch von der UN-Kinderrechtskonvention und der EU-Jugendstrategie anerkannt (Deutscher Bundestag 2023: 4). Hierfür spricht zudem, dass es hierüber gelingen kann, die Interessen der jungen Generation in einer demografisch alternden Gesellschaft (besser) zu berücksichtigen. Die Einrichtung eines Bundesjugendparlaments wird u. a. von Jugendlichen gefordert, die an den Jugendpolitiktagen teilgenommen haben (Jugendpolitiktage 2023). Die Partizipation über solche Institutionen kann das politische Selbstwirksamkeitsgefühl stärken, Kontakte zu höheren Ebenen der Politik herstellen, ein besseres Verständnis politischer Prozesse fördern und zu einer positiveren Wahrnehmung der Kommunalpolitik führen.

Wenn in diesen Parlamenten durch entsprechende Werbung und gezielte Ansprache verschiedener Bevölkerungsgruppen auf eine gute Repräsentation auch von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte geachtet wird, könnte dies langfristig zu einer besseren Repräsentation dieser Bevölkerungsgruppe auf kommunaler, Landes- und Bundesebene führen. Diese Gremien könnten auch über Wahlen zusammengesetzt und in Landesparlamente integriert werden (Perry et al. 2024: 132). **Die Partizipation in Jugendräten und Jugendparlamenten kann dann die unter 18- bzw. 16-jährigen auch an ihre erste Wahlbeteiligung heranzuführen.⁷⁸ Insbesondere für bereits politisch aktive Jugendliche ist ein entscheidender Punkt für die Motivation zum weiteren Engagement, dass ihr Beitrag zur politischen Arbeit in den Parlamenten von (kommunalpolitischen) Entscheidungsträgern anerkannt wird** (s. INT020). Dabei ist es wichtig,

⁷⁷ Jugendparlamente vertreten die Interessen von Kindern und Jugendlichen, allerdings ausschließlich auf Landesebene. Hier können sie sich auch mit in der Politik Aktiven austauschen. Verschiedene Ministerien, Bundesländer oder Kommunen haben Jugend(bei)räte eingeführt, die politikberatend fungieren. Die Wahl der Delegierten und die Funktionsweise der Räte ist verschieden. Für mehr Informationen s. <https://jugendhilfeportal.de/magazin/youth-wiki/partizipation/vertretungsorgane-jugendlicher> (29.10.2024).

⁷⁸ U. a. der Deutsche Bundesjugendring fordert darüber hinaus die Absenkung des Wahlalters: <https://www.dbjr.de/artikel/wahlalter-senken-keine-debatte> (28.10.2024). Mehr zu der Debatte: Info-Box 2.

dass die von den Jugendparlamenten erarbeiteten Forderungen verbindlich in die Kommunal- und Landesparlamente eingebracht und in Anwesenheit der Jugendlichen diskutiert werden.

5.3 Antirassismus- und Antidiskriminierungsarbeit verstärken

Die in den beiden vorangegangenen Unterkapiteln dargestellten Handlungsansätze können nur dann nachhaltig dazu beitragen, dass junge migrantisch wahrgenommene Menschen Politik mitgestalten können, wenn ihnen ein diskriminierungsfreier Zugang zur politischen Teilhabe ermöglicht wird oder sie zumindest wirksame und niedrigschwellige Möglichkeiten haben, gegen erlebte Diskriminierung vorzugehen. Diskriminierungserfahrungen können das Gefühl beeinträchtigen, sich an der Politikgestaltung beteiligen zu können und von den politischen Entscheidungstragenden gehört zu werden (Selbstwirksamkeit). Zudem kann eine rechtsextreme Bedrohungslage konkrete Sicherheitsbedenken seitens migrantisch wahrgenommener Engagierter hervorrufen. Wenn dies der Fall ist, wird eine tatsächliche Beteiligung gering ausfallen.

Die für die Studie geführten Interviews legen noch einmal nahe: Junge migrantisch wahrgenommene Menschen erfahren (strukturelle) Diskriminierung und Rassismus in unterschiedlichen Formen, die sich unmittelbar auf ihre Berührung mit dem politischen System auswirken. Sie besuchen häufig Schulformen, die ihre Leistungskompetenzen nicht ausschöpfen, erfahren Diskriminierung durch Lehrkräfte und eine schlechtere politische Bildung. Sie leben oft in Stadtteilen, die weniger häufig und gezielt von politischen Verantwortlichen aufgesucht werden und in denen sie nicht von politischen Veranstaltungen erfahren. Zudem werden Parteien als nicht-diverse Räume wahrgenommen, in denen die Erfahrungen und Perspektiven von migrantisch wahrgenommenen Menschen, besonders mit Rassismuserfahrungen, nicht anerkannt oder berücksichtigt werden. Die aktuell aufgeheizte Migrationsdebatte in der Politik kann auch dazu führen, dass politische Räume grundsätzlich negativ besetzt sind.

In den Interviews wurde daher ein Ausbau der Antidiskriminierungsarbeit gefordert, insbesondere in

Form von Antidiskriminierungsstellen in den Städten und Landkreisen. Hierzu kann auch das Förderprogramm ‚respekt*land‘ der Unabhängigen Bundesbeauftragten für Antidiskriminierung beitragen, in dessen Rahmen die zivilgesellschaftliche Antidiskriminierungsberatung bundesweit ausgebaut werden soll (ADS 2023). Auch verschiedene Projekte der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration und zugleich Beauftragte der Bundesregierung für Antirassismus zielen darauf ab, die Antidiskriminierungsarbeit und die Arbeit zur politischen Partizipation von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte auszubauen sowie von Rassismus Betroffene zu unterstützen (u. a. das Projekt YoungUP!, vgl. IntB 2023: 92–93). Im Fall von rassistischen Vorfällen können sich Betroffene an die Anlaufstellen der community-basierten Beratung gegen Rassismus wenden, die ebenfalls von der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration und zugleich Beauftragte der Bundesregierung für Antirassismus gefördert wird. Das Projekt Demokratie leben! ist ein Bundesprogramm des BMFSFJ, das neben Projekten auf kommunaler, Landes- und Bundesebene auch Beratungsstellen für Betroffene u. a. von rechtsextremer Gewalt in allen Bundesländern anbietet und das Teil des Nationalen Aktionsplans gegen Rassismus ist (BMI/BMFSFJ 2017: 20, 22). Ein solcher Aktionsplan ist ein Schritt in die richtige Richtung; eine Schwäche von Aktionsplänen im Vergleich zu Gesetzen ist jedoch ihre geringere Verbindlichkeit (Schupp/Wohlfarth 2022: 24). Antidiskriminierungsgesetze gibt es bislang (Stand: November 2024) nur eines: Das Berliner Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG), das im Juni 2020 in Kraft getreten ist. Der SVR hat gefordert, eine gesonderte Antidiskriminierungsgesetzgebung auch auf Landesebene zu stärken, und begrüßt, dass nun auch andere Bundesländer planen, Landesantidiskriminierungsgesetze zu erarbeiten (SVR 2024a: 218–219). Während das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) bundesweit vor Diskriminierung im Alltag und in der Arbeitswelt schützen soll, gilt das LADG für die öffentlichen Stellen des Landes Berlin, also die Verwaltung und das Handeln von Polizei und Ordnungsbehörden; es wurde eine Ombudsstelle eingerichtet, die kostenlose, unabhängige und vertrauliche Beratung zum Geltungsbereich des Gesetzes

anbietet (Deutscher Bundestag 2020: 3-4). Die meisten Beschwerden in Zusammenhang mit dem LADG sind bisher aufgrund von Rassismus eingegangen (taz 2024).⁷⁹ Auch die Antidiskriminierungsstelle des Bun-

des berichtet, dass die meisten Beratungsanfragen bezüglich ethnischer Herkunft, Rassismus und Antisemitismus eintreffen (ADS 2024b: 36). Der Handlungsbedarf gegen Rassismus ist also groß.

Info-Box 3 Wie können Teilhabeprojekte junge Menschen mit Zuwanderungsgeschichte ansprechen?

Eine Reihe von Projekten und Initiativen hat sich zum Ziel gesetzt, junge Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, Jugendliche, die wenig Unterstützung für politische Partizipation im Elternhaus erhalten, sowie bildungsbenachteiligte Gruppen dazu zu befähigen, sich aktiv in das politische Geschehen des Landes einzubringen. An dieser Stelle sollen einige von ihnen beispielhaft angeführt werden, um fünf zentrale Komponenten solcher Projekte aufzuzeigen.

Ein wichtiges Kriterium für eine niedrigschwellige Projektgestaltung ist eine breit angelegte Bekanntmachung und die **Beteiligungsmöglichkeit ohne finanzielle Hürden**. Einige Projekte umfassen eine Förderung der Teilnehmenden durch Stipendien und ermöglichen so eine Teilnahme über Einkommensgrenzen hinweg (z. B. Diversify, Deutschlandstiftung Integration, START-Stiftung).

Darüber hinaus ist das **Angebot von Safe(r) Spaces** eine Projektkomponente für junge Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, die politisch aktiv werden wollen. Dort können sich die Teilnehmenden frei fühlen, ihre Erfahrungen auch in Bezug auf Rassismus- und Diskriminierungserfahrungen sowie anderer Barrieren für Partizipationsversuche in der Politik auszutauschen. Um dies zu ermöglichen, richten sich einige Projekte bewusst ausschließlich an Teilnehmende mit Zuwanderungsgeschichte oder BIPOC, z. B. Eoto Black Youth in Berlin, die Initiative Schwarze Menschen in Deutschland Bund e. V. oder Schwarze Schafe.

Weitere grundlegende Bestandteile von Projekten der politischen Teilhabe sind **Mentoring-Programme und themenspezifische Workshops** speziell für die Zielgruppe junger Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, die langfristig angelegt sind. Solche Angebote machen neben den drei zuvor genannten Projekten auch AntiRaktiv in Ostdeutschland oder HEROES vor allem für junge Männer. Um gezielt politische Partizipation zu fördern, sind **Kontaktmöglichkeiten zu in der Politik Aktiven mit Zuwanderungsgeschichte** wichtig, die über ihren Weg in die Politik berichten. Über solche Kontakte können junge Menschen zu politischer Partizipation mobilisiert und auf ihrem Weg dorthin unterstützt werden. Die Projekte Brand New Bundestag und MitMischen haben z. B. zum Ziel, Zugänge zum Bundestag zu öffnen; sie richten sich an alle unterrepräsentierten bzw. jungen Menschen, nicht spezifisch an junge Menschen mit Zuwanderungsgeschichte.

Neben dem Projekt YoungUP! kennzeichnen die genannten fünf wichtigen Projektkomponenten für junge Menschen mit Zuwanderungsgeschichte (finanzielle Unterstützung, Safe(r) Spaces, Mentoring-Programme, themenspezifische Workshops und politische Netzwerkkomponenten) auch das Online-Angebot von Postmigrant Powerhouse, das Projekt JUGENDSTIL*, das sich an Jugendliche in Ostdeutschland richtet, das Projekt MPs 2030 oder die Politik Akademie der Vielfalt, die bereits aktive junge Menschen in ihrem Engagement unterstützen.

⁷⁹ Das LADG soll vor Diskriminierung durch die öffentlich-rechtliche Hand aufgrund von Geschlecht, ethnischer Herkunft, rassistischer Zuschreibung, antisemitischer Zuschreibung, Sprache, Religion, Weltanschauung, Behinderung, chronischer Erkrankung, Lebensalter, sexueller Identität, geschlechtlicher Identität sowie sozialem Status schützen.

Die genannten Fortschritte in der Antidiskriminierungsarbeit auf verschiedenen Ebenen sollten konsequent weiterverfolgt werden: Trotz dieser Maßnahmen bleibt die Antidiskriminierungsarbeit in Deutschland hinter EU-Standards zurück (ADS 2024a). **Es müssen zudem insgesamt gesellschaftliche Rahmenbedingungen herrschen, die eine Teilhabe ohne Rassismuserfahrungen ermöglichen. Hierzu können Antirassismustrainings für Personen in (politischen) Führungspositionen und Lehrkräfte einen Beitrag leisten.** Ein diskriminierungssensibler Umgang sollte Alltag in Bildungsstätten und im politischen Betrieb sein.⁸⁰ Denn es ist (auch) im Interesse der Politik auf allen föderalen Ebenen, wenn es entsprechende Rahmenbedingungen für die Beteiligung von jungen Menschen mit Zuwanderungsgeschichte gibt. Die Studienergebnisse zeigen, dass Vertrauen in die Politik, politisch Verantwortliche und politische Institutionen eine wichtige Voraussetzung für politische Teilhabe ist.

Zur Förderung speziell der politischen Teilhabe der Zielgruppe haben sich in Projekten einige zentrale Bestandteile wie Beteiligungsmöglichkeiten ohne finanzielle Hürden, Mentoring, Kontaktmöglichkeiten zu politisch Verantwortlichen oder auch Safe(r) Spaces etabliert (Info-Box 3).⁸¹ Da diese allerdings nicht immer umsetzbar sind, ist es von besonderer Bedeutung, auch öffentliche Räume vertrauenswürdig zu gestalten und dort Bewusstsein für verschiedene Menschen und Gruppen herzustellen.

5.4 Vorteile einer Diversifizierung für die Politik

Abschließend soll die Perspektive gewechselt werden: Was haben die politisch Verantwortlichen und die Parteien davon, ihre Türen zu öffnen und vielfältiger zu werden? Hier lassen sich einige, zum Teil pragmatische, Gründe anführen. Erstens verlieren die Parteien, und gerade die ehemals großen Volksparteien, die sich an möglichst breite Wählerschichten

richten wollen, seit Jahren Mitglieder (bpb 2022). Zudem droht **aufgrund des demografischen Wandels eine Überalterung der Parteien**; die meisten großen Parteien weisen eine Überrepräsentation der über 60-Jährigen und eine Unterrepräsentation der Jüngeren auf (Übelhack 2019: 12, 17–19). Die daraus resultierenden Herausforderungen können u.a. dadurch adressiert werden, dass **die Parteien gezielt jene Bevölkerungsschichten ansprechen, bei denen sie sich bislang keiner großen Beliebtheit erfreuen. Dazu müssten sie ihre Mitgliedschaft an deren Bedürfnisse anpassen und attraktiver gestalten. Zu diesen Gruppen gehören Menschen mit Zuwanderungsgeschichte und junge Menschen.**

Zweitens liegt es im eigenen Interesse der Parteien, Wahlberechtigte anzusprechen und von sich zu überzeugen, um Wahlen gewinnen zu können. Eine Untersuchung hat gezeigt, dass bei der Bundestagswahl 2021 in 167 der 299 Wahlkreise die wahlberechtigte Bevölkerung mit Migrationshintergrund über die Direktmandate hätte entscheiden können – in diesen Wahlkreisen war der Abstand zwischen der erst- und der zweitplatzierten Partei so gering, dass die Mobilisierung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund die Entscheidung über die Direktmandate hätte beeinflussen können (Gyamerah et al. 2021: 14–15). Es handelt sich hierbei zwar um ein Gedankenspiel zum wahlentscheidenden Potenzial der Bevölkerung mit Migrationshintergrund, das eher theoretischer als praktischer Natur ist: Die Wahrscheinlichkeit, dass alle wahlberechtigten Personen mit Migrationshintergrund an einer Wahl teilnehmen und sich hinter ein und derselben Person versammeln, geht gegen Null. Dennoch zeigt die Berechnung, wie wichtig diese Bevölkerungsgruppe für den Wahlausgang sein kann, u.a. weil sie seltener eine feste Parteibindung aufweist (Gyamerah et al. 2021: 19; SVR-Forschungsbereich 2016: 10–11; s. auch Kap. 4.3).⁸² **Um Wahlstimmen zu gewinnen, kann es für die Parteien hilfreich**

80 So kann z. B. über ‚Weise Interventionen‘ ein diversitätsbewusster Unterricht gestaltet werden (vgl. Lokhande/Grießig 2021; SVR-Forschungsbereich 2020b). Zudem könnten Fortbildungen für Lehrkräfte über Diskriminierung und Rassismus aufklären, eine kritische Auseinandersetzung mit dem eigenen ‚Weißsein‘ fördern oder Empowerment-Trainings für Lehrkräfte mit eigenen Rassismuserfahrungen bieten.

81 Die Wirkung von Kernelementen dieser Projekte sollte wissenschaftlich fundiert analysiert werden.

82 Auch zeigen Untersuchungen, dass Menschen mit Migrationshintergrund weniger rechte Parteien wählen (würden) (Goerres et al. 2024: 14–15); es wäre insofern im Interesse aller demokratischen Parteien, wenn sich diese Bevölkerungsgruppe stärker an Wahlen beteiligen würde.

sein, Menschen mit Zuwanderungsgeschichte z.B. durch mehrsprachige Internetauftritte möglichst früh ins politische Geschehen einzubeziehen und für sich zu gewinnen, indem sie auf deren Wünsche eingehen und sie in Zukunft besser repräsentieren.

Drittens sollten, so wird auch in den Interviews immer wieder gefordert, die Parlamente die vielfältige Gesellschaft insgesamt besser repräsentieren. Ein erster Schritt könnte sein, **bereits in den Parlamenten vertretene Menschen aus verschiedenen sozialen Schichten, mit unterschiedlichen Migrationsgeschichten⁸³ sowie junge politisch Aktive als Vorbilder sichtbar zu machen.** Denn ein Gefühl der besseren Repräsentation kann zu einer höheren politischen Selbstwirksamkeit von Jugendlichen und jungen Erwachsenen sowie von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte führen. Dies wiederum erweist sich immer wieder als eine der relevantesten Voraussetzungen für politische Partizipation (SVR-Forschungsbereich 2020a: 23). In einem zweiten Schritt könnten verstärkt gezielte Mentoring-Programme von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte, die bereits in der Politik tätig sind, angeboten werden. Dies schafft Zugänge und erhöht möglicherweise das Vertrauen junger Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in politische Parteien und kann auch Wahlbeteiligung anregen. Ebenso können positive Erfahrungen mit in der Politik Aktiven das Vertrauen in die politische Vertretung und die Institutionen fördern, wenn sie sich für die Meinung der Jugendlichen interessieren; hierfür können Jugendparlamente, Jugend(bei)räte oder Jugendverbände geeignete Orte sein, an denen ein Austausch stattfinden kann und Vertretenden der Parteien Fragen gestellt werden können.

Viertens kann die Beteiligung der Bevölkerung mit Zuwanderungsgeschichte an politischen Prozessen ein ganz praktisches politisches Ziel voranbringen, nämlich die Integration dieser Bevölkerungsgruppe (Stock Gissendanner/Kipp/Walther 2010: 5–6). Denn wenn eine Person politische Verantwortung übernimmt, identifiziert sie sich stärker mit der Gesellschaft, in der sie lebt (Beltrandy y Rudquist 2012: 7–8). Gerade

die Kommunalpolitik sollte daher Wege finden, den Forderungen junger Menschen mit Zuwanderungsgeschichte Gehör zu verschaffen, eine Plattform für den Dialog zu bieten und politische Entscheidungen zu kommunizieren und zu begründen. **Eine solche gezielte Förderung der politischen Partizipation kann zu einer gelingenden Integration beitragen – ein Ziel, das politisch Verantwortliche verfolgen sollten angesichts der vielfältigen deutschen Gesellschaft.**

6 Fazit und Ausblick

Die Ergebnisse der Studie legen nahe, dass junge migrantisch wahrgenommene Menschen durchaus ein Interesse an politischer Partizipation aufweisen, jedoch spezifische Barrieren wahrnehmen, die erklären, warum sie sich dennoch weniger beteiligen als Gleichaltrige ohne Zuwanderungsgeschichte. Die Gruppe der jungen migrantisch wahrgenommenen Menschen ist in sich vielfältig und die Barrieren sind teilweise spezifisch für die drei Teilgruppen der migrantisch wahrgenommenen Menschen, der Jugendlichen und der Menschen aus bestimmten sozialen Milieus. **Erleichterte Zugänge zur politischen Partizipation sind zum einen für die Menschen selbst wichtig, die sich bisher nicht oder nur unter erschwerten Bedingungen beteiligen. Zum anderen kann auch die Politik selbst in Bund, Ländern und Kommunen von einer Diversifizierung profitieren.** Um die Partizipationsbereitschaft junger Menschen mit Zuwanderungsgeschichte zu fördern und Menschen mit geringem politischen Interesse an politische Themen und politisches Engagement heranzuführen, sollte bei der Bildungspolitik, der Förderung von Projekten, die Zugänge zur politischen Partizipation schaffen, sowie der Antirassismus- und Antidiskriminierungsarbeit angesetzt werden.

Es braucht vor allem mehr Ressourcen, Motivation und Gelegenheitsstrukturen. Politische Bildung ist eine der wichtigsten Ressourcen: Wissen über Partizipationsmöglichkeiten ist entscheidend, um sich politisch

⁸³ Diversität ist auch innerhalb der Gruppe der migrantisch wahrgenommenen Menschen ein Thema. U.a. in einem der qualitativ geführten Interviews wurde wiederholt darauf hingewiesen, dass sich z.B. eine syrische Person nicht unbedingt angesprochen fühle, wenn es um die Integration der Menschen mit Einwanderungsgeschichte aus der Türkei geht.

beteiligen zu können. Politische Bildung kann auch die Motivation zur Partizipation schaffen, indem sie u. a. politische Selbstwirksamkeit erzeugt und Werte und Normen vermittelt, die zur Teilhabe motivieren. Der Ausbau von Angeboten der politischen Bildung, die sich gezielt an junge Menschen mit Zuwanderungsgeschichte richten, kann somit deren Ressourcen und Motivation zur politischen Teilhabe stärken. Um politische Bildung für möglichst viele Menschen mit Zuwanderungsgeschichte vor allem auch außerhalb der Schule zu ermöglichen, ist es wichtig, das Angebot der außerschulischen politischen Bildung in Teilen auszubauen und über verschiedene Kanäle so zu bewerben, dass es möglichst viele und auch Menschen ohne hohe Bildungsabschlüsse in benachteiligten Stadtteilen erreicht.

Schließlich sind erleichterte Zugänge zur praktischen Politik – nicht zuletzt die aktive Mitgliedschaft in politischen Parteien, aber auch die Arbeit in Jugend(bei)räten oder -parlamenten – entscheidend, um unmittelbare Partizipationsmöglichkeiten für junge migrantisch wahrgenommene Menschen zu schaffen. Gleichzeitig gilt es aber auch, eine zentrale Barriere zu beseitigen: Viele junge migrantisch wahrgenommene Menschen haben berechtigte Sorge vor und Erfahrungen mit Diskriminierung und Rassismus. Entsprechend kommt den Bemühungen, Rassismus und Diskriminierung entgegenzuwirken und Beratungsmöglichkeiten für Menschen mit solchen Erfahrungen zu schaffen, eine wichtige Rolle zu. Dies sind entscheidende Stell-schrauben für ein gleichberechtigtes Leben und Tür-öffner für mehr politische Partizipationsmöglichkeiten dieser Gruppe.

Literatur

- Achour, Sabine/Wagner, Susanne* 2019: Wer hat, dem wird gegeben. Politische Bildung an Schulen. Bestandsaufnahme, Rückschlüsse und Handlungsempfehlungen, Berlin.
- Adamson, Göran* 2007: Immigrants and Political Participation – Background, Theory, and Empirical Suggestions. Fundamental Rights Agency, Wien.
- ADS – Unabhängige Bundesbeauftragte für Antidiskriminierung* 2023: respekt*land. Antidiskriminierungsberatung für ganz Deutschland, Berlin.
- ADS – Unabhängige Bundesbeauftragte für Antidiskriminierung* 2024a: Diskriminierung in Deutschland. Erkenntnisse und Befunde, Berlin.
- ADS – Unabhängige Bundesbeauftragte für Antidiskriminierung* 2024b: Jahresbericht 2023.
- AGJ – Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe* 2017: Politische Bildung junger Menschen – ein zentraler Auftrag für Jugendarbeit, Berlin.
- Albert, Mathias/Quenzel, Gudrun/de Moll, Frederick/Leven, Ingo/Wolfert, Sabine et al.* 2024: Jugend 2024. 19. Shell Jugendstudie. Pragmatisch zwischen Verdrossenheit und gelebter Vielfalt, Weinheim/Basel.
- Amadeu Antonio Stiftung* 2014: Antisemitismus- und rassistuskritische Jugendarbeit. Ein Glossar, Berlin.
- Arnold, Nina/Fackelmann, Bettina/Graffius, Michael/Krüger, Frank/Talaska, Stefanie et al.* 2011: Sprichst du Politik? Ergebnisse des Forschungsprojekts und Handlungsempfehlungen, Berlin.
- Asal, Katrin/Burth, Hans-Peter* 2016: Schülervorstellungen zur Politik in der Grundschule. Lebensweltliche Rahmenbedingungen, politische Inhalte und didaktische Relevanz. Eine theoriegeleitete empirische Studie, Opladen u. a.
- Ataman, Ferda* 2013: Wer sind wir, wer sind die?, in: Neue deutsche Medienmacher (Hrsg.): Neue Begriffe für die Einwanderungsgesellschaft. Dokumentation des Workshops am 29. und 30. April 2013 in Nürnberg, Berlin, 13–18.
- Attia, Iman/Keskinkilic, Ozan Z.* 2017: Rassismus und Rassismuserfahrung. Entwicklung – Formen – Ebenen, in: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hrsg.): Wissen schafft Demokratie 2/2017. Schwerpunkt Diskriminierung. Schriftenreihe des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft, Jena, 116–125.
- Bartsch, Samera/Aalders, Sophia* 2024: Rückzug oder Engagement: Wie reagieren verschiedene Gruppen auf Diskriminierung? Ergebnisse einer Bevölkerungsbefragung. DeZIM Data.insights 15/24. Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung DeZIM e. V., Berlin.
- Bätge, Frank/Effing, Klaus/Möltgen-Sicking, Katrin/Winter, Thorben* 2022: Politische Partizipation (Einführung, Begriffsklärung, Einordnung), in: Bätge, Frank/Effing, Klaus/Möltgen-Sicking, Katrin/Winter, Thorben (Hrsg.): Politische Partizipation, Wiesbaden, 3–27.
- Bausch, Christiane* 2011: Die politische Partizipation von Personen mit Migrationshintergrund in Ausländer- und Integrations(bei)räten, in: Volkert, Daniel/Sinanoğlu, Cihan (Hrsg.): Politische Partizipation & Repräsentation in der Einwanderungsgesellschaft, Berlin, 10–15.
- BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung* 2016: Jugend.Stadt.Labor – Wie junge Menschen Stadt gestalten, Bonn.
- Becker, Helle* 2023: Mehr politische Bildung und Demokratiebildung in der landesgeförderten Jugendsozialarbeit in NRW, Köln.
- Beltrandy y Rudquist, Maars* 2012: Creating a Civic National Identity: Integration through Immigrant Political Participation, in: Macalester International, 30: 6, 1–22.
- Bergmann, Henning/Çelik, Gözde/Wüst, Andreas M.* 2024: Repchance. Bausteine einer chancengerechten politischen Repräsentation von Menschen mit Migrationsgeschichte, Stuttgart.
- Bischoff, Ursula/Johansson, Susanne/König, Frank/Leistner, Alexander/Schau, Katja et al.* 2015: Einmischen, Mitmischen, Aufmischen – Partizipation in und durch politische(r) Bildung, in: Tremmel, Jörg/Rutsche, Markus (Hrsg.): Politische Beteiligung junger Menschen, Wiesbaden, 49–74.

BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2024a: 17. Kinder- und Jugendbericht. Bericht über die Lage junger Menschen und die Bestrebungen und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe, Berlin.

BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2024b: Zuversicht braucht Vertrauen. Die Lage der jungen Generation und die Situation der Kinder- und Jugendhilfe. Zentrale Erkenntnisse und Empfehlungen des 17. Kinder- und Jugendberichts, Berlin.

BMI/BMFSFJ – Bundesministerium des Innern/Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2017: Nationaler Aktionsplan gegen Rassismus. Positionen und Maßnahmen zum Umgang mit Ideologien der Ungleichwertigkeit und den darauf bezogenen Diskriminierungen, Berlin.

Bochel, Hugh 2009: Political Literacy, in: McManus, Mike/Taylor, Gary (Hrsg.): Active Learning and Active Citizenship: Theoretical Contexts, Birmingham, 150–168.

Böhm-Kasper, Oliver 2006: Politische Partizipation von Jugendlichen. Der Einfluss von Gleichaltrigen, Familie und Schule auf die politische Teilhabe Heranwachsender, in: Helsper, Werner/Krüger, Heinz-Hermann/Fritzsche, Sylke/Sandring, Sabine/Wiezorek, Christine et al. (Hrsg.): Unpolitische Jugend? Eine Studie zum Verständnis von Schule, Anerkennung und Politik, Wiesbaden, 53–74.

bpj – Bundeszentrale für politische Bildung 2022: Mitgliederentwicklung der Parteien. Beitrag vom 21.10.2022. (<https://www.bpb.de/themen/parteien/parteien-in-deutschland/zahlen-und-fakten/138672/mitgliederentwicklung-der-parteien>, 19.11.2024)

Brady, Henry 1999: Political Participation, in: Robinson, John P./Shaver, Phillip R./Wrightman, Lawrence S. (Hrsg.): Measures of Political Attitudes, San Diego, 737–801.

Decker, Frank 2018: Parteiendemokratie im Wandel, in: Decker, Frank/Neu, Viola (Hrsg.): Handbuch der deutschen Parteien. 3. Aufl., Wiesbaden, 3–40.

Dege, Yonca/Eichhorn, Jan/Nicke, Sascha/Spöri, Tobias 2021: Wer kann mitmachen? #1. Politische Beteiligung, Selbstidentifikation und Rassismuserfahrungen von Menschen mit Migrationsgeschichten in Deutschland, Berlin.

Destatis o.J.a: Einwanderungsgeschichte – Hintergrundpapier. (<https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Methoden/Erlauterungen/einwanderungsgeschichte-hintergrundpapier.html>, 19.11.2024)

Destatis o.J.b: Personen mit Migrationshintergrund. (<https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Methoden/Erlauterungen/migrationshintergrund.html>, 19.11.2024)

Destatis 2023a: Ausländische Bevölkerung nach Altersgruppen und ausgewählten Staatsangehörigkeiten. (<https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Migration-Integration/Tabellen/auslaendische-bevoelkerung-altersgruppen.html>, 19.11.2024)

Destatis 2023b: Bevölkerung nach dem Gebietsstand. (<https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Bevoelkerungsstand/Tabellen/bevoelkerungsstand-gebietsstand-werte.html>, 19.11.2024)

Destatis 2023c: Gut ein Viertel der Internetnutzenden stößt im Netz auf „Hatespeech“. Pressemitteilung Nr. 470 vom 11. Dezember 2023. (https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2023/12/PD23_470_63.html, 19.11.2024)

Destatis 2024a: Frauen in den Parlamenten: Deutschland mit 35,3% weltweit auf Platz 47. (<https://www.destatis.de/DE/Themen/Laender-Regionen/Internationales/Thema/allgemeines-regionales/frauenanteil-parlamente.html>, 19.11.2024)

Destatis 2024b: Mikrozensus – Bevölkerung nach Migrationshintergrund. GENESIS-Online-Datenbank, Tabelle 12211-03 (Erstergebnisse 2023), Wiesbaden.

van Deth, Jan W. 2009: Politische Partizipation, in: Kaina, Viktoria/Römmele, Andrea (Hrsg.): Politische Soziologie, Wiesbaden, 141–161.

van Deth, Jan W./Tausendpfund, Markus 2013: Schlussbetrachtung: Warum ist nicht alle Politik lokale Politik?, in: van Deth, Jan W./Tausendpfund, Markus (Hrsg.): Politik im Kontext: Ist alle Politik lokale Politik? Individuelle und kontextuelle Determinanten politischer Orientierungen, Wiesbaden, 441–445.

- Deutscher Bundestag* 2020: Fragen zu den Auswirkungen des Berliner Antidiskriminierungsgesetzes. Ausarbeitung WD 3 – 3000 – 157/20, WD 6 – 3000 – 061/20.
- Deutscher Bundestag* 2021: Kinderkommission: Mehr Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Stadtplanung. (<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2021/kw23-pa-kiko-845030>, 19.11.2024)
- Deutscher Bundestag* 2022: Das Datenhandbuch des Bundestages. Alters- und Sozialstruktur. (<https://www.bundestag.de/dokumente/parlamentsarchiv/datenhandbuch/03/kapitel-03-475934>, 19.11.2024)
- Deutscher Bundestag* 2023: Jugendpolitische Beiräte in Deutschland und ausgewählten Ländern. Sachstand WD 9 – 3000 – 058/23.
- Deutscher Bundestag/Parlamentsarchiv* 2022: Durchschnittsalter.
- Dieckmann, Janine/Geschke, Daniel/Braune, Ina* 2017: Diskriminierung und ihre Auswirkungen für Betroffene und die Gesellschaft. Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft. Beitrag vom 14.12.2017 (<https://www.idz-jena.de/pubdet/wsd2-4>, 24.07.2024)
- DJI – Deutsches Jugendinstitut* 2023: Der Ganztagsort demokratischer Bildung. Chancen und Herausforderungen für Demokratiebildung im Ganztagsort. Beitrag vom 17.05.2023. (<https://www.dji.de/veroeffentlichungen/aktuelles/news/article/der-ganztagsort-als-ort-demokratischer-bildung.html>, 19.11.2024)
- Durand, Judith/Birnbacher, Leonhard* 2021: Demokratiebildung in der Kita, in: *DJI Impulse. Das Forschungsmagazin des Deutschen Jugendinstituts*, 1: 125, 14–18.
- Emmer, Martin/Leißner, Laura/Strippel, Christian/Porten-Chée, Pablo/Schaetz, Nadja* 2021: Weizenbaum Report 2021: Politische Partizipation in Deutschland, Berlin.
- Faas, Thorsten* 2024: Flickenteppich mit Folgen: Die aktuelle Situation rund um das Mindestalter bei Wahlen in Deutschland, in: *Recht und Politik*, 60: 1, 49–57.
- Faas, Thorsten/Leininger, Arndt* 2020: Wählen mit 16? Ein empirischer Beitrag zur Debatte um die Absenkung des Wahlalters. OBS-Arbeitspapier 41, Frankfurt am Main.
- Fachkommission Integrationsfähigkeit – Fachkommission der Bundesregierung zu den Rahmenbedingungen der Integrationsfähigkeit* 2020: Gemeinsam die Einwanderungsgesellschaft gestalten. Bericht der Fachkommission der Bundesregierung zu den Rahmenbedingungen der Integrationsfähigkeit, Berlin.
- Fredrickson, George* 2004: Rassismus. Ein historischer Abriss, Hamburg.
- Gaiser, Wolfgang/Gille, Martina* 2012: Politische Partizipation junger Menschen. Ergebnisse zu den 18- bis 29-Jährigen aus dem DJI-Survey „Aufwachsen in Deutschland“ (AID:A), in: *polis* 1/2012, 15–17.
- Gaiser, Wolfgang/Hanke, Stefanie/Ott, Kerstin* (Hrsg.) 2016: Jung – politisch – aktiv?! – Politische Einstellungen und politisches Engagement junger Menschen, Bonn.
- Gaiser, Wolfgang/Krüger, Winfried/de Rijke, Johann/Wächter, Franziska* 2015: Jugend und politische Partizipation in Deutschland und Europa, in: *Tremmel, Jörg/Rutsche, Markus* (Hrsg.): *Politische Beteiligung junger Menschen*, Wiesbaden, 13–38.
- Gebhardt, Christof* 2024: Politische Beteiligung und Partizipation von jungen Menschen in Niedersachsen. Schwerpunktbericht im Rahmen der niedersächsischen Landesjugendhilfeplanung. Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Gleichstellung, Hannover.
- Gil de Zúñiga, Homero/Diehl, Trevor/Adévol-Abreu, Alberto* 2017: Internal, External, and Government Political Efficacy: Effects on News Use, Discussion, and Political Participation, in: *Journal of Broadcasting & Electronic Media*, 61: 3, 574–596.
- Gill, Thomas/Hasse, Julia/Steenbuck, Lena/Witzel, Anja* 2020: *Politische Bildung. Ein Überblick*, Berlin.
- Girnus, Luisa* 2023: Politische Bildung kommt zu kurz, in: *Erziehung & Wissenschaft. Zeitschrift der Bildungsgewerkschaft GEW*, 9: 18–19.
- Giugni, Marco/Grasso, Maria* 2020: Trust, Identity, Skills, or Recruitment? Assessing Four Explanations of the Relationship between Associational Involvement and the Political Participation of Migrants, in: *Migration, Public Opinion, and Political Participation*, 54: 2, 585–610.

- Godli, Petter Haakenstad* 2015: Giving 16-Year-Olds the Vote: Experiences from Norway, in: Tremmel, Jörg/Mason, Antony/Godli, Petter Haakenstad/Dimitrijoski, Igor (Hrsg.): Youth Quotas and other Efficient Forms of Youth Participation in Ageing Societies, Heidelberg u. a., 149–176.
- Goerres, Achim/Mayer, Sabrina J./Hoffmann, Philipp/Diaz Garcia, Manuel* 2024: Politische Einstellungen und Präferenzen von Menschen mit familiärer Migrationsgeschichte in Deutschland, Berlin.
- Gökbudak, Mahir/Hedtke, Reinhold/Hagedorn, Udo* 2022: 5. Ranking Politische Bildung. Politische Bildung im Bundesländervergleich. Working Paper 13, Bielefeld.
- Gosewinkel, Dieter/Katzy-Reinshagen* o. J.: Ausländer, in: Inventar der Migrationsbegriffe. (<https://www.migrationsbegriffe.de/auslander>, 19.11.2024)
- Graevskaia, Alexandra* 2022: Institutioneller Rassismus in der Polizei. Rassistisches Wissen und seine Nutzung. Unter Mitarbeit von Tim Handick. NaDiRa Working Paper 4/2022: Forschungsergebnisse aus Kurzstudien des Nationalen Diskriminierungs- und Rassismusmonitors. Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung DeZIM e. V., Berlin.
- Guglhör-Rudan, Angelika/Ehnert, Katrin/Rehse, Aline/Reiter, Stefanie* 2021: Chance und Auftrag: politische Bildung im Ganztage, in: DJI Impulse. Das Forschungsmagazin des Deutschen Jugendinstituts, 125: 1, 19–25.
- Gülzau, Fabian/Schneider, Jan* 2024: Neue Wege, neue Hürden? Die Staatsangehörigkeitsreform und mögliche Folgen für Behörden und vulnerable Gruppen. SVR-Policy Brief 2024-1, Berlin.
- Gyamerah, Daniel/Lagodny, Julius/Leininger, Arndt/Yıldırım-Calıman, Deniz* 2021: Wähler*innen mit Migrationshintergrund als wahlentscheidender Faktor: Ihr potentieller Einfluss auf die Bundestagswahl 2021. Advocating for Inclusion Policy Brief 2, Citizens for Europe (EFE), Berlin.
- Halili, Arnisa* 2020: Menschen mit Migrationshintergrund: Die wohlbekanntesten Unbekanntesten. Beitrag vom 23.05.2020. (<https://www.treffpunkteuropa.de/menschen-mit-migrationshintergrund-die-wohlbekanntesten-unbekanntesten?lang=fr>, 19.11.2024)
- Hanke, Stefanie* 2016: Jugend und Politik. Ergebnisse einer aktuellen Studie. eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft 4/2016 vom 13.04.2016.
- Herbold, Astrid* 2021: „Politische Bildung muss sich zu einer kritischen politischen Medienbildung entwickeln“. bpb-Präsident Thomas Krüger im Interview, in: DJI impulse. Das Forschungsmagazin des Deutschen Jugendinstituts, 125: 1, 10–13.
- Hilkert, Marius/Kleemann, Wolfgang* 2015: Stärkung der Partizipation und Teilhabe von Jugendlichen mit Migrationshintergrund (PTJM). Abschlussbericht der wissenschaftlichen Begleitung, Frankfurt am Main.
- Hope, Elan C.* 2016: Preparing to Participate: The Role of Youth Social Responsibility and Political Efficacy on Civic Engagement for Black Early Adolescents, in: Child Indicators Research, 9: 3, 609–630.
- Hunger, Uwe/Metzger, Stefan* 2011: Kooperation mit Migrantenorganisationen. Studie im Auftrag des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge, Münster.
- IntB – Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration und für Antirassismus* 2023: Rassismus in Deutschland: Ausgangslage, Handlungsfelder, Maßnahmen, Berlin.
- Jugendgerecht.de – Arbeitsstelle Eigenständiger Jugendpolitik* 2023: Jugendpolitik in den Ländern. Ein Überblick zu Landesprogrammen, Initiativen und Positionen zur Eigenständigen Jugendpolitik sowie Projektbeispiele zur Jugendbeteiligung auf Landesebene.
- Jugendpolitiktage* 2023: Beteiligung, Engagement & Demokratie. (<https://jugendpolitiktage.de/2023/beteiligung-engagement-demokratie>, 19.11.2024)
- Jütz, Maren/Kolke, Stefan/König, Frank/Sträck, Alexander/Zierold, Diana/Roscher, Tobias/Greuel, Frank/Milbradt, Björn* 2023: Halbezeitbilanz zum Bundesprogramm „Demokratie leben!“ (2020–2024). Gesamtevaluation, München.
- Kaase, Max* 1992: Politische Beteiligung/Politische Partizipation, in: Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, 429–433.
- Kam, Cindy D./Zechmeister, Elizabeth J./Wilking, Jennifer R.* 2008: From the Gap to the Chasm: Gender and Participation among Non-Hispanic Whites and Mexican Americans, in: Political Research Quarterly, 61: 4, 205–218.

- Karadas, Narin/Zerback, Thomas* 2019: Politisch integriert? Medieneinflüsse auf die politische Partizipation von Personen mit und ohne Migrationshintergrund in Deutschland, in: Engelmann, Ines/Legrand, Marie/Marzinkowski, Hanna (Hrsg.): Politische Partizipation im Medienwandel, Berlin, 195–218.
- Kinder, Katja* 2022: Rassismuskritische intersektionale politische Bildungsarbeit für mich als Schwarze Queer-Feministin, in: Fachbereich Politische Bildung und plurale Demokratie, Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Politische Bildung Intersektional, Bonn, 10–11.
- Klein-Zimmer, Kathrin* 2020: Jugendparlamente in Europa. Jungen Menschen eine Stimme geben. Beitrag vom 02.12.2020, in: Das Portal der Kinder- und Jugendhilfe. (<https://jugendhilfeportal.de/artikel/jungen-menschen-eine-stimme-geben>, 20.11.2024)
- Koch, Wolfgang* 2023: Ergebnisse der ARD/ZDF-Onlinestudie 2023. Soziale Medien werden 30 Minuten am Tag genutzt – Instagram ist die Plattform Nummer eins, in: Media Perspektiven, 26/2023, 1–8.
- Kupka, Milena* 2024: „Angst vor diesen jungen Leuten“? Die Debatte um die Absenkung des Wahlalters, in: Indes, 12: 1–2, 36–42.
- Landesjugendring NRW* 2022: Wirksamkeitsdialog. Sind Jugendverbände Werkstätten der Demokratie?, Düsseldorf.
- Leiprecht, Rudolf* 2016: Rassismus, in: Mecheril, Paul (Hrsg.): Handbuch Migrationspädagogik, Weinheim/Basel, 226–242.
- Lokhande, Mohini/Grießig, Ritva* 2021: Lernende stärken! Wie Lehrkräfte mit Weisen Interventionen wirken können. SVR-Studie 2021-1, Berlin.
- Lund, Thorleif* 2012: Combining Qualitative and Quantitative Approaches: Some Arguments for Mixed Methods Research, in: Scandinavian Journal of Educational Research, 56: 2, 155–165.
- Marcus, Jan/Nemitz, Janina/Spieß, Katharina C.* 2013: Ausbau der Ganztagschule: Kinder aus einkommensschwachen Haushalten im Westen nutzen Angebote verstärkt, in: DIW Wochenbericht, 80: 27, 11–23.
- Maslow, Abraham Harold* 1943: A Theory of Human Motivation, in: Psychological Review, 50: 4, 370–396.
- Massing, Peter* 2012: Die vier Dimensionen der Politikkompetenz, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 62: 46–47, 23–28.
- Mayer, Sabrina J./Hamidou, Hayfat/Goerres, Achim* 2020: Der Zusammenhang zwischen nicht-politischer Integration und politischer Teilhabe von Bürger/innen mit Migrationshintergrund, in: Pickel, Gert/Decker, Oliver/Kailitz, Steffen/Röder, Antje/Schulze Wessel, Julia (Hrsg.): Handbuch Integration, Wiesbaden, 1–21.
- Mecklenburg-Vorpommern Ministerium für Soziales, Gesundheit und Sport* 2024: Drese: Mehr Vielfalt und Teilhabe für Kinder, Jugendliche und Menschen mit Einwanderungsgeschichte. Beitrag vom 13.03.2024. (<https://www.regierung-mv.de/Landesregierung/sm/Aktuell/?id=199465&processor=processor.sa.pressemitteilung>, 20.11.2024)
- Mediendienst Integration* 2021: Politische Teilhabe. Abgeordnete mit Migrationshintergrund im 20. Deutschen Bundestag, Berlin.
- Mediendienst Integration* 2024: Politische Teilhabe. (<https://mediendienst-integration.de/integration/politische-teilhabe.html>, 20.11.2024)
- Milošević-Đorđević, Jasna S./Žeželj, Iris L.* 2017: Civic Activism Online: Making Young People Dormant or More Active in Real Life?, in: Computers in Human Behavior, 70, 113–118.
- Mualem, Marie* 2024: „Wer ist denn hier zuständig?“ Bundesverbände von Migrantenorganisationen: eine Navigationshilfe. SVR-Studie 2024-5, Berlin.
- Müssig, Stephanie* 2020: Politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland. Eine quantitativ-empirische Analyse, Wiesbaden.
- Müssig, Stephanie/Worbs, Susanne* 2012: Politische Einstellungen und politische Partizipation von Migranten in Deutschland. Working Paper 46 des BAMF, Nürnberg.
- NdM-Glossar – Neue Deutsche Medienmacher* 2024: Bi-PoC, in: Wörterverzeichnis der Neuen deutschen Medienmacher*innen mit Formulierungshilfen, Erläuterungen und alternativen Begriffen für die Berichterstattung in der Einwanderungsgesellschaft. (<https://glossar.neuemedienmacher.de/glossar/bipoc/>, 20.11.2024)

- Nesterko, Yuriy/Jacobsen, Jannes/Köhler, Jonas/Glaesmer, Heide* 2024: Der Zusammenhang zwischen objektiven und subjektiven Zuschreibungen eines Migrationshintergrundes mit wahrgenommener Diskriminierung und Rassismus, in: PPM. Psychotherapie, Psychosomatik, Medizinische Psychologie, 74: 6, 214–223.
- Oskooii, Kassra* 2020: Perceived Discrimination and Political Behavior, in: British Journal of Political Science, 50: 3, 867–892.
- O'Toole, Therese* 2016: Beyond Crisis Narratives: Changing Modes and Repertoires of Political Participation Among Young People, in: Kallio, Kirsi Pauliina/Mills, Sarah (Hrsg.): Politics, Citizenship & Rights, Singapore, 225–242.
- Pedroza, Luicy* 2022: Staatsbürgerschaft neu definiert. Wie die Ausweitung des Wahlrechts auf Einwanderer weltweit debattiert wird, Wiesbaden.
- Perry, Sarah/Flatters, Barbara/Braun, Sophia/Pommerening, Norina* 2024: Politische Beteiligung und Partizipation von jungen Menschen in Niedersachsen. Schwerpunktbericht im Rahmen der niedersächsischen Landesjugendhilfeplanung, Hannover.
- Pontes, Ana/Henn, Matt/Griffiths, Mark D.* 2018: Towards a Conceptualization of Young People's Political Engagement: A Qualitative Focus Group Study, in: Societies, 8: 1, 1–17.
- Pürckhauer, Andrea* 2023: Kein Abschied vom Migrationshintergrund. Beitrag vom 23.03.2023, in: Mediendienst Integration. (<https://mediendienst-integration.de/artikel/kein-abschied-vom-migrationshintergrund.html>, 20.11.2024)
- Rasmussen, Stig Hebbelstrup Rye/Nøgaard, Asbjørn* 2018: When and Why Does Education Matter? Motivation and Resource Effects in Political Efficacy, in: European Journal of Political Research, 57: 1, 24–46.
- de Rooij, Eline A.* 2012: Patterns of Immigrant Political Participation: Explaining Differences in Types of Political Participation between Immigrants and the Majority Population in Western Europe, in: European Sociological Review, 28: 4, 455–481.
- Roth, Roland* 2017: Politische Partizipation von Migrantinnen und Migranten, in: Stadtentwicklung. Politische Partizipation von Migranten, 5, 243–247.
- Roth, Roland* 2018: Integration durch politische Partizipation, in: Gesemann, Frank/Roth, Roland (Hrsg.): Handbuch Lokale Integrationspolitik, Wiesbaden, 629–658.
- Sanchez, Gabriel R.* 2006: The Role of Group Consciousness in Political Participation among Latinos in the United States, in: American Politics Research, 34: 4, 427–450.
- Sauer, Martina* 2016: Politische und zivilgesellschaftliche Partizipation von Migranten, in: Brinkmann, Heinz Ulrich/Sauer, Martina (Hrsg.): Einwanderungsgesellschaft Deutschland. Entwicklung und Stand der Integration, Wiesbaden, 255–279.
- Scherr, Albert* 2016: Diskriminierung/Antidiskriminierung – Begriffe und Grundlagen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 66: 9.
- Schildkraut, Deborah J.* 2005: The Rise and Fall of Political Engagement among Latinos: The Role of Identity and Perceptions of Discrimination, in: Political Behavior, 27: 3, 285–312.
- Schlumbohm, Anna* 2015: Immigration, Exclusion, and Institutional Constraints: Explaining Differences of Political Participation and Involvement between Immigrants and Natives in Germany, Berlin.
- Schnaudt, Christian/Weinhardt, Michael/Liebig, Stefan* 2017: Die politische Partizipation Jugendlicher und junger Erwachsener in Deutschland – weniger teilnahmslos und politikverdrossen als gedacht, in: GWP – Gesellschaft. Wirtschaft. Politik, 66: 2, 189–200.
- Schneider, Helmut/Gerold, Markus* 2018: Demokratiebildung an Schulen – Analyse lehrerbezogener Einflussgrößen, Gütersloh.
- Schupp, Pia/Wohlfarth, Charlotte* 2022: Integrationsgesetze auf Länderebene: Eine aktualisierte Bestandsaufnahme – und was der Bund daraus lernen kann. SVR-Studie 2022-3, Berlin.
- Sinanoglu, Cihan/Volkert, Daniel* 2011: Politische Partizipation und die Präsenz von Menschen mit Migrationshintergrund in den Räten deutscher Großstädte: Vielfalt oder Einfalt?, in: Migrationspolitisches Portal der Heinrich Böll Stiftung. (<https://heimatkunde.boell.de/de/2013/11/18/politische-partizipation-und-die-praesenz-von-menschen-mit-migrationshintergrund-den-raeten>, 20.11.2024)

- Slaughter, Christine M./Brown, Nadia E.* 2022: Intersectionality and Political Participation, in: Giugni, Marco/Grasso, Maria (Hrsg.): *The Oxford Handbook of Political Participation*, Oxford, 725–743.
- Spierings, Niels/Vermeulen, Floris* 2024: Minding the Political Engagement Gap: How Discrimination and Religion Impact Dutch Voters with an Immigrant Background, in: *Acta Politica*, 59: 6, 619–642.
- Statistisches Bundesamt* 2024: Hintergrundpapier für die Veröffentlichung von Ergebnissen zur Bevölkerung nach Einwanderungsgeschichte, Wiesbaden.
- Stock Gissendanner, Scott/Kipp, Rüdinger/Walther, Claudia* 2010: Empfehlungen des kommunalen Qualitätszirkels zur Integrationspolitik „Politische Partizipation von Migrantinnen und Migranten“. Dezember 2010, Stuttgart.
- SVR-Forschungsbereich – Forschungsbereich beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration* 2016: Schwarz, rot, grün. Welche Parteien bevorzugen Zuwanderer?, Berlin.
- SVR-Forschungsbereich – Forschungsbereich beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration* 2020a: Mitten im Spiel – oder nur an der Seitenlinie? Politische Partizipation und zivilgesellschaftliches Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland, Berlin.
- SVR-Forschungsbereich – Forschungsbereich beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration* 2020b: Vielfältig engagiert – breit vernetzt – partiell eingebunden? Migrantenorganisationen als gestaltende Kraft in der Gesellschaft, Berlin.
- SVR-Forschungsbereich – Forschungsbereich beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration* 2020c: Weise Interventionen für einen diversitätsbewussten Unterricht. Ein Handbuch für die Lehrerbildung, Berlin.
- SVR – Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration* 2010: Einwanderungsgesellschaft 2010. Jahresgutachten 2010 mit Integrationsbarometer, Berlin.
- SVR – Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration* 2015: Unter Einwanderungsländern: Deutschland im internationalen Vergleich. Jahresgutachten 2015, Berlin.
- SVR – Sachverständigenrat für Integration und Migration* 2021: Normalfall Diversität? Wie das Einwanderungsland Deutschland mit Vielfalt umgeht. Jahresgutachten 2021, Berlin.
- SVR – Sachverständigenrat für Integration und Migration* 2023: Paradigmenwechsel mit Folgen: SVR begrüßt Staatsangehörigkeitsreform, sieht aber unbegrenzte Weitergabe der Staatsangehörigkeit kritisch, Berlin.
- SVR – Sachverständigenrat für Integration und Migration* 2024a: Kontinuität oder Paradigmenwechsel? Die Integrations- und Migrationspolitik der letzten Jahre. Jahresgutachten 2024, Berlin.
- SVR – Sachverständigenrat für Integration und Migration* 2024b: Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Jugendbeteiligung und Integration von Menschen mit Einwanderungsgeschichte sowie zur Änderung anderer Gesetze, Berlin.
- taz – die tageszeitung* 2024: Keine Werbung, kein Problem. Beitrag vom 25.04.2024. (<https://taz.de/Diskriminierung-in-Berlin/!6003605/>, 20.11.2024)
- Übelhack, Helene* 2019: Demokratie der Alten? Partizipation junger Generationen in den politischen Parteien Deutschlands, in: IPW Selected Student Paper, 69, Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen, 1–97.
- Universität Bielefeld* 2022: Politische Bildung: Oberstufe schlechter als Berufsschule. Beitrag vom 21.12.2022 (<https://aktuell.uni-bielefeld.de/2022/12/21/politische-bildung-oberstufe-schlechter-als-berufsschule/>, 19.12.2024)
- Verba, Sidney/Schlozman, Kay Lehman/Brady, Henry* 1995: Race, Ethnicity, and Political Participation, in: Peterson, Paul E. (Hrsg.): *Classifying by Race*, Princeton, 354–378.
- Vetter, Angelika/Remer-Bollow, Uwe* 2017: Bürger und Beteiligung in der Demokratie. Eine Einführung, Wiesbaden.
- Voß, Fabian/Wachinger, Marie* 2015: Offen, flexibel und vielseitig. Wie Parteiengagement ohne Mitgliedschaft funktionieren kann. Discussion Paper 6/2015, Das Progressive Zentrum, Berlin.
- Weßels, Bernhard* 2021: Politische Integration und politisches Engagement, in: Statistisches Bundesamt/WZB/BiB (Hrsg.): *Datenreport 2021. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland*, Bonn, 379–385.

Winter, Nadya 2021: Politische Partizipation von Kindern und Jugendlichen, in: Bätge, Frank/Effing, Klaus/Möltgen-Sicking, Katrin/Winter, Thorben (Hrsg.): Politische Partizipation, Wiesbaden, 171–189.

Wüst, Andreas M. 2022: Politische Partizipation von Menschen mit Migrationshintergrund. Beitrag vom 28.11.2022. (<https://www.bpb.de/themen/migration-integration/kurzdossiers/515087/politische-partizipation-von-menschen-mit-migrationshintergrund>, 20.11.2024)

Wüst, Andreas M./Faas, Thorsten 2018: Politische Einstellungen von Menschen mit Migrationshintergrund. Gutachten der Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.

Zick, Andreas 2010: Spielarten des Rassismus, in: Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.): Rassismus & Diskriminierung in Deutschland. Dossier, Berlin, 4–9.

Demografische Zusammensetzung der Stichproben

Tab. A1 Herkunftsregionen der (Eltern der) migrantisch wahrgenommenen Befragten unter 36 Jahren im SVR-Integrationsbarometer 2024

Herkunftsregion (der Eltern)	Prozent
EU und übrige westlich geprägte Länder	17
arabischsprachige Länder	16
Nachfolgestaaten der Sowjetunion (inkl. (Spät-)Ausgesiedelte) und Südosteuropa	16
Türkei	13
indischer Subkontinent	11
Afghanistan oder Iran	7
übriges Asien	5
übriges Afrika	8
sonstige ¹	8

Anmerkung: Aufgrund von Rundungen kann die Summe von 100 Prozent abweichen.

¹ Hierbei handelt es sich um die Länder Südamerikas sowie selten genannte Herkunftsländer, die keiner eigenen Kategorie zugeordnet wurden.

Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2024; gewichtete Daten; eigene Darstellung

Tab. A2 Zusammensetzung der Stichprobe der Befragten unter 36 Jahren im SVR-Integrationsbarometer 2024

	migrantisch wahrgenommen	ohne Zuwanderungs- geschichte
Geschlecht¹		
männlich	54 %	54 %
weiblich	46 %	46 %
Altersdurchschnitt	26 Jahre	26 Jahre
deutsche Staatsangehörigkeit	34 %	100 %
Geburtsland Deutschland²	20 %	100 %
Bildungsabschluss³		
niedrig	32 %	11 %
mittel	17 %	22 %
hoch	37 %	56 %
in der Schule	14 %	11 %
Erwerbstätigkeit		
in Ausbildung (Schule, Studium, Ausbildung)	33 %	37 %
erwerbstätig (Voll-, Teilzeit o. geringfügig)	45 %	55 %
nicht erwerbstätig	22 %	9 %
Wohnort		
Westdeutschland	87 %	79 %
Ostdeutschland	6 %	18 %
Berlin	7 %	4 %

Anmerkung: Aufgrund von Rundungen können die Summen von 100 Prozent abweichen.

¹ Eine migrantisch wahrgenommene Person und sechs Befragte ohne Zuwanderungsgeschichte identifizieren sich als divers. Diese sieben Befragten wurden von den Analysen ausgeschlossen; aufgrund der geringen Fallzahl können sie aus statistischen Gründen nicht als separate Gruppe herangezogen werden.

² Die Zuwanderungsgeneration ist nicht gleichmäßig über die Herkunftsregionen der Befragten oder ihrer Eltern verteilt: Migrantisch wahrgenommene Befragte mit einem Migrationshintergrund in der Türkei gehören mehrheitlich der zweiten Generation an (61%). In allen übrigen Herkunftsgruppen überwiegen selbst zugewanderte Befragte; ‚indischer Subkontinent‘: 95 %, Afghanistan oder Iran bzw. übriges Afrika: je 92 %; EU und übrige westlich geprägte Länder: 87 %; arabischsprachige Länder: 83 %, Nachfolgestaaten der Sowjetunion oder Südosteuropa: 82 %, übriges Asien: 66 %, sonstige: 88 %.

³ Kategorisierung der Bildungsabschlüsse: (1) niedrig: kein Schulabschluss bzw. Hauptschulabschluss; (2) mittel: Realschulabschluss; (3) hoch: (Fach-)Abitur.

Quelle: SVR-Integrationsbarometer 2024; gewichtete Daten; eigene Darstellung

Tab. A3 Zusammensetzung der Stichprobe der qualitativen Befragung (15 Teilnehmende zwischen 18 und 35 Jahren)

	Anzahl der Interviewten
Geschlecht	
männlich	6
weiblich	8
divers	1
Staatsangehörigkeit¹	
deutsch	13
nichtdeutsch	4
Geburtsland Deutschland	10
Geburtsland Eltern	
Mutter Deutschland	6
Vater Deutschland	1
Bildungsabschluss²	
niedrig	/
mittel	1
hoch	13
in der Schule	1
Bildungsabschluss in Deutschland³	13
Erwerbstätigkeit⁴	
Studium	12
Vollzeit erwerbstätig	4
Teilzeit erwerbstätig	4
geringfügig beschäftigt	3
erwerbstätig in Elternzeit	1
Wohnort	
Westdeutschland	12
Ostdeutschland	1
Berlin	2

¹ Zwei Teilnehmende haben sowohl eine deutsche als auch eine nichtdeutsche Staatsangehörigkeit und sind somit in beiden Zeilen gelistet.

² Kategorisierung der Bildungsabschlüsse: (1) niedrig: kein Schulabschluss bzw. Hauptschulabschluss; (2) mittel: Realschulabschluss; (3) hoch: (Fach-)Abitur.

³ Die beiden Befragten, die Abitur in einem anderen Land als Deutschland gemacht haben, sind im Erwachsenenalter ohne Familienangehörige nach Deutschland eingewandert.

⁴ Studierende sind teilweise in Teilzeit oder geringfügig beschäftigt.

Quelle: wissenschaftlicher Stab des SVR

Abbildungsverzeichnis

Abb. 1	Formen politischer Partizipation	11
Abb. 2	„Es gibt einige Möglichkeiten, sich politisch in Deutschland zu engagieren. Man kann z. B. seine Position in politischen Diskussionen vertreten, an Demonstrationen teilnehmen oder aber in einer Interessengemeinschaft oder Partei mitarbeiten. Sind Sie auf die eine oder andere Weise politisch aktiv?“ (Befragte unter 36 Jahren; Partizipation migrantisch wahrgenommener Befragter nach Zuwanderungsgeneration und Befragter ohne Zuwanderungsgeschichte)	16
Abb. 3	„Auf welche Art und Weise sind Sie politisch aktiv?“ (politisch aktive Befragte unter 36 Jahren; migrantisch wahrgenommene Befragte nach Zuwanderungsgeneration und Befragte ohne Zuwanderungsgeschichte)	19
Abb. 4	„Wenn nächste Woche Bundestagswahlen wären, wie wahrscheinlich ist es, dass Sie daran teilnehmen würden?“ (Befragte unter 36 Jahren; migrantisch wahrgenommene Befragte mit deutscher Staatsangehörigkeit nach Zuwanderungsgeneration und Befragte ohne Zuwanderungsgeschichte)	21
Abb. 5	„Wie stark interessieren Sie sich allgemein für Politik?“ (Befragte unter 36 Jahren; migrantisch wahrgenommene Befragte nach Zuwanderungsgeneration und Befragte ohne Zuwanderungsgeschichte nach politischer Aktivität)	23
Abb. 6	Interne politische Selbstwirksamkeit der Befragten unter 36 Jahren (migrantisch wahrgenommene Befragte und Befragte ohne Zuwanderungsgeschichte nach politischer Aktivität)	25
Abb. 7	Hürden für politische Partizipation von Befragten unter 36 Jahren (migrantisch wahrgenommene Befragte nach Zuwanderungsgeneration und Befragte ohne Zuwanderungsgeschichte) ..	31
Abb. 8	„Sind Sie aufgrund Ihrer Herkunft in den vergangenen fünf Jahren benachteiligt worden?“ (migrantisch wahrgenommene Befragte unter 36 Jahren nach politischer Aktivität)	42
Abb. 9	Gelingensbedingungen und Hürden politischer Partizipation von jungen migrantisch wahrgenommenen Menschen	46

Tabellenverzeichnis

Tab. A1	Herkunftsregionen der (Eltern der) migrantisch wahrgenommenen Befragten unter 36 Jahren im SVR-Integrationsbarometer 2024	70
Tab. A2	Zusammensetzung der Stichprobe der Befragten unter 36 Jahren im SVR-Integrationsbarometer 2024	71
Tab. A3	Zusammensetzung der Stichprobe der qualitativen Befragung (15 Teilnehmende)	72

Verzeichnis der Info-Boxen

Info-Box 1	Begrifflichkeiten und Verwendung in der Studie: ‚Migrationshintergrund‘, ‚Einwanderungsgeschichte‘, ‚migrantisch wahrgenommen‘ und ‚Zuwanderungsgeschichte‘	6
Info-Box 2	In der Diskussion: Wahlrecht in Deutschland	20
Info-Box 3	Wie können Teilhabeprojekte junge Menschen mit Zuwanderungsgeschichte ansprechen?	58

Impressum

Herausgeber

Sachverständigenrat für Integration und Migration (SVR) gGmbH
Neue Promenade 6
10178 Berlin
Tel.: 030/288 86 59-0
Fax: 030/288 86 59-11
info@svr-migration.de
www.svr-migration.de
(Redaktionsschluss: Januar 2025)

Verantwortlich

Dr. Cornelia Schu

Gestaltung

pertext | corporate publishing
www.pertext.de

Druck

Spreedruck GmbH

SVR-Studie 2025-1

ISSN (Print) 2749-0610
ISSN (Online) 2749-0629

© SVR gGmbH, Berlin 2025

Diese Publikation wurde auf dem Papier Circleoffset Premium White gedruckt
(100 % Altpapier, Blauer-Engel- und EU-Ecolabel-zertifiziert).



Die Autorinnen

Dr. Nora Storz

Wissenschaftliche Mitarbeiterin

Lotta Mayr

Wissenschaftliche Projektmitarbeiterin

Über den Sachverständigenrat

Der Sachverständigenrat für Integration und Migration ist ein unabhängiges und interdisziplinär besetztes Gremium der wissenschaftlichen Politikberatung. Mit seinen Gutachten soll das Gremium zur Urteilsbildung bei allen integrations- und migrationspolitisch verantwortlichen Instanzen sowie der Öffentlichkeit beitragen. Dem SVR gehören neun Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus verschiedenen Disziplinen und Forschungsrichtungen an: Prof. Dr. Winfried Kluth (Vorsitzender), Prof. Dr. Birgit Glorius (Stellvertretende Vorsitzende), Prof. Dr. Havva Engin, Prof. Dr. Marc Helbling, Prof. Dr. Matthias Koenig, Prof. Sandra Lavenex, Ph. D., Prof. Dr. Birgit Leyendecker, Prof. Panu Poutvaara, Ph. D., Prof. Dr. Hannes Schammann.

Der wissenschaftliche Stab unterstützt den Sachverständigenrat bei der Erfüllung seiner Aufgaben und betreibt darüber hinaus eigenständige, anwendungsorientierte Forschung im Bereich Integration und Migration. Dabei folgt er unterschiedlichen disziplinären und methodischen Ansätzen. Die Forschungsergebnisse werden u. a. in Form von Studien, Expertisen und Policy Briefs veröffentlicht.

Weitere Informationen unter: www.svr-migration.de